

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Torsten Diedrich

## Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung?

Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung

Alexander Gallus

## Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990

Michael Gehler

## Der 17. Juni 1953 aus der Sicht des Foreign Office

Dietmar Schiller

## Politische Gedenktage in Deutschland

Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur

B 25/93

18. Juni 1993

Torsten Diedrich, Dr. phil., geb. 1956; Studium der Wirtschaftswissenschaften, Spezialgebiet Wirtschaftsgeschichte, an der Humboldt-Universität zu Berlin; seit 1990 wissenschaftlicher Angestellter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991; Reichsarbeitsdienst auf sozialistisch. Der „Dienst für Deutschland“ – ein Wehr- und Arbeitsdienst für die Jugend der DDR (i. E.); zahlreiche Beiträge zur Militärgeschichte der DDR.

Alexander Gallus, geb. 1972; Studium der Geschichte, ost- und südosteuropäischen Geschichte sowie Politologie an der Freien Universität Berlin; publizistische Tätigkeit und Außenlektor eines deutschen Buchverlages.

Veröffentlichungen in Zeitungen und Fachzeitschriften zu historisch-politischen Themen.

Michael Gehler, Mag., Dr. phil., geb. 1962; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Lektor an der Universität Innsbruck.

Veröffentlichungen u. a.: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938, Innsbruck 1990; (Hrsg. zus. mit Rolf Steininger) Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Wien – Köln – Weimar 1993.

Dietmar Schiller, Dipl.-Pol., geb. 1965; Studium der Politik- und Medienwissenschaft in Berlin; Doktorand am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin zum Thema „Politikpräsentation und Staatsdarstellung im Fernsehen“.

Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Sammelbänden zu Themen der Zeitgeschichte, Medienentwicklung und Rechtsextremismus.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann (abwesend), Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden

# Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung?

## Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung

---

### I. Einleitung

---

„Zum ersten Mal kann heute in der DDR die historische Wahrheit über das Geschehen vom 17. Juni 1953 ausgesprochen werden. Vorbei die Zeit, da der Arbeiteraufstand nach Lesart der SED als ‚konterrevolutionärer Putschversuch‘ diskreditiert werden konnte.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten begann K. W. Fricke 1990 seinen Beitrag in der damals noch DDR-Zeitung „Der Morgen“. Sicher ist, daß sich viele, vor allem Beteiligte in der DDR, mit der Wende eine objektive Aufarbeitung der Arbeitererhebung hofften. Die Auffassungen in der Bundesrepublik waren zumeist aus Rundfunk und Fernsehen bekannt, ein Buch darüber in die Hände zu bekommen jedoch weit schwieriger. In der DDR, in der die Haltung zu den Unruhen 1953 lange Zeit als Gradmesser der politischen Zuverlässigkeit und damit der beruflichen Entwicklung galt, hatte man das Ereignis zumeist verdrängt.

Selten erfuhr ein historisches Datum in der deutschen Geschichte eine so unterschiedliche Darstellung und Wertung, wie sie in den Publikationen des ost- und des westdeutschen Staates über die Arbeitererhebung im Sommer 1953 in der DDR nachzulesen sind. Die Perzeption des 17. Juni wurde bis 1989 zum Spiegelbild der ideologischen Auseinandersetzung zweier sich gegensätzlich entwickelnder Staaten auf deutschem Boden. Politische Prämissen prägten das Herangehen an das Ereignis. Diese entsprachen sowohl dem Charakter als auch dem Weltbild des jeweiligen Staates und wirkten gleichzeitig als unterschiedlich starke Bandagen für die wirklich wissenschaftliche und an der Objektivität gemessene Wertung der Ereignisse. Entsprechend fielen Analysen, so sie überhaupt möglich waren, sehr unterschiedlich aus.

Hier soll nun eine Untersuchung vorgenommen werden, die vor allem, bezogen auf das DDR-Geschichtsbild über den 17. Juni 1953, Entwicklungsrichtungen der Deutung in ihr ideologisches Umfeld stellt. Eine solche Betrachtung bliebe jedoch einseitig, würde nicht auch auf die Darstel-

lungsweise im anderen deutschen Staat eingegangen werden. Es ist nicht nur dem Historiker offensichtlich, wie sehr sich Politik und Ideologie beider deutscher Staaten aufeinander bezogen, wie tiefgreifend die Divergenz den Umgang mit der Geschichte prägte.

Für den sich sozialistisch nennenden Staat im Osten Deutschlands war der 17. Juni 1953 ein Beispiel „imperialistischer Machenschaften“ im Kalten Krieg, ein von außen inszenierter konterrevolutionärer Putschversuch unter Verführung eines kleinen Teils der Arbeiterschaft gegen „ihren“ fortschrittlichen Staat. Das Bild vom 17. Juni wurde durch die Historiographie letztlich eingepaßt in eine Weltansicht von Gut und Böse, in der die „überlebte kapitalistische Gesellschaftsform“ nichts unversucht lasse, um mit Putsch und Krieg ihren drohenden Untergang zu verhindern, das leuchtende Fanal „Sozialismus“ zu beseitigen. Dementsprechend war in den Geschichtslehrbüchern der DDR ähnlich dem angeführten Beispiel zu lesen: „Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren . . . einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten . . . Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR, brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.“<sup>2</sup>

Das Stereotyp der Lehrbuchdarstellung entsprach den Leitlinien der offiziellen Darstellung des 17. Juni in den Medien und in der Historiographie, die vorgegeben wurden in den Publikationen des Instituts für Marxismus/Leninismus (IML) in Berlin. Die hier geschilderte Sicht der Ereignisse ist bereits eine modifizierte, beeinflusst durch den innerdeutschen und internationalen Entspannungsprozeß und die Entwicklungen in der DDR. Wenden wir uns vorerst der Entstehung der Auffassungen über die Juni-Erhebung in der DDR zu.

1 K. W. Fricke, in: Der Morgen vom 16./17. Juni 1990.

2 Geschichte, Lehrbuch für die Klasse 10, Berlin (Ost) 1971.

---

## II. Zur Genesis der ostdeutschen Einschätzung des 17. Juni 1953

---

Die Herkunft der These vom konterrevolutionären Putschversuch ist in den Archivalien des Zentralen Parteiarchivs der SED (ZPA) nachvollziehbar. Am 17. Juni erreichten die SED-Zentrale in Berlin aus allen Bezirken der Stadt sowie aus den Bezirken und Kreisen der DDR unzählige Berichte<sup>3</sup>. Sie zeigen deutlich die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der sozialen Lage in der DDR und der Politik der SED. Letztere empfand die Mehrheit der DDR-Bürger nicht als eine im Sinne der Bevölkerung. Sich diesen Berichten zu stellen hätte bedeutet, tiefgreifende Schlußfolgerungen für die DDR-Politik sowie für die Staats- und Parteiführung ziehen zu müssen. Die SED hatte das Vertrauen eines Großteils der Bevölkerung verloren. Die ca. 500 000 streikenden und demonstrierenden Arbeiter repräsentierten durchaus eine Mehrheit der Arbeiterschaft, setzt man sie in Bezug zu der Spontaneität des Massenprotestes und der geringen Zeit, die der Bewegung zu ihrer Ausprägung blieb. Hinzu kommt, daß die Arbeiter fast ausschließlich aus der „volkseigenen Industrie“ kamen, dem Teil der Industrie, von dem die SED glaubte, ihn auch ideologisch am besten zu beherrschen.

Damit stand die Erhebung in krassem Gegensatz zur marxistisch/leninistischen Theorie, die eine gesetzmäßige Interessenübereinstimmung zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft und der allein regierenden sozialistisch/kommunistischen Partei konstatierte. Dies hätte jedoch die Lehren des Leninismus von der Einheit und Unzertrennbarkeit von Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei negiert und zugleich den gesamten Automatismus von Gesetzmäßigkeiten in der sozialistischen Gesellschaftstheorie in Frage gestellt. Jederzeit drohte der 17. Juni in seiner tiefeschürfenden Analyse das gesamte Geschichtsbild der DDR aus den Angeln zu heben.

Bereits in den Nachmittagsstunden des 17. Juni 1953, in denen die führenden Funktionäre der SED den Vertretern der Blockparteien ihre Sicht der Tagesereignisse diktierten<sup>4</sup>, prägte die SED-Führung das Bild vom konterrevolutionären Um-

sturzversuch. Am Morgen des 18. Juni 1953 beauftragte Ulbricht in einer Sekretariatssitzung des Zentralkomitees der SED eine Kommission (H. Axen, K. Schirdewan, O. Schön und E. Baumann), eine entsprechende Darstellung aus den Meldungen zu entwickeln<sup>5</sup>. Leitlinie sollte der Artikel des „Neuen Deutschland“ vom 18. Juni sein. Prononciert mußten Zerstörungen und Sabotageakte geschildert werden. Auch das Ziel war klar formuliert: „Sobald die Menschen Kenntnis von den Banditenakten haben, treten sie offen für die Regierung und für die Sowjetarmee ein.“<sup>6</sup> Außerdem sollte das Eingreifen der russischen Truppen als eine Tat zur Friedenserhaltung geschildert und Stellungnahmen aus der Bevölkerung mit einem Bekenntnis für die SED und die Regierung der DDR gesammelt und publiziert werden.

Das nunmehr verbreitete Bild folgte den Argumentationslinien der SED seit ihrer Gründung und läßt sich wie folgt charakterisieren: Auf dem einst einheitlichen deutschen Territorium waren zwei deutsche Staaten mit grundverschiedenen Gesellschaftssystemen entstanden: die fortschrittliche DDR, im sozialistischen Friedenslager unter der Führung der UdSSR verankert und in ihrer Politik nach Frieden, sozialistischem Aufbau zum Wohle des deutschen Volkes und nach demokratischer Wiedervereinigung strebend; dem gegenüber die Bundesrepublik, ein imperialistisches Deutschland in der Nachfolge des III. Reiches, das remilitarisiert als die Speerspitze des USA-Imperialismus und seiner Weltherrschaftspläne in Europa fungieren sollte.

Im Westen Deutschlands seien durch die Adenauer-Regierung die Pläne zur Einverleibung der DDR und zur Beseitigung der antifaschistischen/sozialistischen Errungenschaften seit langem vorhanden. Als Beispiel wurde gern der 1952 neu gebildete Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen mit seinen Planspielen zum Tag X, dem vermuteten ökonomischen und politischen Zusammenbruch der DDR, angeführt<sup>7</sup>. Nicht ungeschickt ordnete man unausgedeutete oder überbewertete Tatsachen in das Bild einer gesetzmäßigen Auseinandersetzung zwischen den Gesellschafts-

---

Tageszeitungen zu lesen waren. Auf dem Weg zu benannter Unterredung wurde O. Nuschke an der Oberbaumbrücke von Demonstranten abgefangen und in den amerikanischen Sektor Berlins verschleppt. Vgl. ZPA, NL 90/437.

<sup>5</sup> Vgl. ebd.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Vgl. H. Teller, Der kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961, Berlin (Ost) 1971, S. 63 ff.; E. Heinrich/K. Ullrich, Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR, Berlin (Ost) 1981, S. 228 ff.

systemen ein<sup>8</sup>. Wirtschaftliche Disproportionen aus der Teilung Deutschlands, Wirtschaftsembargos von seiten Westdeutschlands, Abwerbungen sowie Sabotage und Spionage zur Störung der Warenproduktion gehörten dazu. Sie vor allem hätten die ökonomischen Probleme der DDR 1952/53 verursacht. Der „Neue Kurs“, mit dem auch fehlerhafte Entscheidungen der SED zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung beseitigt worden waren, drohte die Pläne der westdeutschen Kriegstreiber zu vereiteln, weswegen sie überhastet, die Unzufriedenheit eines kleinen Teils der Arbeiter ausnutzend, den vorbereiteten „Tag X“ am 17. Juni inszeniert hätten.

Repräsentativ für eine im unmittelbaren Eindruck der Unruhen noch relativ „moderate“ parteiinterne Auffassung ist das Kommuniqué der 14. Tagung des ZK der SED vom 21. Juni 1953, welches deutlich die Handschrift des ZK-Mitglieds R. Herrnstadt trägt. Das Grundmuster des von langer Hand vorbereiteten „Tag X“ ist erkennbar. Es paßte in die von Stalin verkündete Theorie vom sich permanent verschärfenden Klassenkampf und entsprach der Grundüberzeugung der Kommunisten. Allerdings ist die Sicht auf die eigenen Fehler der SED noch recht deutlich. Hier heißt es u. a.: *„Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Mißstimmungen einiger Teile der Bevölkerung, die durch die Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden waren... die Arbeitsniederlegungen ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben.“*<sup>9</sup>

Die Protestbewegung wird nunmehr, um Differenzierung in der Arbeiterschaft und die Lossagung der Bevölkerung von den Unruhen bemüht, in *„ehrliche, um ihre Interessen besorgte Werktätige, die zeitweilig den Provokateuren Gehör schenkten – und die Provokateure selber“* unterteilt. Die *„ehrlichen Arbeiter“* hätten, zwar zeitweilig irregeleitet, *„deswegen nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein, und sind als solche zu achten“*<sup>10</sup>.

Zur Entstehung dieser Argumentationen in der Parteispitze ist bislang quellenmäßig nichts abgesichert. Überliefertes basiert auf den Erinnerungen

8 Selbst unter linken Zeithistorikern der Bundesrepublik wurde in den siebziger Jahren gelegentlich die These des vom Westen gesteuerten Umsturzversuches belebt. Vgl. P. Schütt, Gebeugt von der Last der Geschichte, in: Deutschland Archiv, (1991) 10, S. 1112.

9 Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 21. Juni 1953 „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“. Vgl. J. Pernkopf, Der 17. Juni 1953 in der Literatur der beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982, S. 47.

10 Ebd.

H. Brandts. Er bezieht sich auf eine Diskussion mit H. Jendretzky<sup>11</sup>, die hier wegen ihres bezeichnenden Bildes auszugsweise wiedergegeben werden soll. Jendretzky erklärte Brandt das Zustandekommen der Version des „Tages X“ wie folgt: *„Die Partei hat versagt, die ‚Freunde‘ mußten durchgreifen, waren zu einer militärischen Aktion herausgefordert. Sie hätten sonst ihr Gesicht verloren. Es ist noch ein Glück, daß die drüben schon immer von einem Tag X geschwafelt haben, sonst hätten wir ihn erfinden müssen. Begreif doch, es muß ein Verbrechen, ein kriminelles Verbrechen vorgelegen haben, damit der Panzereinsatz moralisch, politisch gerechtfertigt erscheint... wir haben konstruiert, wir haben uns vor unsere Freunde gestellt, die mit ihrem Eingreifen schließlich die Partei, die DDR gerettet haben. Den Tag X haben die Freunde von uns verlangt.“*<sup>12</sup>

Nach allen vorliegenden Quellen scheint der Schluß berechtigt, daß es solche Auffassungen in der SED-Führung durchaus gegeben hat. Häufig findet sich jedoch ein blauäugiger Glauben an den Putsch von außen, weil diese Erklärung den SED-Funktionären besonders der mittleren und unteren Ebenen wahrscheinlicher anmutete als ernsthafte Fehler der Staatspartei und eine tiefe Kluft zwischen dieser und der Bevölkerung. Die SED und mit ihr die Masse ihrer Funktionäre hatte sich mit ihrem Anspruch auf die absolute Wahrheit und die ständigen Belehrungen der Arbeiter weit vom Denken und Fühlen in der Bevölkerung entfernt.

Mit der beginnenden Stabilisierung der Lage in der DDR etwa ab dem 20. Juni 1953 flossen in die Auffassungen der SED-Führung Erkenntnisse aus Diskussionen ein, die von Funktionären mit Arbeitern in den Betrieben geführt worden waren. In diesen zeigte sich, daß die Arbeiter auch aufgrund der ZK-Resolution nicht bereit waren, sich von ihren Forderungen zu distanzieren. Sie leiteten ihr Streikrecht aus der gültigen DDR-Verfassung von 1949 her und verteidigten den Weg, ihren Willen durch Demonstrationen kundzutun, da die Funktionäre in den Betrieben sie bisher nur agitiert, jedoch nicht angehört hätten<sup>13</sup>. Die Demonstrierenden distanzieren sich von den Ausschreitungen, insbesondere dann, wenn die Ereignisse mit „faschistischem Gebaren“ in Verbindung gebracht wurden. Diese Wirkung machten sich die Zeitungen und später auch die Geschichtsschreibung der DDR zunutze, um die Verwerflichkeit anfänglich der Gewaltakte, später der ganzen Erhebung festzuschreiben.

11 Hans Jendretzky war zu diesem Zeitpunkt der Vorsitzende der SED-Bezirksleitung in Groß-Berlin, Heinz Brandt Mitarbeiter der Bezirksleitung.

12 H. Brandt, Ein Traum der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 249f.

13 Vgl. ZPA, IV 2/5/537.

So finden sich vom 18. Juni 1953 an in der Zeitung „Neues Deutschland“, dem Sprachrohr der SED, Schilderungen, die den äußeren Einfluß von westlichen Agenten und Provokateuren sowie „faschistischer Elemente“ deutlich machen sollten. Im journalistischen Stil, dem andere Zeitungen der DDR nachfolgten, wurden Haß und Abneigung gegen die „imperialistischen Agenten“, die „Dreigroschen-Jungs“, die „gekauften Subjekte“ und „faschistischen Elemente“ erzeugt. Faschistische Tendenzen mühte man sich an Einzelercheinungen nachzuweisen. Insbesondere das Beispiel der aus einem hallischen Gefängnis mitbefreiten KZ-Aufseherin E. Dorn schien geeignet, eine Führungsrolle von NSDAP-Mitgliedern und NS-Funktionären zu bezeugen. Frühere Wehrmachts- oder NSDAP-Zugehörigkeit diente bei den „Rädelsführern“ als Beleg einer „faschistischen Gesinnung“<sup>14</sup>. Diese und eingeschleuste Agenten<sup>15</sup> wurden nun als Träger der Unruhen und Ausschreitungen letztendlich für den gesamten 17. Juni verantwortlich gemacht. Das lief auf den durchaus wirksamen Versuch hinaus, die Arbeiter von ihrer eigenen Erhebung zu distanzieren. Gleichzeitig entstand die juristische Wertung des 17. Juni, mit welcher (nach der Absetzung Fechners als Justizminister<sup>16</sup>) die Verurteilungen von Streikleitungen und anderen an der Erhebung Beteiligten als gerechtfertigt erscheinen sollten. Die Stellung zum 17. Juni 1953 war fortan für lange Zeit mitentscheidendes Kriterium für die persönliche Entwicklung vieler Menschen in der DDR.

Nachdem Ulbricht und seine Anhänger ihre Macht wieder konsolidiert hatten, brach Ulbricht die Auseinandersetzung um die Ursachen des 17. Juni 1953 abrupt ab. Auf der 15. Tagung des ZK der SED legte er in seiner Rede den Kurs zur Behandlung des 17. Juni fest: Eine weitere Fehlerdiskussion schwäche die SED und gefährde den Aufbau in der DDR<sup>17</sup>. Gleichzeitig entledigte er sich der Kritiker seiner dogmatischen Parteipolitik W. Zaisser und R. Herrstadt<sup>18</sup>. Damit waren die ent-

scheidenden Signale für die künftige Darstellung des 17. Juni 1953 gegeben. Die historiographische Interpretation der 15. Tagung läßt sich in der 1969 erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ nachlesen: „Mit diesen Feststellungen wandte sich die Parteiführung zugleich gegen eine ‚Fehlerdiskussion‘, die feindliche und schwankende Elemente der SED der Bevölkerung aufzwingen wollten, um sie vom Kampf für die Einheit Deutschlands und vom Aufbau des Sozialismus in der DDR abzulenken.“<sup>19</sup>

---

### III. Die Perzeption des 17. Juni 1953 in der Historiographie

---

Eine offizielle Analyse der Arbeitererhebung vom Juni 1953 nahm die sich seit Ende der fünfziger Jahre nennenswert entwickelnde DDR-Historiographie nicht vor. Die Thematik als solche fand fast nur in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der DDR Eingang. Allgemein wurden aus der Vielschichtigkeit der Aktionen und Ereignisse jene Tatsachen herausgegriffen und zusammengezogen, die den durchaus im Gefüge des Kalten Krieges vorhandenen Einfluß von außen verdeutlichten. Demzufolge konzentrierten sich die Aussagen der DDR-Historiographie insbesondere auf die Berliner Ereignisse und münzten das Besondere der Erhebung in der geteilten Stadt mit der aktiven Teilnahme von Westberlinern und dem großen Medieneinfluß von außen in das Allgemeine der Juni-Unruhen in der DDR um. In diesem Zusammenhang sind die Arbeiten von St. Doernberg<sup>20</sup> und W. Horn<sup>21</sup> zu nennen. In ihren Abhandlungen bemühten sich die Autoren um einen Nachweis des von außen gesteuerten konterrevolutionären Putschversuchs. Insbesondere bei Horn ist eine Schwerpunktsetzung auf den „faschistischen“ Charakter der Arbeitererhebung sehr deutlich.

seine Teilnahme an dieser Provokation zu verteidigen... Wir werden mit allen ehrlichen und klassenbewußten Arbeitern sprechen und diskutieren, nicht aber mit Hetzern und Provokateuren. Für dieses Gesindel, das unseren friedlichen Aufbau stört, gibt es nur eins: Wir werden dafür sorgen, daß sie in Zukunft keinen Schaden mehr anrichten können.“ ZPA, NL 90/179. Diese unverhohlene Drohung galt sowohl der SED-Führung als auch jedem DDR-Bürger. Wer nicht „klassenbewußt“, also für die SED-Politik war, erschien sofort als Gegner.

19 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 13, Berlin (Ost) 1969, S. 236.

20 Vgl. St. Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin (Ost) 1969, S. 236 ff.

21 Vgl. W. Horn, Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie der DDR (1951–1955), Berlin (Ost) 1963, S. 205 ff.

14 Vgl. Neues Deutschland vom 22. Juli 1953.

15 Während der Anteil der Westberliner bei den Verhafteten in Ostberlin am 17. Juni 1953 und danach relativ hoch war, konnten auf dem Gebiet der restlichen DDR nur vier westdeutsche Bürger in Verbindung mit den Ereignissen gebracht und inhaftiert werden. Vgl. T. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 301.

16 M. Fechner hatte in einem Artikel des „Neuen Deutschland“ vom 30. Juni 1953 klargelegt, daß laut Verfassung die Arbeiter ein Recht auf Streik hätten, Streikende und deren gewählte Leitungen seien somit nicht juristisch zu belangen. Fechner habe damit, so lautete die Anschuldigung, „einen versuchten Staatsstreich und faschistischen Putsch als Streik zu rechtfertigen versucht“.

17 Vgl. ZPA, IV 2/5/546.

18 W. Ulbricht betonte auf der 15. Tagung des ZK der SED vom 24. bis 26. Juli 1953: „Kein Arbeiter hat Veranlassung,

In ihrer Beurteilung und Wertung hielten sich die Darstellungen an die Vorgaben der SED-Zensur. Als die historische „Leiteinrichtung“ fungierte dabei das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Hier verfügte man über die wesentlichsten Quellen der SED-Politik, die nur wenigen anderen Historikern zugänglich waren. Einige Mitarbeiter dieses Hauses fungierten gleichzeitig als Mitglieder des Zentralkomitees. Hier las man Arbeiten aus der ganzen DDR, „schlug“ Änderungen vor und entschied letztlich über die Publikationswürdigkeit mit. Das macht verständlich, warum Publikationen des IML als „der Weisheit letzter Schluß“ gern zitiert wurden, wenngleich mancher mit einem Zitat auch die Verantwortung von sich schob.

Eine der Arbeiten des IML, die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ unter der Leitung Ulbrichts aus dem Jahr 1967<sup>22</sup>, ist jedoch unter anderen Gesichtspunkten betrachtenswert. Hier findet die Aufarbeitung der Ursachen der Unruhen vom Juni 1953 doch eine recht „freimütig“ anmutende Abrechnung mit Fehlern der SED, wenngleich man sich ständig um eine Erklärung dieser „Irrungen“ bemüht. Allerdings bleiben diese für den wenig sachkundigen Leser schwer sezierbar. So liest man u. a.: *„Dabei wurde auch versucht, bestimmte Probleme mit administrativen Mitteln zu lösen... Bei der Ahndung von Verstößen gegen das sozialistische Eigentum... wurde von den Justizorganen häufig die erzieherische Seite des Rechts nicht genügend beachtet... Einige steuer- und lohnpolitische Maßnahmen zur Einschränkung der Ausbeutung in den privatkapitalistischen Betrieben führten zu einem Absinken der Erzeugung von Waren des Massenbedarfs und zur Schließung einiger volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe der Konsumgüterindustrie. Diese negativen Erscheinungen wurden genährt durch J. W. Stalins falsche These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus.“*<sup>23</sup>

Folgt die weitere Darstellung auch den allgemeinen Richtlinien des von außen inszenierten Putschversuchs, so sind doch, wenn auch verklausuliert, wesentliche innere Ursachen erstmalig benannt. Es scheint durch das namhafte Autorenkollektiv hier ein Vorstoß unternommen worden zu sein, der in der Folgezeit keine Billigung der Parteispitze fand. Bereits bei Horn ist deutlich ein großer Rückschritt feststellbar, und selbst in den siebziger Jahren bleiben die Darstellungen hinter dem Stand von 1966 zurück.

22 Vgl. Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin (Ost) 1967, S. 224 ff.

23 Ebd., S. 230.

Ganz anders stellte sich die Situation 1953 und in den Folgejahren in der Bundesrepublik dar. Hier herrschte von Anbeginn großes Interesse an der Aufarbeitung des Arbeiteraufstandes. Der 17. Juni wurde dabei insbesondere in den fünfziger Jahren zum Objekt des Kalten Krieges sowie der ideologischen Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat überhaupt. So mancher Politiker, Publizist, aber auch Historiker maß den Juni-Ereignissen unter der simplifizierenden Prämisse des „Volksaufstandes gegen den Kommunismus und für eine freiheitliche Demokratie“ die Wertigkeit eines Fanals zur Wiedervereinigung unter freiheitlich-demokratischen Vorzeichen zu<sup>24</sup>.

Oft blieben noch bis in die Gegenwart Forschungsergebnisse von Historikern der Bundesrepublik sowie die Erinnerungen, z. B. von F. Schenk oder H. Brandt, die durchaus ein weit differenzierteres Bild vermitteln, unbeachtet. Willy Brandt hatte im Jahr 1955 bereits betont, daß nirgends eine restaurative Tendenz während der Unruhen 1953 von den Arbeitern vertreten wurde, daß durchaus unzweideutige Vorbehalte gegenüber der westdeutschen Politik vorhanden waren und es den Protestierenden keinesfalls um eine einfache Angliederung der DDR an die Bundesrepublik gegangen sei<sup>25</sup>.

Die wohl tiefeschürfendste und feinfühligste Analyse der Arbeitererhebung dieser Zeit verfaßte 1965 A. Baring. Anhand des verfügbaren Materials von unzähligen Erinnerungsberichten und westlicher Quellen untersuchte er die Arbeiterbewegung in ihrer Genesis und analysierte bis heute beeindruckend die Motive und Forderungen der Demonstrierenden: *„So stellt man sich einen Aufstand, eine Revolte eigentlich nicht vor... Nachdem die Arbeiter das unmittelbare Ziel, die Rücknahme der Normerhöhungen, erreicht und ihre Streikleitungen die Kontrolle über die Ereignisse verloren hatten, gab es in der Massenbewegung keinen klaren gemeinsamen Willen mehr. Vor allem gab es keine Führung, keine Organisation, keine Planung.“*<sup>26</sup>

Er erklärt damit auch, daß die Plan- und Ziellosigkeit eben nicht eine Orientierung in Richtung Anschluß an die Bundesrepublik zuließ. Erstmalig

24 Vgl. St. Brandt (K. Harpprecht)/K. Bölling, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954. E. v. Loewenstern schreibt selbst 1991 noch: „Denn an diesem Tage hatte sich ‚das Volk der DDR‘ entgegen allem Gerede vom ‚DDR-Staatsbewußtsein‘ erhoben, um die kommunistische Herrschaft abzuschütteln und Deutschland in Freiheit wiederzuvereinen.“ Die Welt vom 17. Juni 1991.

25 W. Brandt, Arbeiter und Nation, Berlin (West) o. J. (1955), S. 41 f.

26 A. Baring, Der 17. Juni 1953, Köln-Berlin 1965, S. 90 f.

wird das Eingreifen der Sowjettruppen, so verurteilenswert es war, nicht als blutiges Gemetzel<sup>27</sup>, sondern durchaus als zurückhaltender, aber bestimmter Einsatz festgestellt. „Aber man täusche sich nicht, der Aufstand ist nicht durch die sowjetischen Truppen niedergeschlagen worden. Aufs Ganze gesehen war die revolutionäre Welle schon gebrochen, bevor die Russen marschierten. Ihr Eingreifen war kein Wendepunkt, sondern hat nur einen Schlußpunkt gesetzt: die Streik- und Demonstrationenbewegung hatte sich im Laufe des Tages erschöpft, der Elan war versiegt, der Aufstand in seinen Anfängen steckengeblieben.“<sup>28</sup>

---

#### IV. Entwicklungen in den siebziger und achtziger Jahren

---

Insbesondere Anfang der achtziger Jahre wurden in der Bundesrepublik mehrere Arbeiten zum 17. Juni 1953 veröffentlicht, welche die Arbeitererhebung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten analysierten und Ursachen und Ziele der Juni-Unruhen sehr differenziert zu ergründen suchten<sup>29</sup>. Den Arbeiten ist gemein, daß sie die in der Bundesrepublik vorhandenen Quellen untersuchten und sich auf eine Vielzahl von Befragungen und Erinnerungen von DDR-Flüchtlingen stützten.

Der pluralistischen Geschichtsauffassung entsprechend, stellten die Lehrbücher der Bundesrepublik zur Zeitgeschichte die Juni-Ereignisse 1953 in der DDR als Volks- oder Arbeiteraufstand mit inneren Ursachen und gegen das sozialistische Regime gerichtet dar, jedoch fand der Schüler auch in Zitate die DDR-offizielle Lesart abgedruckt. Offensichtlich ist aber, daß die von der Geschichtswissenschaft bereits vollzogene Abkehr von der Volksaufstandstheese und Hinwendung zu der wesentlich differenzierenderen Wertung als Arbeiteraufstand in den Geschichtsbüchern nur teilweise Niederschlag findet.

Aufs Ganze gesehen ist das Bemühen, die Ursachen der Arbeitererhebung in ihrer Vielschichtigkeit zu erfassen, die Einflußnahme von außen

nicht zu bagatellisieren sowie die Stellung der Bevölkerung zum Staat DDR zu analysieren, nachvollziehbar. Nicht selten jedoch findet die nationale Frage als eine die Menschen in beiden Teilen Deutschlands bewegende insofern eine Überbetonung, als ein großer Teil der DDR-Bevölkerung 1953 aus dem Erleben des Faschismus und auf Grund des Bildes der Bundesrepublik im Kalten Krieg und dessen ideologischer Verzerrung durch die SED-Propaganda eine einfache Angliederung an die Bundesrepublik ablehnte.

Betrachtet man die allgemeine Entspannungsphase der siebziger Jahre und die permanente Bezugnahme beider deutscher Staaten in der Auseinandersetzung aufeinander, so hätte man nach dem Abflauen des Kalten Krieges auch in der DDR einen moderaten und kritischeren Umgang mit der eigenen Geschichte erwartet. Zumindest für die Darstellung des 17. Juni 1953 trat jedoch keine Lockerung ein. Im gesamtgesellschaftlichen Rahmen gesehen verfolgte man in den siebziger und achtziger Jahren die Taktik, Schritt für Schritt jene Tage im Juni 1953 aus dem Bewußtsein der Menschen zu verdrängen. Im Schulunterricht wurde das Thema zumeist nur kurz angeschnitten. Die vermittelten Informationen befriedigten nicht, es bestand jedoch kaum die Möglichkeit, sich als Laie darüber hinaus mit dem Thema zu beschäftigen. In den Bibliotheken waren westliche Publikationen zumeist nur mit Sondergenehmigungen zu erhalten.

Entsprechend dem von der SED geprägten Geschichtsbild des 17. Juni mühte sich die DDR-Historiographie, die Vorgaben mit wissenschaftlichen Darstellungen zu unterlegen. Dies geschah weiterhin nur im Zusammenhang mit Querschnittabhandlungen. Das Standardwerk der DDR-Geschichtsschreibung ist die „Geschichte der SED“<sup>30</sup>. Mit dem hochprämierten Werk entstand eine Vorgabe zur Ausdeutung der DDR-Geschichte. Die folgenden Publikationen im Stile der SED-Geschichte zur FDJ, zur NVA, zum FDGB u. a. m. beeindruckten vor allem durch das damals übliche fleißige Zitieren aus dem „Abriß“<sup>31</sup>.

Entsprechend der oben skizzierten Linie führt der „Abriß“ an den „Tag X“ heran und versucht, über das Stahlembargo und verschiedene Sabotageakte die Liquidationsversuche des „Imperialismus“ nachzuweisen<sup>32</sup>. Private Unternehmer und andere Kräfte in den Mittelschichten und der Großbauernschaft „schädigten, inspiriert und gelenkt durch

27 Vgl. St. Brandt/K. Bölling (Anm. 24).

28 A. Baring (Anm. 26), S. 89.

29 Vgl. A. Bust-Bartels, der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 24 ff.; 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, hrsg. von I. Spittmann/K.-W. Fricke, Köln 1982.; Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1989.

30 Vgl. Geschichte der SED, Abriß, Berlin 1978, S. 288.

31 Vgl. Geschichte der FDJ, Berlin (Ost) 1982; Armee für Frieden und Sozialismus, Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR, Berlin 1985.

32 Vgl. Anm. 30, S. 290.

*Diversionszentralen und Hetzkampagnen von der BRD und Westberlin aus, den sozialistischen Aufbau und traten immer offener gegen die SED und den sozialistischen Staat auf*<sup>33</sup>.

Offensichtlich wurde hier eine ganze „konterrevolutionäre Untergrundbewegung“ konstruiert<sup>34</sup>. Verschwiegen werden die Beschlüsse zur Liquidation der Privatwirtschaft in der DDR auf der 10. Tagung des ZK im November 1952 und die Repressionsmaßnahmen gegen die Mittelschichten<sup>35</sup>. Die kaum noch benannten Fehler der SED erscheinen als eine Ursache des Kalten Krieges. Damit ist die folgende Charakterisierung der Arbeitererhebung logisch vorbereitet: *„Der Klassenfeind im Innern hatte die Unzufriedenheit und Mißstimmung eines Teils der Werktätigen ausgenutzt, um gegen die Interessen der Arbeiter-und-Bauern-Macht gerichtete Handlungen auszulösen. Anleitung erhielten die Konterrevolutionäre von Geheimdiensten und Agentenzentralen aus Westberlin und der BRD sowie von den dort eingerichteten Rundfunkstationen der USA. Über Westberlin wurden Provokateure in die DDR eingeschleust. Die Aktion vom 17. Juni 1953 sollte den Auftakt zum Generalstreik, zum konterrevolutionären Umsturz in der DDR bilden. Es war beabsichtigt, eine Atmosphäre des Bürgerkriegs zu schaffen.*“<sup>36</sup>

Interessant ist die Konstruktion von Generalstreik, konterrevolutionärem Umsturz und Bürgerkrieg, die der Erläuterung des militärischen Eingreifens als Friedensmission dienen soll. Mit der Feststellung, daß nunmehr die „innere Konterrevolution“ scheinbar aktiver war als die von außen, ist die Analyse des „Neuen“ im „Abriß“ bereits abgeschlossen. Ganz deutlich wird hier das Zurückbleiben der „Geschichte der SED“ nicht nur in dieser Frage hinter der zehn Jahre früher erschienenen „Geschichte der Arbeiterbewegung“ aus demselben Haus.

Damit waren einer weiteren Untersuchung des 17. Juni bereits engste Grenzen gesetzt. Kurz und bündig handelt die 1985 erschienene FDGB-Geschichte den 17. Juni ab: *„An den Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen nimmt nur eine Minderheit von Werktätigen teil, von denen sich viele schon nach kurzer Zeit von den Provokateu-*

*ren distanzieren.*“<sup>37</sup> „Unter Führung der SED“ lassen die Autoren dann „klassenbewußte Arbeiter“ den Putschversuch zerschlagen. Bewaffnete Organe der DDR und der UdSSR dürfen dabei unterstützen. Auch H. Heitzer unterstellt in der DDR starke konterrevolutionäre Gruppen und läßt die *„Provokateure wie Faschisten hausen*“<sup>38</sup>. Das *„entschlossene Auftreten der Sowjetunion verhinderte, daß es zu einer militärischen Auseinandersetzung kam*“<sup>39</sup>, erläuterte er den friedenserhaltenden Charakter des Einsatzes bewaffneter Gewalt gegen das Volk.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre veränderte sich das politische Umfeld und zeitigte Einflüsse auch auf die Geschichtsforschung in der DDR. Vor allem „Perestroika“ und „Glasnost“ in der UdSSR und die damit begonnene Neuaufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion wirkten sich auf die DDR aus, schufen ein neues Selbstbewußtsein und Informationsbedürfnisse in der Bevölkerung. Es ist festzuhalten, daß es in den Buchläden seit etwa 1986 ein immer reichhaltigeres Angebot an Aufarbeitungen zu historischen Themen, seien es Biographien zum Preußenkönig Friedrich II., zu Bismarck oder aber zu anderen Themen meist älterer Geschichte, gab. Die SED-Führung hatte wohl begriffen, daß sie mit ihrer bisherigen Geschichtsdarstellung die Bevölkerung immer weniger erreichte. Auch in der Zeitgeschichte sind Entwicklungen sichtbar, seien es Diskussionen um die Führbar- und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges, um bislang Unantastbares aus der Stalinära oder Neubewertungen der eigenen Geschichte.

In einer Zeit des offensichtlichen Sinkens des Lebensstandards in der DDR erlangte der 17. Juni 1953 noch einmal eine gewisse Konjunktur. Das verdeutlichen insbesondere Zeitungen und Illustrierte im Jahre 1988, dem 35. Jahrestag der Arbeitererhebung. Sie dokumentieren jedoch auch das Dogma, zu dem die SED-Führung die Deutung dieses Ereignisses erhoben hatte. Wiederum wortreich wird der äußere Einfluß beim „Putschversuch“ untermauert, allerdings sind gewisse Differenzierungen in der Darstellung der inneren Ursachen erkennbar<sup>40</sup>.

Eine Veröffentlichung stellt in 28 Fragestellungen Schwerpunkte der DDR-Entwicklung dar, darunter auch den 17. Juni<sup>41</sup>. Die Argumentation, die

33 Ebd., S. 291.

34 Es wurde nicht nur dem Privatunternehmer allgemein die aktive Sabotage des Aufbaus in der DDR unterstellt, auch in den Betrieben entstanden „konterrevolutionäre Gruppen“, wirkten „kapitalistische, militaristische und faschistische Kräfte“. Diese durch nichts belegbaren Aussagen reflektierten die damaligen Justizurteile und erzeugten ein fiktives Bild äußerer und innerer Bedrohung der DDR. Vgl. ebd., S. 292.

35 Vgl. ZPA, IV 2/1/56.

36 Geschichte der SED (Anm. 30), S. 256.

37 Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Chronik 1945–1982, Berlin (Ost) 1985<sup>2</sup>, S. 83.

38 H. Heitzer, DDR, Geschichtlicher Überblick, Berlin 1979.

39 Ebd., S. 112.

40 Vgl. Neue Berliner Illustrierte (NBI), (1988) 21; „Für Dich“, 25 (1988) 25; „Freie Welt“, (1988) 13; „Horizont“, (1988) 6.

41 Vgl. J. Heise/J. Hofmann, Fragen an die Geschichte der DDR, Berlin (Ost) 1988.

sich speziell an einen jugendlichen Leserkreis richtet, ist geschickt aufgebaut. Die Autoren schildern vorab die Streiks und vor allem die Ausschreitungen und setzen sich anhand eines Baring-Zitats mit der westdeutschen Volksaufstandstheorie auseinander. Es folgt, wenngleich moderater als in vielen Arbeiten davor, die Konstruktion des „Tag X“ aus dem Kalten Krieg heraus. Erst jetzt werden die inneren Ursachen beleuchtet. Hier ist dann jedoch ein Hinausgehen selbst über die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ erkennbar. Es entsteht das Bild einer durchaus gerechtfertigten Empörung der Bevölkerung mit dem Verweis, daß mit dem „Neuen Kurs“ begonnen wurde, *„Schritte einzuleiten, um fehlerhafte Entscheidungen zu korrigieren und die Lebenslage der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu verbessern. So wurden Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Bau- und Verkehrsbetrieben Kredite gewährt und der Abschluß von Verträgen zwischen HO und dem privaten Einzelhandel ermöglicht, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.“*<sup>42</sup>

Durch diesen Absatz ist man eher geneigt, die im „Abriß“ noch konterrevolutionären Mittelschichten nunmehr als die Verbündeten der Arbeiterklasse anzusehen. Auch hiermit sollten in der sich verschärfenden Wirtschaftssituation der DDR sicherlich Zeichen gesetzt werden. Bei Heise/Hofmann war nach 24 Stunden *„der ganze Spuk zu Ende“*, hatte sich nur ein Teil der Arbeiterklasse, aber kaum die Bauernschaft, Intelligenz und der Mittelstand beteiligt. Der Linienführung seit 1953 folgend, werden Ausmaß und Dauer der Unruhen heruntergespielt. Damit bleibt das Bild des 17. Juni in der DDR bis 1989 im wesentlichen unverändert. Hofmann gelangt 1989 in einer Publikation zur eigenständigen Nationsentwicklung der DDR sogar noch zu der Erkenntnis: *„Der Versuch, der deutschen Frage eine imperialistische und konterrevolutionäre Antwort aufzudrängen, war gescheitert.“*<sup>43</sup>

Trotz sichtbarer Modifizierungen in den Geschichtsdarstellungen zum 17. Juni konnte bis 1989 in der DDR der vorgegebene Rahmen nicht gesprengt werden. So befaßte man sich zwar näher mit den krisenhaften Erscheinungen 1952/53 in der DDR, ohne jedoch kausale Rückschlüsse auf das Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem in der DDR zuzulassen. Bei aller notwendigen Abrechnung und Auseinandersetzung mit der DDR-Historiographie sollte jedoch nicht ver-

gessen werden, daß eine mangelnde Quelleneinsicht und gleichsam die Totalitarisierung des historischen Materialismus mit seiner „gesetzmäßigen“ Formationsabfolge dem Erkenntnisprozeß in der DDR objektive Grenzen setzte. Der Historiker war zudem meist den subjektiven Schranken seiner Ideologie, der eigenen Selbstzensur und Anpassung verhaftet.

Die Situation änderte sich 1989/90. Wohl treffend beschreibt der Begriff „Aktenschock“ das, was den DDR-Historiker angesichts der nun zugänglichen Quellen erwartete. Das Archivgut konnte schrittweise ausgewertet werden, die eingrenzenden Zensurbestimmungen fielen. So entstanden wichtige Teilbeiträge zur Erforschung der Thematik<sup>44</sup>, nicht selten unter schmerzender Selbsterkenntnis. Der Autor selbst behandelte den 17. Juni 1953 als konterrevolutionären Putsch noch marginal in seiner Dissertation und durchlebte hernach einen Erkenntnisprozeß, der sich 1990/91 in Publikationen auch widerspiegelt<sup>45</sup>.

Interessant ist die Differenziertheit der Ausdeutung in den neuen Aufarbeitungen. Während partiell gar der „Volksaufstand“ (Dralle), häufiger der „Arbeiteraufstand“ bemüht werden, findet man bei Mitter, Roth und anderen ein vorsichtigeres Herangehen. H. Roth konstatiert eine Erhebung zur Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse und schränkt dann ein: *„Zu berücksichtigen ist dabei, daß in der kurzen Zeit, die die Erhebung dauerte, ohne zentrale Führung und Vorbereitung mit Konzepten und Alternativen die Vorstellung über die Ausgestaltung der angestrebten Machtverhältnisse unklar bleiben mußte. In allen ausgewerteten Forderungskatalogen wurde expressis verbis keine Aussage über das gewünschte Gesellschaftsmodell gemacht... Die vielfach gerade in Leipzig und Altenburg ausgesprochene Hoffnung, daß aus freien und demokratischen Wahlen in ganz Deutschland die SPD als wählerstärkste Partei her-*

44 Vgl. z. B. Krisen, Brüche, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig-Jena-Berlin 1990; T. Diedrich (Anm. 15); H. Roth, Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig, in: Deutschland Archiv, (1991) 6, S. 573 ff.; H. Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991; A. Huschner, Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR, in: BzG, (1991) 5, S. 681 ff.; A. Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 31 ff.; M. Hagen, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992; L. Dralle, Das DSF-Archiv als Quelle zur Geschichte der DDR – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, (1992) 8, S. 837 ff.; L. Haupts, Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1992) 3, S. 382 ff.

45 Vgl. z. B. die Wertungen des Autors in der „Jungen Welt“ vom 16./17. Juni 1990 und in seiner Monographie (Anm. 15).

42 Ebd., S. 116.

43 J. Hofmann, Ein neues Deutschland soll es sein. Zur Frage nach der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED, Berlin (Ost) 1989, S. 127.

vorgehen würde, könnte dahin gehend interpretiert werden, daß das zukünftige Deutschland ein demokratisch-sozialistischer Staat sein sollte.“<sup>46</sup>

---

## V. Zukünftige Forschungsschwerpunkte

---

Während das Geschichtsbild der DDR wohl kaum Bleibendes in die künftigen Untersuchungen zu dieser Thematik einzubringen vermag, bestätigen die Archivalien sehr wohl die Grundaussagen zur Arbeitererhebung bundesdeutscher Historiker insbesondere der achtziger Jahre, wenngleich die nun verfügbare Aktenbasis zu so mancher Teilfrage andere Sichten ermöglicht, Desiderate erkennen läßt und neue Schlußfolgerungen verlangt. Demzufolge wird man an vieles im Geschichtsbild der Bundesrepublik zum 17. Juni 1953 wohl anknüpfen können; eine wissenschaftliche Neuaufarbeitung des Ereignisses vor dem Hintergrund des wiedervereinigten Deutschlands ist im gemeinsamen Wirken von Historikern in den alten und neuen Bundesländern notwendig und in Angriff genommen.

Hier wird es vor allem darum gehen, die Arbeitererhebung ihrer, aus der Zeit ideologischer Auseinandersetzung stammenden, überspitzten Wertungen zu entkleiden. Dazu bedarf es vor allem der differenzierten Untersuchung der Teilnehmer der Erhebung, ihrer Forderungen und der schrittwei-

sen Wandlungen der Massenbewegung im Verlauf der Unruhen. Es wird auch die Frage zu stellen sein, ob angesichts der Spontaneität, der Führungs-, Plan- und Ziellosigkeit der Massenbewegung definitorisch von einem Aufstand im engeren Sinne gesprochen werden kann, sind sich doch die Historiker in der Frage einig, daß sich der 17. Juni von den Aufständen in Polen und Ungarn 1956 sowie vom „Prager Frühling“ 1968 eben durch den fehlenden geistigen Klärungsprozeß im Vorfeld der Unruhen unterscheidet. Es wird stark zu unterscheiden sein zwischen den ziellosen Demonstrationen in kleineren Städten wie Jessen, einer relativ gelenkten Massenbewegung mit Zielvorstellungen im Bitterfelder Raum und Versuchen des Umsturzes in Görlitz, den es im besonderen tiefgründiger zu untersuchen gilt. Richtig ist jedoch die Feststellung, daß sich aus einer sozial motivierten Massenbewegung Ansätze eines politischen Aufstandes entwickelten. Es fehlte aber nachweisbar nach dem spontanen Ausbruch der Unzufriedenheit die Zeit, die eine Konstituierung von Führungskräften und die Entwicklung einer zielgerichteten Bewegung ermöglicht hätte.

Einer tiefgründigen Untersuchung harret weiterhin die Haltung der Bundesregierung und der Westmächte während der Unruhen, der äußere Einfluß insbesondere in Berlin unter dem speziellen Gesichtspunkt der Existenz Berlins als geteilter Stadt. Neue Aspekte zum Einsatz der Sowjettruppen sowie zu den Vorgängen in Moskau und Karlshorst werden erst mit der Öffnung sowjetischer Archive möglich sein.

---

46 H. Roth (Anm. 44), S. 583.

# Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990

## I. Einleitung

Am 4. August 1953 trat das Gesetz über den Tag der deutschen Einheit in Kraft. Künftig sollte der 17. Juni gesetzlicher Feiertag sein. Das war der Minimalkonsens, auf den sich die Bundestagsparteien – außer der KPD – hatten einigen können. In dem Antrag der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP, DP) wurde vom „nationalen Gedenktag“, in dem der SPD vom „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“ gesprochen<sup>1</sup>. In der Bundestagsdebatte am 1. Juli 1953 verteidigte Willy Brandt den Entwurf der SPD: „Wir haben nicht ohne Grund in unserem Gesetzentwurf vom 17. Juni als dem zu schaffenden nationalen Feiertag gesprochen. Es sollte nicht zu einer Sache des Gedenkens oder gar der Trauer werden, was Grund genug ist, uns den Kopf höher tragen zu lassen.“ Das verband er mit dem Vorwurf gegen die Regierung, der Wiedervereinigung keine Priorität beizumessen: „Uns liegt – gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone – die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd!“<sup>2</sup> Zwei Tage später konnte Bundestagspräsident Hermann Ehlers allerdings die Annahme eines dritten Entwurfs<sup>3</sup> verkünden, der auf Basis beider Parteien-Entwürfe vom „Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung“ erarbeitet worden war und den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag erklärte.

1963 erklärte Bundespräsident Heinrich Lübke den Tag der deutschen Einheit in einer Proklamation zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“. Es hieß darin, daß die Gestaltung dieses Tages würdig sein und darin symbolisch das Streben nach Einheit in Frieden und Freiheit zum Ausdruck kommen solle. „Die Redlichkeit unserer Gesinnung wird daran gemessen werden, wie wir den Tag der deutschen Einheit begehen. Dieser Tag darf nicht den Feiertagen zugerechnet werden,

die zur Entspannung, Erholung oder gar dem Vergnügen dienen.“<sup>4</sup> Weil viele den 17. Juni als nationalen Ausflugs- und Erholungstag auffaßten, wurden seit Ende der sechziger Jahre die Rufe nach Abschaffung oder Änderung lauter. Im April 1968 legte die Regierung der Großen Koalition sogar einen Gesetzesänderungsantrag vor. Darin wurde die Bestimmung des Tages der deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag aufgehoben, denn diese „reichte ihn vor allem dort, wo die Voraussetzungen zur politischen Würdigung fehlten, zu leicht in die Reihe gewohnter arbeitsfreier Feiertage ein“<sup>5</sup>. Das Gesetz blieb zwar unverändert, aber immer wieder war der Ruf nach Alternativen zu hören. So trat Bundestagspräsidentin Annemarie Renger in den siebziger Jahren mehrfach für den 23. Mai als Verfassungstag ein; oder der ehemalige Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz forderte, den 18. März – als Beginn der Märzrevolution von 1848 – zum neuen nationalen Feiertag anstelle des 17. Juni zu machen<sup>6</sup>.

Die für eine Abschaffung ins Feld geführten Argumente wechselten. Zunächst hieß es, der Tag verkomme zur Fahrt ins Grüne und er sei von vornherein falsch angelegt gewesen, weil man an einem solchen Tag nicht feiern könne. Hinzu trat das Gefühl, die deutsche Einheit stehe nicht mehr auf der Tagesordnung, und ein Sichabfinden mit dem Status quo. Grundsätzlicher waren 1983 die Kritiken von Hans Heigert in der Süddeutschen Zeitung und Otto Jörg Weis in der Frankfurter Rundschau<sup>7</sup>. Heigert sprach vom falschen Feiertag, denn damals sei es nicht um Einheit, sondern um Freiheit gegangen. Weis meinte, der 17. Juni 1953 werde zu einem Kampf für die Wiedervereinigung in den „wiederkehrenden gesamtdeutschen Sonntagsreden, einmal pro Jahr“ hochstilisiert. Die

4 BGGI, Teil I, Nr. 31 vom 24. Juni 1963, S. 398.

5 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache Nr. 2818.

6 Siehe „Renger: An einer Nation festhalten“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 1975; Franz Barsig, Albertz sucht einen Nationalfeiertag, in: Berliner Morgenpost vom 4. Januar 1979.

7 Vgl. Hans Heigert, Der falsche Feiertag, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 1983; Otto Jörg Weis, Der Verfall eines Gedenktages, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 1983; siehe auch als Überblick Ilse Spittmann, Der 17. Juni im Wandel der Legenden, in: Deutschland Archiv, 17 (1984), S. 594–605.

1 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Drucksachen Nr. 4624 u. 4625.

2 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 17, S. 13883C u. D.

3 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 4642.

Forschung liefere indes für diese Deutung des 17. Juni keine ausreichenden Belege<sup>8</sup>. Die Teilung hielt Weis für den einzig friedenssichernden und wünschenswerten Zustand. Verantwortungsvolle Politiker würden die Einheit nicht fordern.

Bislang liegen keine Untersuchungen zu den Bundestagsreden vor. Lediglich Herbert Hupka gab 1964 die bis dahin vor dem Bundestag und anderswo gehaltenen Ansprachen heraus und versah sie mit einer kurzen Einführung<sup>9</sup>. 1982 widmete Johannes Pernkopf in einer germanistischen Dissertation den Reden einen kurzen Abschnitt<sup>10</sup>. Sein Überblick bleibt aber bruchstückhaft und ist zudem einseitig wertend. Der Autor hielt die Verknüpfung des 17. Juni mit der deutschen Einheit für anachronistisch und beklagte den oftmals aggressiven Redestil. Er forderte dazu auf, „diese falsche und trotzdem staatlich sanktionierte Indienstnahme des 17. Juni der Vergangenheit des Kalten Krieges anheimzugeben, wo sie ihren Ausgang genommen hat“<sup>11</sup>. Daß solche Pauschalkritik nicht überzeugen kann, zeigte Jens Hacker, der in seiner Untersuchung „Deutsche Irrtümer“<sup>12</sup> auf einzelne Reden Bezug nimmt. An ihnen läßt sich ein Bewußtseins- und Einstellungswandel zum 17. Juni 1953 im besonderen sowie zur deutschen Frage im allgemeinen studieren. Die Reden sind ein Teil bundesdeutschen Umgangs mit der Vergangenheit, aber wohlgeordnet nur ein Teil. Ihr Stellenwert darf schon deswegen nicht überschätzt werden, weil sie in den meisten Jahren auf wenig Resonanz stießen. Ihre Aussagen können nicht zu stark verallgemeinert werden, zumal es sich bei den Rednern meist um sehr eigenständig denkende Köpfe handelte. Doch ist es aufschlußreich zu untersuchen, wie sensibel sie auf Bewegungen der internationalen und deutschen Politik reagierten, welchen Einfluß veränderte politische Konstellationen und neue geistige Strömungen hatten. Insofern bedeutet die Reden lesen „ein Stück deutscher Geschichte der jüngsten Vergangenheit rekapitulieren“<sup>13</sup>.

Alle Reden hatten, wie der Tag der deutschen Einheit überhaupt, einen zweifachen Bezug, eine dop-

pelte Perspektive: eine historische und eine in die Zukunft weisende, politische<sup>14</sup>. Hinter der ersten steht die Frage, wie das Bild von den Ereignissen des Juni 1953 war, hinter der zweiten, wie man die deutsche Frage einschätzte, wie man es in Zukunft mit der Nation hielt oder gehalten sehen wollte. Wie wandelten sich die Positionen zu beiden Fragenkomplexen? Unterschieden sich die Stellungnahmen der Politiker von denen der Wissenschaftler und Intellektuellen? Welchen Einfluß hatten Parteizugehörigkeit und offizielle Deutschlandpolitik? Fanden sich die Redner mit den Realitäten ab, schwammen sie in Zeitströmungen, oder entwickelten sie davon abweichende, weiterführende Ideen? Ein Bündel von Fragen also, das nur in einem ersten Versuch beantwortet werden kann.

---

## II. Die Sicht der Juniereignisse

---

### 1. 1954 bis 1967/68

Detailliert beschrieben hat den Juniaufstand nur Franz Böhm im Jahr 1954. Seine Schilderung des Aufstandes lief auf ein Zwei-Stufen-Modell hinaus, das auch für viele spätere Reden Beispiel sein sollte. Demnach begannen die Juniereignisse als Arbeiteraufstand gegen die Normenerhöhung, entwickelten sich aber rasch mit der Forderung nach freien und geheimen Wahlen zu einer Volkerhebung, an der „alle Schichten des deutschen Volkes in der Sowjetzone teilhatten“. Mit der Wahlfrage ging es zugleich um die Wiedervereinigung und um die sowjetische Deutschlandpolitik. Das führte zum militärischen Eingreifen der Besatzungsmacht. „Die Volksbewegung gegen den asozialen Fronvogtstaat und für ein in freien demokratischen Formen vereinigt Deutschland war geschichtliche Tatsache geworden.“<sup>15</sup> Nach dieser Einschätzung hatte der Aufstand eine dreifache Bedeutung, die der bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel in seiner Rede 1958<sup>16</sup> dem 17. Juni in ganz ähnlicher Weise zumaß: Es war ein sozialer Aufstand gegen die zunehmende Last der Arbeiter, ein nationalpolitischer mit dem Ziel der Wiedervereinigung und einer mit weltpolitischer Bedeutung – gegen Bolschewismus und totalitären Terror, für den Freiheitsgedanken.

---

14 Vgl. zum theoretischen Hintergrund Peter Häberle, Feiertagsgarantien als kulturelle Identitätselemente des Verfassungsstaates, Berlin 1987, S. 11–13.

15 Franz Böhm, Text der Rede in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bulletin), Nr. 111 vom 19. Juni 1954, S. 995f.

16 Vgl. Hanns Seidel, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 107 vom 19. Juni 1958, S. 1093–1097.

8 Tatsächlich wurde die nationale Frage auch in den neuesten Gesamtdarstellungen nicht genügend thematisiert: Vgl. Torsten Diedrich, Der 17. Juni in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991; Manfred Hagen, DDR – Juni '53. Die erste Volkerhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

9 Vgl. Herbert Hupka (Hrsg.), 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit, Bonn 1964<sup>2</sup>.

10 Johannes Pernkopf, Der 17. Juni 1953 in der Literatur der beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982, S. 93–96.

11 Ebd., S. 96.

12 Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin – Frankfurt/M. 1992.

13 H. Hupka (Anm. 9), S. 12.

Ebenso wie Böhm meinte im darauffolgenden Jahr 1955 der Freiburger Historiker Gerhard Ritter, der Aufstand habe den totalitären Charakter der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) aller Welt vor Augen geführt, aber wichtiger noch, „daß selbst unter der Zwangsherrschaft eines totalitären Staatswesens spontane Volkserhebungen mindestens zeitweise möglich sind“<sup>17</sup>. Den 17. Juni 1953 sah er in der Tradition des 20. Juli 1944. Ritter selbst stand im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler und wegen seines Mitwirkens an der Goerdeler-Oppositionsgruppe vor dem Volksgerichtshof und war bis April 1945 inhaftiert. In zahlreichen Reden späterer Jahre konnte man den Vergleich mit dem 20. Juli wiederfinden. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, ehemaliges Mitglied des „Kreisauer Kreises“, sah in seiner Rede von 1956 den 17. Juni ebenfalls in der geistigen Nachbarschaft des 20. Juli. Beide Daten stünden für beispielhafte Gesinnung, auch wenn der Erfolg zunächst ausgeblieben sei. Man solle nicht so sehr auf den Erfolg oder den Ausgang, sondern stärker auf den guten Willen schauen. Dann sei es auch gerechtfertigt, diese scheinbaren Niederlagen in Staatsakten zu feiern. Beide seien „Ereignisse, an denen sich das deutsche Nationalgefühl zu klären und aus Unsicherheit und Verwirrung zurückzutasten vermag zu einem Bewußtsein seiner selbst, das der deutschen Geschichte angemessen ist“<sup>18</sup>. 1964 betonte der Kölner Historiker Theodor Schieder, wie sehr diese beiden herausragenden Daten die moralische Autorität der Deutschen gestärkt hätten. Für ihn ist „der 17. Juni 1953 ein säkulares Datum: es ist der Tag unserer geschichtlichen Rehabilitation als Nation“<sup>19</sup>.

Der Bonner Philosoph und Pädagoge Theodor Litt griff 1957 das Problem der Erfolglosigkeit ähnlich wie Gerstenmaier auf. Stärker als dieser hob er auf eine philosophisch-abstrakte Ebene ab, auch um zu zeigen, wie falsch es sei, „ein vernichtendes ‚Umsonst‘ über diesem Gedenktage stehen zu sehen“. Thema seiner Rede war die Beziehung des Menschen zu seinem historischen Schicksal. Die Menschen des 17. Juni seien Helden, die ohne sichere Aussicht auf Erfolg den Wagemut aufgebracht hätten, gegen die Unfreiheit aufzustehen. Sie hätten sich dem historischen Fatalismus entgegengestellt, der der Geschichte eine unausweichliche Gesetzmäßigkeit zuschreiben will, zum Beispiel in Form des dialektischen Materialismus. Der 17. Juni sei deshalb so bedeutsam, weil er eine

17 Gerhard Ritter, Text der Rede in: Das Parlament vom 22. Juni 1955, S. 10.

18 Eugen Gerstenmaier, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 110 vom 19. Juni 1956, S. 1080.

19 Theodor Schieder, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 96 vom 20. Juni 1964, S. 896.

echte Willensbekundung war. An ihm wurde die Entscheidung zum Wagnis getroffen. „Daß das Wagnis auch fehlschlagen kann, das ist kein zu hoher Preis für das Privileg, nicht der Notwendigkeit unterworfen, sondern sich selbst anheimgegeben zu sein.“<sup>20</sup> Litt verband dies mit der mahnen- den Frage, ob die Westdeutschen überhaupt noch opferbereit und zu solchen Willensentscheidungen fähig wären, wenn es darum ginge, die Freiheit ohne genaue Planung und Erfolgsgewißheit zu verteidigen.

Für den Heidelberger Historiker Werner Conze (1959) ging es den Aufständischen keinesfalls in erster Linie um materielle Belange, einen Anschluß an die westliche Wohlstandsgesellschaft, sondern um die „Freiheitsgarantien eines Rechtsstaates“ und um Selbstbestimmung. Die Erhebung „verlieh damit dem besten Vers unseres Deutschland-Liedes ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ seinen eigentlichen, durch Not geläuterten Sinn“<sup>21</sup>. Da der Wille zur Freiheit mit dem Willen zur Einheit gleichzusetzen sei, müsse der 17. Juni ein Auftrag an den Westen Deutschlands sein, sich vaterländische Solidarität zur Pflicht zu machen, meinte der Tübinger Theologe Ulrich Mann in seiner Rede von 1960. Der Aufstand war gewissermaßen eine Ersatzwahl für die Bundesrepublik als legitimen Vertreter deutscher Interessen – die „Legitimation unserer Volksvertretung von drüben her“. Da Mann die Junierhebung als ein Mandat verstand, „das wir nicht mehr loswerden, solange bis in Mitteldeutschland wirklich freie Wahlen stattfinden können“<sup>22</sup>, zeigte er sich um so enttäuschter über den westdeutschen Ausflugsbetrieb am 17. Juni.

Der Hamburger Theologe Helmut Thielicke<sup>23</sup> wandte sich im Jahr 1962 mahrend an die Westdeutschen; wie Mann forderte er dazu auf, aus dem 17. Juni eine Aufgabe abzuleiten. Andernfalls verliere das Gedenken seinen Sinn. Der Freiheitswille und der Wille zur Einheit seien korrumpiert, der 17. Juni werde als Versuch einer großen Befreiungstat nicht mehr mit dem Herzen gefühlt. Thielicke griff deswegen den schon mehrfach geäußerten Gedanken auf, den 17. Juni künftig als halben Arbeitstag zu gestalten, und das Verdiente den Menschen in Mitteldeutschland zur Verfügung zu stellen. Der Kieler Historiker Karl-Dietrich Erdmann setzte sich 1965 ebenfalls dafür ein. Der erwirtschaftete Ertrag sollte aber nicht mehr, wie

20 Theodor Litt, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 110 vom 19. Juni 1957, S. 1005 u. 1007.

21 Werner Conze, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 108 vom 20. Juni 1959, S. 1075f.

22 Ulrich Mann, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 111 vom 21. Juni 1960, S. 1098f.

23 Helmut Thielicke, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 111 vom 20. Juni 1962, S. 961–964.

Thielicke es ausdrücklich wollte, den in Unfreiheit lebenden Deutschen, sondern ganz allgemein den „Notleidenden der Welt“<sup>24</sup> zugute kommen.

Diese Vorschläge waren allesamt Versuche, der zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber diesem Feiertag in der Bevölkerung entgegenzuwirken. Wie wichtig es war, den Juniaufstand im Gedächtnis aller zu halten, verdeutlichte 1963 der Kölner Staatsrechtslehrer Hans Peters; er beschrieb ihn als eine Tragödie: „Das Wesen einer Tragödie – und um eine solche handelt es sich hier – liegt gerade darin, daß der Besiegte moralisch als Sieger und Held im Gedenken der Menschheit erhalten bleibt.“<sup>25</sup> Am 17. Juni 1968 fand erstmals keine Gedenkstunde statt.

## 2. 1969 bis 1980

Stand schon in den vorherigen Jahren die Zukunftsperspektive im Vordergrund, so bezog man sich hinfort noch weniger auf das vergangene Ereignis des Juniaufstandes. Nun kamen nicht mehr unabhängige Intellektuelle zu Wort, sondern um die Gunst der Wähler ringende Parteipolitiker. Stärker als in den Vorjahren, in denen die Redner sehr individuelle Einsichten äußerten, nahmen die Aussagen jetzt zum Teil formelhaften Charakter an. Häufig konzentrierten sie sich nicht so sehr auf das Ereignis des 17. Juni, sondern diskutierten vielmehr, ob der Tag der deutschen Einheit beibehalten oder wie er gestaltet werden sollte. Am 17. Juni 1974, einem Montag, fand das Parlament erstmals nicht zu einer Arbeitssitzung zusammen, weil sich Regierungskoalition und Opposition nicht über die Gestaltung einigen konnten. Bereits 1973, am zwanzigsten Jahrestag, trat der Bundestag nicht zusammen. Der 17. Juni war in jenem Jahr ein Sonntag. Das galt 1979 ebenfalls als offizieller Grund, keine Sitzung abzuhalten. 1976 hieß es, die Woche sei sitzungsfrei; außerdem treffe der 17. Juni mit Fronleichnam zusammen. 1965 gedachte man trotz der Überschneidung beider Feiertage des 17. Juni 1953 im Bundestag.

1970 war das erste Jahr der sozialliberalen Koalition. Daß diese Regierung neue ost- und deutschlandpolitische Wege gehen wollte, wurde auch an der Auslegung des 17. Juni 1953 deutlich. In der Debatte über Ost- und Europapolitik am 17. Juni 1970 machte Bundeskanzler Willy Brandt<sup>26</sup> unmißverständlich klar, daß der Ruf nach freien Wahlen damals mit dem Wunsch nach Einheit gleichzuset-

zen war. Dann sprach er über den Westen und seine damalige Ohnmacht, auf friedlichem Wege den Aufständischen zu helfen. Andere Mittel habe es nicht gegeben, denn der Frieden zählte mehr als die deutsche Einheit. Mit dieser Interpretation indirekt verbunden war die Forderung, ein neues Instrumentarium der Friedenspolitik zu entwickeln. Der Berliner FDP-Abgeordnete William Borm begrüßte es in seiner Rede ausdrücklich, „daß der Bundestag mit gutem Beispiel vorgeht und diesen Tag der Trauer als Arbeitstag begeht“. Nicht nur die Form, auch die Sprache des Gedenkens hatte sich geändert. So sprach Borm bewußt nicht mehr vom Willen zur Wiedervereinigung, der in der Zone zum Ausdruck kam, sondern von einem lebendigen „Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten“. Er deutete den 17. Juni ähnlich wie Brandt aus. Einen gewaltsamen Aufstand werde es nicht mehr geben, er sei nicht zeitgemäß. „Die Methoden sind verfeinert; sie sind raffinierter und nicht unbewährt.“<sup>27</sup> Im Unterschied zu Borm übte Bruno Dechamps in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am nächsten Tag Kritik an der Debatte, die er mit dem würdevollen Gedenken in den ersten Jahren nach dem Aufstand verglich. „Das Thema schließt an die Tradition angemessen an, die Tonlage ganz und gar nicht.“<sup>28</sup>

In den Jahren 1971 und 1972 würdigte Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel (CDU) den 17. Juni jeweils in knapper Form: allgemeinverbindlich, als Pflichtübung. Mitte der siebziger Jahre erreichte der Streit, wie man den Tag begehen und ob er überhaupt Feiertag bleiben sollte, einen Höhepunkt. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Egon Bahr traten 1974 für den 23. Mai als Verfassungstag ein, ebenso wie Annemarie Renger, die 1975 als Bundestagspräsidentin vorschlug, den 17. Juni in einen „stillen Gedenktag“<sup>29</sup> umzuwandeln. Dagegen forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens wiederholt, an diesem Feiertag festzuhalten. Der 17. Juni symbolisiere wie kein anderes Datum der deutschen Geschichte die Grundwerte Einheit, Recht, Freiheit und Brüderlichkeit. Er habe die „stärkste Symbolkraft für das Ziel“, einen Zustand des Friedens in Europa herzustellen, „bei dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“<sup>30</sup>.

Während sich die CDU gegen eine unauffällige Gestaltung aussprach, betonten SPD und FDP die

24 Karl-Dietrich Erdmann, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 104 vom 19. Juni 1965, S. 837.

25 Hans Peters, Text der Rede in: Bulletin, Nr. 104 vom 19. Juni 1963, S. 922.

26 Willy Brandt, Text in: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 73, S. 3215C–3219B.

27 William Borm, Text ebd., S. 3230D, 3231B u. 3231C.

28 Dps. (Bruno Dechamps), Entpolarisierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 1970.

29 Siehe zu Rengers Aussage: Nur Gaus zog keine Flagge auf, in: Die Welt vom 18. Juni 1975.

30 Karl Carstens, Text der Rede in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 94, S. 12557D.

Gefahr einer großen Kluft zwischen realer Lage und idealistisch-illusorischem Reden. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick beklagte 1975, daß der Tag der deutschen Einheit „lange Jahre Anlaß zu ausschließlich rhetorischen Reaktionen in würdevollem Rahmen ohne jegliche praktische Konsequenzen war“<sup>31</sup>. Und für Helmut Schmidt (1977) hat das Pathos der vergangenen Jahre bei den Jüngeren eher zu Gleichgültigkeit geführt<sup>32</sup>. Richtete sich dieser Vorwurf in erster Linie gegen die CDU, so warf diese der Regierungskoalition vor, dem Zeitgeist zu huldigen und über keinen langen historischen Atem zu verfügen. Von der Einschätzung, daß es im Juni 1953 um die deutsche Einheit gegangen sei, rückte keine der im Bundestag vertretenen Parteien offiziell ab – zumindest was die Deklarationen betraf. Aber die Sprache wurde unbestimmter; gerade bei SPD- und FDP-Politikern konnte man eine Akzentverschiebung beobachten. Bei ihnen standen die Werte Frieden, Sicherheit und Freiheit im Vordergrund. Statt von Wiedervereinigung oder Einheit sprachen sie häufiger von Selbstbestimmung, von menschlicher Nähe und Zusammengehörigkeit. Ernst-Otto Maetzke konstatierte in einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von 1978 bei der linken Sozialdemokratie eine negative Einstellung zu diesem Feiertag. Begriffe wie „Staat“, „Nation“ und „Vaterland“ dürften dem der „Gesellschaft“ nicht untergeordnet sein<sup>33</sup>.

### 3. 1981 bis 1989/90

Seit 1981, also schon bevor 1982/83 die Regierung Kohl die sozialliberale Koalition ablöste, schloß man wieder enger an die Tradition der ersten fünfzehn Jahre nach dem Aufstand an. Die Gründe könnten in der während der achtziger Jahre zunehmenden Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer nationalen Identität, ihrem Selbstverständnis und -bewußtsein, bestehen, die in der Nachrüstungsdebatte und im „Historikerstreit“ sichtbare Höhepunkte erreichte. Die Standortdiskussion, die Suche nach einem adäquaten Deutschlandbild mußte nicht notwendig mit der Teilungsproblematik verknüpft sein. Im Streit war eine Spannung zwischen bundesrepublikanischem und gesamtdeutschem Bewußtsein auszumachen<sup>34</sup>. Umfragen zufolge hatte die deutsche Frage für die Bevölkerung Westdeutschlandes eine seit 1971/72

rapide abnehmende Aktualität. Das hieß allerdings nicht, daß sie die Wiedervereinigung ablehnte; sie sah nur keinen akuten Handlungsbedarf in dieser Frage<sup>35</sup>.

Johann Baptist Gradl schilderte 1981 ganz ähnlich wie Franz Böhm 1954 die Juniereignisse in Umrissen. Es sei eine Verpflichtung der Nachgeborenen, das Gedenken daran wachzuhalten, meinte der Mitbegründer der CDU in der SBZ nach 1945. Seiner Sicht des Aufstandes als eines Arbeiterprotests, der sich rasch zum Volksaufstand auswuchs, folgten in den Jahren danach die ehemaligen Bundesminister Gerhard Schröder (1984) und Georg Leber (1985). Dieselbe Auffassung hatte in den Jahren 1954 bis 1967 vorgeherrscht: Die Arbeitsnormenerhöhung war demnach „nur der Funke, der die angestaute Unzufriedenheit, der die wahrhaft revolutionäre Situation zur Explosion brachte“. Die tieferen Ursachen lägen dagegen in der zunehmenden Sowjetisierung und der immer spürbarer werdenden „Herauslösung aus dem ganzen Deutschland“<sup>36</sup>. Den revolutionären Charakter unterstrich Gerhard Schröder durch Vergleiche mit dem amerikanischen Unabhängigkeitstag und dem Sturm auf die Bastille<sup>37</sup>.

Fritz Stern, der aus Deutschland stammende amerikanische Historiker, nannte 1987 den Aufstand einen großen Moment für die deutsche Geschichte. Er sei als Vorbote für weiteres Aufbegehren innerhalb des sowjetischen Herrschaftsreiches zu verstehen<sup>38</sup>. Allerdings wich Stern grundsätzlich von den früheren Rednern bei der Interpretation des 17. Juni 1953 ab – vor allem in der Deutlichkeit. Seines Erachtens war der 17. Juni nämlich kein Aufstand für die Wiedervereinigung, sondern für ein besseres, freieres Leben. Damit entzog er dem Tag der deutschen Einheit seine eigentliche Begründung. Er erntete trotzdem

---

Bergisch Gladbach 1982; Wolfgang Seiffert, *Das ganze Deutschland. Perspektiven der Wiedervereinigung*, München 1986. Zur Analyse siehe: Eckhard Jesse, *Die deutsche Frage rediviva. Eine Auseinandersetzung mit der neueren Literatur*, in: *Deutschland Archiv*, 17 (1984), S. 397–414; Karl-Rudolf Korte, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*, Köln 1990.

35 Vgl. Gerhard Herdegen, *Einstellungen zur deutschen Einheit*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M. – New York 1992, S. 272–283; Elisabeth Noelle-Neumann, *Demoskopische Geschichtsstunde. Vom Wartesaal der Geschichte zur Deutschen Einheit*, Zürich 1991.

36 Johann Baptist Gradl, Text der Rede in: *Texte zur Deutschlandpolitik (Texte)*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (ab Bd. 3 von Reihe I), Reihe II, Bd. 8, S. 312.

37 Vgl. Gerhard Schröder, Text der Rede in: *Texte*, Reihe III, Bd. 2, S. 257–261.

38 Fritz Stern, Text der Rede in: *Texte*, Reihe III, Bd. 5, S. 107–121.

31 Wolfgang Mischnick, Text der Rede ebd., S. 12561C.

32 Vgl. Helmut Schmidt, Text in: *Deutscher Bundestag*, 8. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 101, S. 2453B–2456A.

33 Ernst-Otto Maetzke, *An der Wurzel eines alten Streites*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Juni 1978.

34 Aufschlußreich als Diskussionsbeiträge: Wolfgang Venohr (Hrsg.), *Die deutsche Einheit kommt bestimmt*,

nur wenig Widerspruch<sup>39</sup>, denn diese Ansicht entsprach damals der Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung, die sich eine Wiedervereinigung nicht mehr vorstellen konnte. Im Unterschied zu Stern hielt es Ex-Bundespräsident Walter Scheel 1986 nicht einmal für notwendig, das Thema zu behandeln, von dem dieser Gedenktag seinen Ausgang nahm. „Die Welt hat heute andere Sorgen“, sagte Scheel. Nationale Fragen wären globalen Problemen untergeordnet. Wir saßen doch „alle in dem einen Raumschiff Erde“<sup>40</sup>.

In der dritten Phase erfuhr der 17. Juni somit eine sehr weit gefächerte Bewertung; sie konnte auch auf schlichtes Ignorieren hinauslaufen. Während der ersten Phase galt er eindeutig als Ausdruck eines großen Begehrens nach der deutschen Einheit. In der zweiten Phase hätte man ihn lieber ganz vergessen. Immer wieder forderten vor allem die Mitglieder der sozialliberalen Koalition die Abschaffung des Feiertages. Die Beteuerungen, es sei damals um die Selbstbestimmung der Deutschen gegangen, wirkten auf diesem Hintergrund oftmals wie Pflichtübungen, die keine große Bedeutung hatten. In der Öffentlichkeit wurde dem 17. Juni und den Reden hierzu kein hoher Stellenwert zugemessen. 1981 weigerte sich sogar das Fernsehen trotz nachdrücklicher Bitte des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen (CSU), die Gradl-Rede direkt zu übertragen<sup>41</sup>.

---

### III. Positionen zur deutschen Frage

---

#### 1. 1954 bis 1967/68

Obwohl der Gedenktag auf einem festumrissenen geschichtlichen Ereignis beruhte, stand von Anfang an das Zukünftige im Zentrum der Reden. Daß die Wiedervereinigung unverrückbares Ziel bleiben müsse, beteuerten alle Redner bis 1967. Sie entwickelten vielfältige Gedanken und Ansätze zur Lösung der deutschen Frage. Schon 1956 erschien Eugen Gerstenmaier die Überwindung der Teilung allerdings nicht mehr als aktuelles Problem: „Heute stehen ... nicht die politischen Methoden dafür zur Debatte, sondern ihre Voraussetzungen diesseits und jenseits des Eisernen

Vorhangs.“<sup>42</sup> Theodor Litt wurde ein Jahr später deutlicher: Die deutsche Einheit scheine „uns heute ferner gerückt denn je“<sup>43</sup>. Beide Äußerungen sind vor dem Hintergrund einer vertieften Teilung Deutschlands seit 1955 zu verstehen. Die zwei Teile Deutschlands wurden fester in die Blöcke eingebunden. Die Bundesrepublik trat der NATO, die DDR dem Warschauer Pakt bei. Auch die Genfer Gipfelkonferenz ließ wenig Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Frage aufkommen. Drei Tage nach Ende der Konferenz, am 26. Juli 1955, sprach KPdSU-Parteichef Chruschtschow in Ost-Berlin erstmals von zwei deutschen Staaten. Auch weitere entscheidende Einschnitte, vor allem die Genfer Außenministerkonferenz 1959, auf der die Westalliierten ihre gesamtdeutsche Zielsetzung faktisch fallenließen, und der Berliner Mauerbau 1961, hinderten die Redner nicht, unter diesen ungleich schwierigeren Bedingungen die deutsche Frage mit konstruktiven Anregungen lebendig zu halten. Die Reden nahmen keinen (lippen)bekennnishaften Charakter an.

Besonders viel Pathos brachte Gerhard Ritter 1955 in seine Rede ein. Er appellierte an das deutsche Volk, die Frage der Einheit nicht der Politik der großen Kabinette zu überlassen. Denn der „Wille eines Volkes, wenn er nur geschlossen und mit höchster Energie sich äußert“, könne ein bedeutender politischer Machtfaktor werden. „Unser weitaus schwerster nationaler Notstand“ sei die deutsche Spaltung. „Die Geschichte eines Jahrtausends, die uns zu einer deutschen Nation zusammengehämmert hat, läßt sich nicht mit Federstrichen der Diplomaten, wie es von Teheran bis Potsdam versucht wurde, einfach hinwegwischen. Wir wollen und werden es niemals hinnehmen, daß die Geschichte uns in zwei Völker auseinanderhämmert.“ Als gangbaren Weg nannte Ritter den „Aufbau eines deutschen Staates, für den sich einzusetzen auch unseren Brüdern jenseits des Eisernen Vorhangs des größten Opfers wert erscheint“. Dieses freie und einigte Deutschland solle sich auf die guten Traditionen berufen und ein „wahrer Volksstaat“<sup>44</sup> sein – in Abgrenzung zum Nationalsozialismus. An die Alliierten war wohl die Mahnung gerichtet, die Teilung sei eine Gefahr für Europa und die Welt, denn ein gespaltenes deutsches Volk habe kein Selbstvertrauen und sei nicht zu politischen Leistungen fähig.

Der bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel machte darüber hinaus 1958 unzweideutig klar, nur durch Lösung der deutschen Frage könne der Weltfrieden gesichert werden. Vor entspannungs-

39 Vgl. aber zum Beispiel die Kritik von Enno v. Loewenstern, *Das Volk, das souveräne*, in: *Die Welt* vom 18. Juni 1987.

40 Walter Scheel, Text der Rede in: *Texte*, Reihe III, Bd. 4, S. 273 u. 282.

41 Diese Information liefert R. M. (Reinhard Meier), „Tag der deutschen Einheit“, Gedenkstunde zum 17. Juni im Bundestag, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Juni 1981.

42 E. Gerstenmaier (Anm. 18), S. 1079.

43 Th. Litt (Anm. 20), S. 1005.

44 G. Ritter (Anm. 17).

politischen Tendenzen und Hoffnungen<sup>45</sup> warnte er ausdrücklich. Nach Stalins Tod 1953 und verstärkt seit dem „Geist von Genf“ bis zur zweiten Berlin-Krise war die Lage tatsächlich relativ entspannt. Für Seidel gab es aber keine Zwischenstufen; die Ideologie sei unverändert, es bleibe nur die Wahl zwischen Freiheit und Sklaverei. Die „Kampf-dem-Atomtod“-Demonstrationen des Frühjahrs veranlaßten ihn zu der kritischen Bemerkung, daß manchen die Unfreiheit als ein kleineres Übel erscheine, als die Freiheit mit Atomwaffen zu sichern. Im gleichen Jahr forderte Herbert Wehner, mit der „innerdeutschen Entspannung“ zu beginnen. Und Carlo Schmid meinte, man müsse auf dem Verhandlungswege das Leben der 17 Millionen Menschen in der Zone verbessern. „Man verhandelt auch mit einer De-facto-Macht.“<sup>46</sup>

In seiner Tutzinger „Wandel-durch-Annäherung“-Rede hatte Egon Bahr im Juli 1963 wichtige Aspekte der „Politik der kleinen Schritte“ genannt<sup>47</sup>. Nur so könnten die Deutschen den langen Weg zur Einheit durchstehen. Erforderlich sei aber auch ein positiveres Verhältnis zu Nation und Geschichte, entgegnete Theodor Schieder 1964. Die deutsche Spaltung ginge aus dem Kalten Krieg hervor, einen deutschen Eigenweg der Teilung gäbe es nicht: „Es muß dabei bleiben: die deutsche Teilung hat keine Wahrheit in der deutschen Geschichte und in der Geschichte Europas, sie ist eine von außen auferlegte Last. Sie darf sich daher auch keine Wahrheit durch Gewohnheit, Nachlässigkeit, durch Anpassung an äußeren Zwang oder durch Resignation erborgen.“<sup>48</sup>

Ohne ausdrücklich von Entspannungspolitik zu sprechen, plädierte der Kieler Historiker Erdmann 1965 dafür, mit den östlichen Nachbarn in einen Dialog zu treten. Das entsprach der Politik Erhards und Schröders, die von Adenauers Konzentration auf die Sowjetunion abrückten und die sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas in ihre Überlegungen miteinbezogen. Er sah eine Chance der Entideologisierung. Aber er ging noch weiter, als er die Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten und in der DDR lobte. Der Sozialismus habe neben Fehlurteilungen auch humanitäre Leistungen erbracht. Die östlichen Regime seien nicht völlig monolithisch. Erdmann ließ offen, ob die DDR in seine

Dialog-Vorschläge einbezogen sein sollte. Da er aber vor der Ausbildung von Teilstaat-Identitäten warnte, die bereits in Ansätzen greifbar seien, wollte er wohl auch auf dieser Ebene Gespräche unterhalb der Anerkennungsschwelle. Explizit griff Erdmann die von Gerstenmaier 1956 eingebrachte europäische Dimension auf. Den Primat der Wiedervereinigung verwandelte er in einen Primat der europäischen Einheit.

Von da aus war es nur noch ein kleiner Schritt zu Bundeskanzler Kiesingers Rede von 1967, in der er den Begriff von Deutschlands „kritischer Größenordnung“ erstmals erwähnte. Demnach sei ein wiedervereinigtes Deutschland „zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten“. Die Rede war ein Plädoyer für eine neue, dynamischere Ost- und Deutschlandpolitik – nicht rein defensiv, sondern auf Verständigung und Zusammenarbeit ausgerichtet. In Gesprächen mit DDR-Verantwortlichen könne man allerdings nicht die deutsche Frage diskutieren. Ansprechpartner dafür sei immer noch die Sowjetunion – keineswegs die DDR. „Was aber zwischen uns und den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands möglich ist, das sind Gespräche und Vereinbarungen, welche die durch die erzwungene Spaltung geschaffene Not lindern und die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen bessern sollen, welche verhindern sollen, daß das deutsche Volk sich von Jahr zu Jahr auseinanderlebt.“<sup>49</sup> Es gelte, die Realitäten zu erkennen, nicht sie anzuerkennen. Entspannungspolitik dürfe keinesfalls die Hinnahme des Status quo bedeuten. Kiesinger hatte damit ein erstes Programm der Entspannungspolitik aufgestellt, das sich in einem längeren Denkprozeß entwickelt hatte. Das konnte man auch den bis dahin gehaltenen Reden entnehmen.

## 2. 1969 bis 1980

Bundeskanzler Kiesinger bekräftigte 1969 im zweiten Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, wie wichtig es sei, unterhalb der Anerkennungsgrenze die innerdeutschen Beziehungen auf vertraglicher Basis für eine Übergangszeit auszubauen und zu verbessern. Ohne Kompromißbereitschaft werde es nicht gelingen, die „Härte der Teilung für unser Volk zu mildern und die Einheit des deutschen Volkes über die Spaltung hinaus zu bewahren“<sup>50</sup>. Im Grunde sei die Einheit in Freiheit nur auf der Basis einer europäischen Frie-

45 Vgl. zu Ansätzen bereits bei Adenauer: Peter Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel – Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990.

46 Beide Zitate in: *Feierliches Gedenken der Opfer des 17. Juni*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Juni 1958.

47 Egon Bahr, Text der Rede in: *Deutschland Archiv*, 6 (1963), S. 862–865.

48 Th. Schieder (Anm. 19), S. 896.

49 Kurt Georg Kiesinger, Text der Rede in: *Texte*, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (bis Bd. 2 von Reihe I), Reihe I, Bd. 1, S. 81 f.

50 Ders., Text in: *Texte*, Reihe I, Bd. 3, S. 259.

densordnung zu erreichen. Damit leitete Kiesinger indirekt zur Politik der SPD/FDP-Koalition über, auch wenn er sich später von ihr distanzierte, weil Brandt das Junktim Entspannung/Wiedervereinigung verneinte. Deswegen kam es schon zur Zeit der Großen Koalition zu Auseinandersetzungen. Und tatsächlich schrieb Brandt 1967: „Wir machen unsere Politik der Entspannung nicht von Fortschritten in der Deutschlandfrage abhängig.“<sup>51</sup>

Am 17. Juni 1969 beklagte Walter Scheel, die CDU bestehe zu sehr auf der Anerkennungsdiskussion, die den unter dem Kommunismus lebenden Menschen nicht helfe. Für ihn bestehe zwar weiterhin die Einheit der Nation, doch sei die staatliche Teilung faktisch vollzogen. Auch für Willy Brandt galt bereits die These von den zwei Staaten und einer Nation. Man müsse den „staatlichen“ oder „quasi staatlichen“ Charakter der DDR als Realität anerkennen<sup>52</sup>. Den Staatscharakter der DDR abzustreiten sei schon angesichts der vielfältigen Beziehungen des Auslands zu ihr sinnlos.

Rainer Barzel sah das anders und übte Kritik an der sozialliberalen Version der Entspannungspolitik. Er äußerte Skepsis, ob Entspannung mit diesem Gegenüber überhaupt möglich sei, ob der labile und gefährliche Status quo, der Europa zur Zeit bestimme, Grundlage für Entspannung sein könne. Sein Resümee fiel negativ aus: „Es gibt eben keine Entspannung, die greift, ohne zugleich den Spannungsursachen wirksam zu Leibe zu rücken ... Nicht nur eine europäische Friedensordnung, sondern auch ein solider Status quo – er ist auch denkbar – ist nicht ohne die Lösung der deutschen Frage möglich.“<sup>53</sup> Damit ging Barzel bis zur Politik vor der Zeit der Großen Koalition zurück, die die Lösung der deutschen Frage zur Voraussetzung für Entspannung machte. Gespräche mit Moskau und Ost-Berlin unterhalb der Anerkennungsgrenze hielt aber auch er für unabdingbar.

In der neuen Koalition hatte die Sicherheitspolitik Vorrang gegenüber der Wiedervereinigung. Zwar bleibe die Einheit in Freiheit das Fernziel, doch finde die Forderung danach keinen unmittelbaren Anhaltspunkt in der Realität, führte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1970 aus. Nur eine schrittweise Überwindung des Ost-West-Konfliktes und die Errichtung einer europäischen Friedensordnung könnten eines Tages zum Ziel führen. Der „zweite Staat auf deutschem Boden“ lasse sich nicht länger ignorieren.

51 Willy Brandt, Entspannungspolitik mit langem Atem, in: Außenpolitik, 18 (1967), S. 452f.

52 Ders., Text in: Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 70, S. 13284B.

53 Rainer Barzel, Text der Rede ebd., S. 13276B u. C.

Verhandlungen mit der DDR ohne Diskriminierung, nach dem Prinzip der „Gleichberechtigung im Sinne der rechtlichen Gleichwertigkeit, nicht der politischen Gleichartigkeit“<sup>54</sup>, seien daher auszubauen. Damit rücke man nicht vom Ziel der staatlichen Einheit ab, sondern werde dem Tag der deutschen Einheit eher gerecht.

Leistungen nicht nur der DDR-Bevölkerung, sondern auch der DDR-Regierung zu nennen galt nicht länger als verwerflich. Herbert Wehner zitierte am 17. Juni 1975 sogar Erich Honecker in seiner Rede. Honeckers Satz, wir lebten nicht mehr in den fünfziger Jahren, machte das Thema von Wehners Ansprache aus. In den letzten zwanzig Jahren habe – so die Aussage Wolfgang Mischnicks in derselben Sitzung – die Deutschlandpolitik der Bundesregierung stillgestanden, das geteilte Deutschland sich nahezu auseinanderentwickelt. Mit dem Grundlagenvertrag 1972 sei ein Fundament gelegt worden. Nur auf der Grundlage eines sicheren Friedens in Europa könne „das ganze deutsche Volk in freier Selbstbestimmung über seine staatliche Ordnung entscheiden“<sup>55</sup>. Bezeichnend war, daß Mischnick nicht von Wiedervereinigung, sondern von dem viel weiter gefaßten Begriff der „staatlichen Ordnung“ sprach. Einen Primat der deutschen Einheit gab es nicht mehr, sie war Sicherheits- und Friedensfragen untergeordnet und zugleich mit ihnen eng verbunden.

Helmut Schmidt zog in seiner Regierungserklärung 1977 eine positive Bilanz der Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition. Sie sei zwar gemessen am Ziel der nationalen Einheit, an dem man weiterhin festhalte, bescheiden. Aber verglichen mit den realen Verhältnissen habe sie Großes geleistet. Diesen Kurs gelte es deswegen beizubehalten. Schmidt bekräftigte 1980 nochmals seine Aussagen. Wieder stand die Friedens- und Sicherheitspolitik im Mittelpunkt. Oppositionsführer Helmut Kohl kritisierte Schmidt, weil er die Einheit und Freiheit aller Deutschen nicht als „Kern jeder Deutschlandpolitik“ hervorgehoben habe. Verhandlungen und Verbesserungen in Verkehrsfragen etc. mit der DDR seien „in Ordnung“, nur dürfe man keine „beinahe heile Welt vorspiegeln“. Kohl warnte davor, die Ost-Gespräche als Eigenwert anzusehen, auch wenn sie keine Ergebnisse oder Zugeständnisse mehr erbrächten. Er warf der Regierung indirekt vor, einem opportunistischen, gefährlichen Zeitgeist zu erliegen und die Lebensinteressen der Nation nicht angemessen zu vertreten. Kohl hob dann auf ein innerlich zu festigendes Geschichtsbewußtsein der Deutschen ab. Wer die Geschichte „gefährdet, nimmt dem

54 W. Brandt (Anm. 26), S. 3217C u. 3216D.

55 W. Mischnick (Anm. 31), S. 12562D.

Bürger Orientierung über sich wie über das Vaterland, dem er zugehört“<sup>56</sup>. Damit wandte er sich gegen Schmidt und Scheel (1978), die vor falscher Reichsromantik und einer Wiedervereinigung im restaurativen Sinn gewarnt hatten, ohne daß solche Strömungen überhaupt zu spüren waren. Kohl übte aber keine grundsätzliche Kritik an der Ost- und Deutschlandpolitik. Seine Beteuerung, es reiche nicht aus, der deutschen Einheit nur zu gedenken und sie zu beschwören, deutete darauf hin, daß die CDU diese weitgehend unterstützte. Die Christdemokraten pochten allerdings stärker auf Rechtspositionen und forderten ein positives Geschichtsbewußtsein.

### 3. 1981 bis 1989/90

Kritik an der bisherigen Entspannungspolitik übte Johann Baptist Gradl 1981. Die Ostverträge hätten nur unwesentliche Verbesserungen, und zwar vor allem für die Bundesdeutschen, gebracht. „Für die DDR-Bürger hat sich kaum etwas geändert.“ Die Veränderungen lägen nicht im Grundsätzlichen; die „Todesgrenze“ und zahlreiche andere Repressalien beständen fort. Gradl richtete seine Kritik weniger an die Bundesregierung als vielmehr an die Verantwortlichen in der DDR. Sie sollten ihre Abgrenzungs- und Isolierungspolitik beenden. Auch sie müßten erkennen, „daß gewaltsame Spaltung eines selbstbewußten Volkes kein solides Fundament für einen gesicherten Frieden ist“. Wirkliche Entspannung zu beginnen heiße, die Menschen nicht mehr weiter auseinanderzureißen, wenn eine politische Einheit schon nicht möglich sei. Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands würden sich nämlich zunehmend fremd. Weitblickend und durch die heutigen Ereignisse bestätigt, fügte Gradl eine Bemerkung an, über die sich nach der Wiedervereinigung einige wunderten oder worauf sie mit Defätismus reagierten: „Es wird wahrscheinlich für länger eines unvermeidlich komplizierten und Zeit beanspruchenden Annäherungs- und Angleichungsprozesses bedürfen.“<sup>57</sup>

Ebenso wie Gradl wies im Jahr 1982 der ehemalige Hamburger Oberbürgermeister Herbert Weichmann (SPD) darauf hin, die Entspannungspolitik müsse auf Gegenseitigkeit beruhen. Es gehe nicht an, daß „die ‚drüben‘ spannen und wir spinnen“<sup>58</sup>. Der Westen dürfe zu den Gesprächen nicht als Bittsteller, sondern müsse als gleichwertiger Partner kommen. Welch ein Wandel manifestierte sich in dieser Aussage! Noch vor wenigen

Jahren hieß es, man dürfe die DDR in den Gesprächen nicht diskriminieren, müsse sie gleichberechtigt behandeln. Nun mußte die Forderung umgedreht werden. Kritik an einer Eigendynamik entwickelnden Entspannungspolitik, die sich von ihrem Fernziel, der deutschen Einheit, immer mehr löse, konnte man ein Jahr später auch in einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Ernst-Otto Maetzke lesen. Zu Recht merkte er an, daß das DDR-Regime zwar politisch sattelfester und ökonomisch erfolgreicher geworden sei, aber dadurch nicht legitimer<sup>59</sup>.

Auch Bundespräsident Karl Carstens suchte 1983, am dreißigsten Jahrestag, keine Alternative zur Entspannungspolitik<sup>60</sup>. Für Entspannungspolitik als Pflege menschlicher Verbindungen lohne es sich sogar, der DDR wirtschaftlich und finanziell unter die Arme zu greifen. Am 29. Juni 1983 war der wesentlich von Franz Josef Strauß vermittelte Milliardenkredit perfekt. Das hinderte Carstens nicht, sich nachdrücklich für die Einheit der Nation und für die derzeit zwar nicht aktuelle, aber weiter anzustrebende staatliche Einheit auszusprechen. Etwas illusorisch und schönrednerisch wirkte seine Äußerung, das deutsche Volk warte seit dreißig Jahren geduldig auf die Überwindung der Teilung. Zumindest für die Mehrheit der Westdeutschen traf das so nicht zu. Georg Lebers Warnung vor bundesdeutscher Selbstzufriedenheit faßte 1985 die Stimmung wohl besser. „Wir in unserem Teil Deutschlands dürfen nie vergessen, daß hier nur ein Teil der Deutschen lebt.“<sup>61</sup> Mit der Teilung leben zu lernen sei wichtig, sich mit ihr abzufinden aber nicht richtig.

In eher rhetorischer Manier als ermahnend-nachdenklich fragte Ex-Bundespräsident Walter Scheel 1986, ob wir uns nicht an die Teilung gewöhnt hätten. Im „Brief zur deutschen Einheit“ stehe, die Deutschen wollten ihre Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangen. Scheels Kommentar lautete: „Das ist ein richtiger, das ist ein guter Satz – aber wer draußen in der Welt liest nicht über diesen Satz hinweg?“ Er sprach in nivellierender Weise von positiven Entwicklungen oder Problemen in Ost und West. Geradezu peinlich wurde seine Rede, als er die Sowjetunion würdigte, weil sie nicht länger Menschen dahinmordete: „Heute werden die Gegner belästigt, benachteiligt, verbannt, ausgewiesen, gefangengesetzt, in Straflager verschickt, in psychiatrische Kliniken gesteckt. Aber gemordet werden sie

56 Helmut Kohl, Text in: Texte, Reihe II, Bd. 8, S. 120 u. 123.

57 J. B. Gradl (Anm. 36), S. 318, 314, 315 u. 316.

58 Herbert Weichmann, Text der Rede in: Texte, Reihe II, Bd. 8, S. 501.

59 Vgl. Ernst-Otto Maetzke, Ein Tag zum Nachdenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 1983.

60 Vgl. Karl Carstens, Text der Rede in: Texte, Reihe III, Bd. 1, S. 122–130.

61 Georg Leber, Text der Rede in: Texte, Reihe III, Bd. 3, S. 333.

nicht. – Das mag manchen als zuwenig erscheinen. Und doch ist es viel.“<sup>62</sup>

Die Süddeutsche Zeitung kritisierte am folgenden Tag keinesfalls die Ansprache, sondern lobte Scheel ausdrücklich. Noch kein deutscher Politiker vor ihm habe so weitreichende Gedanken zu globalen (Umwelt-)Problemen gerade in der Sowjetunion (Tschernobyl) geäußert. Somit verdeutlichte Scheel die „zivile Dimension“ der Entspannungspolitik<sup>63</sup>. Karl Feldmeyer übte dagegen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung heftige Kritik. In der Rede sei kaum ein Wort zu ihrem Anlaß und zur deutschen Frage gefallen. Das Parlament selbst war in seiner Reaktion gespalten. Scheel erhielt Applaus von FDP und SPD, nicht von der CDU/CSU-Fraktion. Unter den Regierungsmitgliedern klatschte nur Außenminister Hans-Dietrich Genscher Beifall. An diesem Tag stand der Pol der alten sozialliberalen Koalition dem der CDU/CSU gegenüber<sup>64</sup>.

1989 sprach der immer in der Deutschlandpolitik engagierte SPD-Politiker Erhard Eppler zum 17. Juni vor dem Bundestag. Seine Ansprache hob sich positiv von denen der letzten Jahre ab. Gewissermaßen gegen Scheel gerichtet, sagte Eppler, man könne nicht nur über globale Probleme sprechen, sondern müsse „auch nationale Realitäten im Blick haben“. In beiden deutschen Staaten sei das Zusammengehörigkeitsgefühl lebendig, „in der DDR sogar stärker als in dieser Republik“. Gleichwohl gebe es einige Parlamentarier, die das Problem der deutschen Einheit endgültig streichen wollen. „Ihre Haltung gründet gewiß in europäischer Friedensverantwortung. Aber ich kann sie nicht teilen.“ Denn: „Es liegt nicht in unserer Hand, ob wir Europa das Thema Deutschland zumuten wollen oder nicht. Wir tun es, weil und insofern es uns gibt; es kommt darauf an, wie wir es tun.“ Über das Wie machte sich Eppler weitere Gedanken. Er sei gegen eine restaurative Wiedervereinigung, etwas Neues müsse geschaffen werden. Das könne ein deutscher Nationalstaat sein, müsse es aber nicht. Vielleicht war Epplers einziger, wenn auch schwerer Irrtum, die DDR für reformfähig zu halten – jedoch nicht mit der SED. Die deutsche Einheit verstand er als „wachsende Gemeinsamkeit im Tun“. Eppler forderte zu intensivem Nachdenken darüber auf, „was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet durchrostet“<sup>65</sup>. Damit hatte er

auf die noch kaum spürbare neue Bewegung in der deutschen Frage schneller reagiert als viele Zeitgenossen. Von allen Fraktionen erhielt Eppler ungewöhnlich viel Applaus. Alfred Dregger (CDU) und Wolfgang Bötsch (CSU) gratulierten ihm zu seiner bedeutenden Rede. Das Mißtrauen der CDU/CSU-Fraktion gegenüber Eppler als Redner im Vorfeld hatte sich vollends in Luft aufgelöst<sup>66</sup>. Trotzdem zeigte seine Rede einmal mehr, wie wenig Einfluß diese Ansprachen hatten. Gerade der überwiegende Teil der SPD brauchte noch lange, bis er nach dem November 1989 dort gedanklich anlangte, wo Eppler schon im Juni gewesen war.

Nach der Epochenwende von 1989/90 hielt Manfred Stolpe, damals Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs, als erster Ostdeutscher vor den Abgeordneten der Volkskammer und des Bundestages im Berliner Schauspielhaus die Rede zum 17. Juni 1990 unter völlig veränderten Prämissen. Wie Eppler ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, daß die deutsche Nation trotz der Teilung lebendig geblieben sei. Damit verbunden war nun aber notwendig die staatliche Einheit. Für sie habe sich die überwiegende Mehrheit der Menschen in der DDR ausgesprochen – „gegen einen Verbesserungsversuch an der DDR“. Gerne hätte Stolpe allerdings den Termin der staatlichen Vereinigung noch einige Jahre aufgeschoben. Da ein rascheres Zusammengehen von Bundesrepublik und DDR abzusehen war, sollte wenigstens „eine solide Nacharbeit von zwei Jahren verbindlich festgelegt werden“.

Stolpe bilanzierte positiv die vergangenen zwanzig Jahre der auf Entspannung, Zusammenarbeit und eine europäische Friedensordnung ausgerichteten Politik der Bundesregierungen. Ohne diese weltgeschichtliche Weiterentwicklung wäre seines Erachtens die Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 „nach dem Befriedigungsmodell des 17. Juni 1953“<sup>67</sup> zerschlagen worden. Mit dieser wohlwollenden Bewertung der Bonner Ostpolitik war die Diskussion um ihre Erfolge und Fehlleistungen noch lange nicht beendet. Ein Ende gefunden hatten aber die Reden zum 17. Juni im Deutschen Bundestag. Sie sind trotz ihrer geringen unmittelbaren Wirkung eine aussagekräftige Quelle, um einen bundesdeutschen Bewußtseinswandel zwischen 1954 und 1990 aufzuzeigen.

62 W. Scheel (Anm. 40), S. 273 u. 277.

63 cs., Scheel rupft die Gockelfedern, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 1986.

64 Vgl. Karl Feldmeyer, Wenn ein Redner sein Thema ignoriert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 1986.

65 Erhard Eppler, Text der Rede in: Texte, Reihe III,

Bd. 7, S. 159, 162, 163, 164 u. 160. Siehe zu den Reden zwischen 1985 und 1990 auch Karl Feldmeyer, Die deutsche Einheit macht noch manchen Gedenkredner verlegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 1990.

66 Vgl. Helmut Lölhöfel, Epplers Rede zum 17. Juni fand den Beifall aller Fraktionen, in: Frankfurter Rundschau vom 19. Juni 1989.

67 Manfred Stolpe, Text der Rede in: Texte, Reihe III, Bd. 8 a, S. 375, 378 u. 374.

## Der 17. Juni 1953 aus der Sicht des Foreign Office

### I. Arbeitsniederlegungen und Auflösungserscheinungen als Vorboten des 17. Juni in der DDR

Die Geschehnisse des 17. Juni 1953 sind häufig Gegenstand der Forschung gewesen<sup>1</sup>. Kaum bekannt sind die zeitgenössischen Beobachtungen und internen Einschätzungen des Westens<sup>2</sup>. Überwiegend an Hand von Akten des Foreign Office (FO)<sup>3</sup> soll deshalb gezeigt werden, was die Briten über die Vorgänge wußten und wie sie die Lage beurteilten. Einzelbefunde können Diskussionsanstöße für eine weitere Differenzierung der Ereignisse des 17. Juni 1953 liefern.

Der DDR-Funktionärsapparat sah bereits Monate vor dem 17. Juni den Erfolg seiner Anstrengungen gefährdet, mehr und mehr Produktion aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen, während Verstaatlichungspolitik in Industrie und Handel, Kollektivierung der Landwirtschaft sowie Investitionen in die bewaffneten Streitkräfte einen hohen Anteil des Sozialprodukts verschlangen. Im April hatte Walter Ulbricht beruhigende Worte zu landwirtschaftlichen Gemeinden gesprochen<sup>4</sup>. Über die wirtschaftliche Situation lagen dem FO exakte Informationen vor. Über die Gründe des Produktionsrückgangs wurde noch gerätselt<sup>5</sup>. Der Wider-

stand der Kleinbauern gegen die sowjetische Repressionspolitik äußerte sich schon seit Monaten durch Massenflucht in den Westen<sup>6</sup>.

Am 11. Juni hatte das SED-Regime dem Mittelstand öffentlich Fehler seiner Sozialisierungspolitik eingestanden und Schritte zur teilweisen Rücknahme derselben durch eine Reihe besonderer Verordnungen eingeleitet. Die übereilten Maßnahmen trugen dazu bei, das Verteilungssystem zu überfordern, welches schon durch die überstürzte Verstaatlichung schwer gelitten hatte. Das Bemerkenswerte an den neuen Maßnahmen war nach britischer Auffassung das Fehlen jeglicher Zugeständnisse an die Lohnarbeiter, die vom „Neuen Kurs“ ausgeschlossen blieben. Die DDR-Regierung traf keine Anstalten, die am 28. Mai getroffene Entscheidung des Ministerrats zurückzunehmen, wonach alle Arbeitsnormen ab 1. Juli um zehn Prozent erhöht werden sollten. Bereits vor dem 16. Juni erfolgten gegen diese Beschlüsse Sitzstreiks in Betrieben. Die Verschärfung der Normenfrage schuf aber erst die explosive Stimmung des 16. Juni<sup>7</sup>.

Das Protestverhalten hatte unter Arbeitern schon in der Zeit vom 11. bis 16. Juni sprunghaft zugenommen, wobei die Streiks noch geordnet waren und Ausschreitungen unterblieben. Am Abend des 16. Juni war die Lage nach Sir Ivone Kirkpatrick „explosive throughout the Zone“. Es gebe keine Anhaltspunkte für eine organisierte oder gemeinsam abgestimmte Aktion; die im Rundfunk verbreiteten Nachrichten über die Ereignisse in Berlin vom 16. Juni, besonders vom RIAS, wären aber „signal for disorders to begin in earnest“ gewesen<sup>8</sup>. Angesichts des breiten Unruhepotentials und der vereinzelt Protestaktionen außerhalb Berlins bereits vor dem 16. und 17. Juni dürften die RIAS-Berichte in vielen Orten der DDR aber

1 Vgl. Ilse Spittmann/Karl-Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982; Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983; Manfred Hagen, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

2 Aus französischer Sicht vgl. Philippe Garabiol, Berlin, 17. Juin 1953. Une première tentative de réunification de l'Allemagne, in: Revue d'histoire diplomatique, 104 (1990), S. 57–75; aus britischer Feder (allerdings nur sehr cursorisch zum 17. Juni) vgl. David Childs, The GDR. Moscow's German Ally, London 1983, S. 31–33.

3 Zur Quellenlage britischer Deutschland- und Besatzungspolitik im Public Record Office London (Kew), vgl. Josef Foscaphoth/Rolf Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 307–310.

4 Public Record Office (PRO), Foreign Office (FO) 371/103845, CS 1016/205, Major General Coleman to Kirkpatrick, Confidential, July 21, 1953; Zur unmittelbaren Vorgeschichte vgl. Axel Bust-Bartels, Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 24–54, hier S. 42–45.

5 PRO, FO 371/103838, CS 1016/20, B. B. C. Monitoring Report No. 2130/2132 „Internal Political Situation“, 30. April 1953.

6 PRO, FO 371/103840, CS 1016/90, Secret Report No. 564 from Jack Ward/Wahnerheide to FO, June 22, 1953.

7 PRO, FO 371/103845, CS 1016/205, Major General Coleman to Kirkpatrick, Confidential, Despatch No. 57, July 21, 1953; vgl. hierzu Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941–1955, München 1983<sup>3</sup>, S. 298f.; Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt/M. 1993<sup>9</sup>, S. 453–463, hier S. 454.

8 PRO, FO 371/103841, CS 1016/118, Ivone Kirkpatrick/Wahnerheide „Priority Secret“ Cypher/OTP No. 594 to FO, June 26, 1953.

kaum mehr auslösenden<sup>9</sup>, sondern lediglich verstärkenden Charakter für die Unruhen gehabt haben<sup>10</sup>. Die Berliner Ereignisse wären dabei das Signal für eine allgemeine Erhebung gewesen<sup>11</sup>.

---

## II. Von der sozialen Arbeiterrevolte zur politisch-motivierten Massenerhebung

---

Am 19. Juni trafen von Flüchtlingen Berichte ein, aus denen folgende Ereignisse seitens des FO rekonstruiert wurden<sup>12</sup>:

Die Unzufriedenheit war aufgrund des Unterbleibens von Konzessionen in der Frage der Arbeitsnormen (die um zehn Prozent erhöht worden waren)<sup>13</sup> in den letzten Tagen angestiegen.

Am 16. Juni entschloß sich eine Gruppe von etwa 80 Arbeitern, auf der Stalinallee öffentlich zu protestieren, da sie an diesem Tag nur die Hälfte der erwarteten Löhne erhalten hatte<sup>14</sup> und wegen der Ablehnung ihrer Proteste durch das Gewerkschaftsbüro erregt war<sup>15</sup>.

Die Gruppe zog von der Stalinallee zum Alexanderplatz und wuchs während des Marsches auf über 3 000 Menschen an. Sie traf auf einen Jugendverband von „Sport und Technik“, der mit Stöcken und Gummiröhren bewaffnet war, worauf ein heftiger Zusammenstoß erfolgte.

9 Vgl. A. Baring (Anm. 1), S. 83.

10 Vgl. gegen Barings Position Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991, S. 68 und bes. 97; zur Rolle des RIAS vgl. M. Hagen (Anm. 1), S. 95–104. Die Generalstreik-Lösung mußte auf höhere Weisung hin unterbleiben.

11 PRO, FO 371/103837, CS 1013/2, I. Kirkpatrick/Wahnerheide Confidential Report No. 205 to FO, 22nd July 1953.  
12 PRO, FO 371/103840, CS 1016/62, Confidential from Berlin to FO, Berlin Telegramm No. 128 dated 12.15 p. m. June 19, 1953, received 2.30 p. m. June 19, 1953. Das Dokument war mit „LLL.“ gezeichnet; aus ihm wird im folgenden zitiert; vgl. zu diesem Aspekt auch Karl-Wilhelm Fricke, *Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, in: I. Spittmann/K.-W. Fricke (Anm. 1), S. 5–22.

13 PRO, FO 371/103845, CS 1016/216, Notes for the Minister of State: Events in Eastern Germany in Berlin on 16/17 June and subsequent developments.

14 Quelle wie in Anm. 12.

15 Öl ins Feuer gegossen wurde hierbei noch durch den Artikel von Otto Lehmann in der *Tribüne*, dem offiziellen Organ des Gewerkschaftsbundes, vom 16. Juni 1953, in dem die Normenerhöhung für die Arbeiter gerechtfertigt wurde, vgl. Horst Schlafke, *Bauarbeiter der Stalinallee*, in: Rainer Hildebrandt, *Der 17. Juni. Zehn Erlebnisgeschichten von Personen in verschiedenen Brennpunkten des Aufstandes*, sowie ergänzende dokumentarische Materialien mit 82 Fotos, Berlin 1983, S. 23–32, 39–42, hier S. 26f.

Die Gruppe bewegte sich dann von „Unter den Linden“ zur Ulbricht-Straße. Wirkungslose Bemühungen von Ministern, die Demonstranten zu beruhigen, und die von dieser Zeit an völlige Abwesenheit der Volkspolizei (VP) ermutigten zweifellos die Menge und dürften große Visionen in der Bevölkerung entfacht haben, die freie Demonstrationen in den letzten 20 Jahren nicht mehr gewöhnt war. Alle Informationen deuteten darauf hin, „that the temper of the crowd was thus far rowdy but not dangerous and the demonstration was still on a comparatively small scale“.

Die Demonstration endete mit Aufrufen zu einer Massenversammlung für den folgenden Tag und zu einem Generalstreik, der eine aufrührerische Wirkung für einen großen Teil der Bevölkerung hatte. Am späten Abend des 16. Juni verloren die Demonstrationen bereits ihren Anti-Normen-Charakter und gewannen das Bild einer allgemeinen Erhebung. Das spätere Versprechen einer Senkung der Normen blieb weitgehend wirkungslos und wurde als Ausdruck der Schwäche seitens der Regierung betrachtet.

Am Morgen des 17. Juni hatte sich der Charakter der Demonstrationen völlig verändert. Das Arbeitsleben stand still: „the whole sector was in the streets“. Es gab zahlreiche Zusammenstöße mit der VP, aber immer noch mit relativ geringer Stärke, letztere war hoffnungslos unterlegen und in der Defensive. Arbeiter waren immer in vorderster Linie, nach Ansicht der Briten war aber praktisch die gesamte Bevölkerung beteiligt. Kaserierte Volkspolizei (KVP) und sowjetische Truppen, die sich während der frühen Stunden formierten, hatten offensichtlich Instruktionen, nicht provozierend aufzutreten, und spielten rund um die Regierungsgebäude eine primär defensive Rolle. Diese Passivität ermutigte die Menge zweifellos noch mehr in ihrem Wunsch, die Regierung zu stürzen, und weckte die Hoffnung, daß die Sowjets nicht intervenieren würden. Dies war nach dem britischen Bericht vielleicht der wichtigste Faktor, der für die rasche Ausbreitung der Unruhen verantwortlich war.

Mit Proklamierung des Kriegsrechts (welches in Berlin bis 11. Juli aufrechterhalten wurde)<sup>16</sup> und durch energische Intervention der Russen, die auch den Befehl über VP und KVP übernahmen, einen Kordon um die Sektorengrenze zogen und nicht mehr zögerten zu schießen, legten sich die Unruhen mit dramatischer Schnelligkeit. Gegen Abend gab es nur mehr isolierte „Widerstandsnester“, und die Ordnung war größtenteils wieder-

16 Vgl. Anm. 13.

hergestellt. Getadelt wurden zögernde und widerwillige Reaktionen der Westberliner Verwaltung, die Demonstrationen an der Sektorengrenze zu verhindern. Nach scharfem Protest des britischen Major-Generals C. F. Coleman habe sie sich jedoch „zusammengenommen“ und die Westberliner Polizei ihre Pflicht getan. Ihre Moral sei aber immer eine Quelle der Besorgnis geblieben, wenn sie mit ansehen mußte, wie fremde Truppen ihre Mitbürger unterdrückten<sup>17</sup>.

Kirkpatrick ging etwas später auf die Unruhen außerhalb Berlins ein, wobei er von 30 größeren Städten und noch mehr Streikbewegungen berichtete. Danach zeigten die Komitees trotz anfänglicher Sachbeschädigungen ein beachtliches Maß an Selbstdisziplin, was größere Sabotageakte vermeiden half. Der Widerstand der VP war geringfügig und wirkungslos. Die sowjetischen Truppen erschienen am 17. Juni, zuerst leicht bewaffnet, dann mit Panzern. Die Lage wurde dadurch rasch unter Kontrolle gebracht und die Arbeit am 19. Juni wiederaufgenommen. Das Ausmaß der Opfer war nicht so hoch, wie ursprünglich erwartet. Eine große Zahl von Arbeitern, die in die Streiks verwickelt waren, sei jedoch inhaftiert worden, obwohl die Regierungspropaganda vorgegeben hatte, daß jene von westlichen Provokateuren getäuscht worden seien. Für über 100 Orte, eingeschlossen ländliche Bereiche, wurde die Verhängung des Kriegsrechts bestätigt. Kirkpatrick hielt es für wahrscheinlich, daß der Ausnahmezustand für die gesamte Zone erklärt worden war. Größere VP-Einheiten wurden aus der Ferne, u. a. aus Magdeburg, nach Berlin abgezogen, spielten aber nur eine geringfügige Rolle bei der Niederschlagung der Unruhen. Die Berichte über Passivität und Desertion von VP waren zahlreich. Die KVP schien noch weniger effektiv zu arbeiten, aber es gab keine Hinweise von Überläufern. Im allgemeinen schien diese vergleichsweise nur wenig zum Einsatz gekommen zu sein, lediglich 2 000 bis 3 000 seien nach Berlin abkommandiert worden<sup>18</sup>. Nach einem Bericht vom Juli 1953 hatte es aber auch während des Aufstandes ernsthafte Unruhen und Disziplinlosigkeiten in der KVP gegeben. Kirkpatrick hatte Informationen aus Pasewalk erhal-

ten, dem Hauptquartier des Ersten Korps der KVP, wonach sich die Sowjets im Ernstfall nicht auf diese Einheiten verlassen könnten<sup>19</sup>.

---

### III. Die Sowjets und die SED während des 16./17. Juni

---

Über die Hintergründe des 17. Juni 1953 gab es zunächst wenig Klarheit. In Frage kam nicht nur eine sowjetische Initiative<sup>20</sup>, sondern auch eine der SED, ja sogar die SPD wurde verdächtigt. Am 18. Juni hatte der britische Botschafter in Paris, Oliver Harvey, an das FO telegraphiert, daß Berichte des französischen Hochkommissars, André François-Poncet, zur Erkenntnis geführt hätten, daß die Sowjets zunächst die Vorgänge duldeten, wenn nicht sogar unterstützten, freilich ohne damit zu rechnen, daß sich hieraus Gewalt entwickeln und diese größere Dimensionen annehmen könnte. Sie hätten dabei einkalkuliert, daß eine kleine Demonstration gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen des ostdeutschen Regimes zum Ausdruck bringen könnte, daß nun die Möglichkeit zu freier Meinungsäußerung bestünde und die Lebensbedingungen so verbessert wären, daß dadurch die bei ihnen in Ungnade gefallenen deutschen Funktionäre ihrer Ämter enthoben würden. Die offiziellen Vertreter, mit denen Harvey diskutieren konnte, meinten, daß die jüngsten Entwicklungen die sowjetische Position bei weiteren möglichen Verhandlungen mit dem Westen wohl schwächen und gleichzeitig Initiativen zu einer Entspannung erschweren würden<sup>21</sup>. Die Nachricht, wonach die Sowjets den „Arbeitieraufstand“ inszeniert hätten, stammte laut FO vom Leiter des Bundesverfassungsschutzes, Otto John, der nicht daran glaubte, daß die SPD ihre Hand im Spiel gehabt hatte, dagegen die ursprüngliche Demonstration für ein abgekartetes Spiel der Sowjets hielt, welches darauf abgezielt hätte, sich der SED zu entledigen. Diese Ansicht wurde jedoch von Patrick F. Hancock bezweifelt: In komplizierten Manövern wie

19 PRO, FO 371/103844, CS 1016/185, Ivone Kirkpatrick/Wahnerheide Confidential Report to FO, 10th July 1953.

20 Quelle wie in Anm. 12; vgl. auch A. Baring (Anm. 1), S. 100.

21 PRO, FO 371/103839, CS 1016/55, Outward Telegramm No. 208, (Sir O. Harvey) from Paris to FO, June 18, 1953; zu den Berichten A. François-Poncets an das Ministère des Affaires Etrangères (MAE) und zu der Politik Berijas vgl. P. Garabiol (Anm. 2), S. 65f., der die französische These von der inszenierten Arbeiterkundgebung am 16. Juni 1953 anklingen läßt, diese aber nicht eingehender analysiert: Möglicherweise dachten die sowjetischen Behörden an einen in ihrem System üblichen, d. h. „befohlenen“ Aufmarsch, womit die Meinung von François-Poncet einiges an Plausibilität gewänne.

17 PRO, FO 371/103840, CS 1016/90, Secret Report from Jack Ward/Wahnerheide to FO, June 22, 1953; vgl. M. Hagen (Anm. 1), wonach das Verhalten der Westberliner Polizei „das entsprechende Vorgehen der VP- und Sowjeteinheiten unterstützt“ habe.

18 PRO, FO 371/103841, CS 1016/118, Ivone Kirkpatrick/Wahnerheide „Priority/Secret“ Report No. 594 to FO, June 26, 1953; A. Baring (Anm. 1), S. 96, berichtet letztlich von einer Gesamtzahl von 21 Toten; vgl. die militärhistorische Arbeit von T. Diedrich (Anm. 10), S. 158–178, der die KVP während der Juniunruhen „als politisch zuverlässiges Organ der Staatsmacht“ erforscht hat.

diesen zeigten die Sowjets keine nachsichtige Verhaltensweise; viel wahrscheinlicher sei, daß sich die Aufruhr geschehnisse spontan ereignet hätten. Rätselhaft blieb aber, warum die Polizei im östlichen Sektor nicht eingegriffen hatte, als die Demonstrationen begannen. Am 20. Juni hielt Frank Roberts fest, daß die „put-up-job“-Hypothese in den neu eingelaufenen Berichten wieder fallen gelassen wurde<sup>22</sup>. Tatsächlich intervenierten die Sowjets spät und offensichtlich widerwillig, nach Unterbrechung ihrer Sommer-Übungen aber mit um so überwältigenderer Gewalt. Die put-up-job-These wurde nicht nur in Paris erwogen. Am 20. Juni ermittelte die österreichische Delegation in Berlin<sup>23</sup>, daß „eine ursprünglich von den Sowjets geplante ‚Protestaktion‘ der Bauarbeiter in eine allgemeine spontane Erhebung übergegangen“ sei. Man rechnete „mit einer Auswechslung der Pan-kower Garnitur, wie sie schon ohnedies von den Sowjets auf Grund der ‚gelenkten‘ Protestaktionen geplant war“. Von den Streikenden lagen Mitteilungen<sup>24</sup> vor, „wonach auf jeden Fall weiter zu streiken die Absicht besteht“, wobei „nachdrücklich der Hoffnung Ausdruck gegeben“ wurde, „daß eine aktive Hilfe aus Westberlin kommt“<sup>25</sup>:

„Die Frage, ob die gesamte Aktion einschließlich der Gegebenheiten der letzten zwei Wochen und der gemachten Zusicherungen in die Konzeption der Machthaber [d. i. DDR, Anm. M. G.] zu bringen sei, werde in gut informierten Kreisen verneint.“ Die Version laute dagegen, daß die Gesamtkonzeption in Moskau eine Wendung in der Politik in Deutschland wie in Österreich vorgesehen habe. Am Ballhausplatz wurde deshalb angenommen, daß Moskau ursprünglich beabsichtigt haben dürfte, „einen ‚geplanten‘ Protest der Bauarbeiter zu inszenieren, der die Lockerung verschiedener Gewerkschaften [sic!] und die Absetzung der verantwortlichen Spitzen-Funktionäre der SED hätte nach sich ziehen sollen“. Diese Aktion sei aber in „einer allgemeinen Volkserhebung untergegangen“. Inzwischen hätten die Sowjets den Aufstand „vollständig erstickt“. Zusammenfassend wurde festgestellt: „Die Arbeit dürfte in der DDR bald wieder aufgenommen werden, da

keine einheitliche Streikorganisation vorhanden ist und West-Berlin die erhoffte Schützenhilfe nicht geleistet hat.“ Es sei damit zu rechnen, daß die Rädelführer bestraft würden und alle Schuld an den Ereignissen auf westliche Provokateure geschoben werde. Die Lage der DDR-Bevölkerung habe sich durch den Aufstand nicht geändert<sup>26</sup>.

Am 27. Juni fand ein Treffen der Alliierten Hohen Kommissare statt, bei dem François-Poncet, der den Vorsitz führte, erneut seine Theorie erläuterte, daß die Aufstände in Berlin im Einverständnis mit den Sowjets abgelaufen seien. Er ging noch einen Schritt weiter und argumentierte, daß die ursprüngliche Demonstration der Bauarbeiter von den ostzonalen Behörden sowohl organisiert als auch genehmigt war: Als Beweis führte er an, daß die VP hierbei inaktiv war und mit den Demonstranten in ‚weiser‘ Voraussicht übereinzustimmen schien, daß Minister Fritz Selbmann eine Antwortrede an die Vertretung des Streikkomitees halten und dabei die Abschaffung der erhöhten Normen<sup>27</sup> ankündigen würde, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß dann alles zufriedenstellend enden würde. François-Poncet lieferte als weiteren Beleg, daß die diensthabenden Polizeibeamten außerhalb der Gebäude, vor denen sich die Demonstranten versammelten, gewöhnlicherweise bewaffnet seien, aber an diesem 16. Juni keine Waffen getragen hätten. Seiner Auffassung nach war klar, daß die Demonstration „quickly changed its nature and got out of hand“ und die Bevölkerung sich ihr anschloß, um Gefühle auszudrücken, die sie lange zurückgehalten hatte. Auch John hielt weiter an seiner Version fest, daß die Unruhen von den Sowjets angeregt worden seien, um einen späteren Vorwand zum Austausch des gegenwärtigen ostdeutschen Regimes zu haben<sup>28</sup>.

Schließt man eine solche Inszenierung oder Provokation nicht von vornherein aus, ist zu überlegen, wer diese ausgelöst hat und welche Motive dabei maßgeblich waren. Allgemein läßt sich sagen, daß die Großbaustelle Stalinallee, als „erste sozialistische Straße“, der prädestinierte Ort war, den „Aufruhr“ wirksam in Szene zu setzen. Die lange Straße eignete sich gut als Startrampe für eine De-

22 PRO, FO 371/103839, CS 1016/56, J. Ward/Wahnerheide Saving Telegramm 463 „Events in Berlin“ to FO, June 18th; Kommentar von P. F. Hancock, June 19, 1953, und die Notiz von Frank Roberts 20.6.; A. Baring (Anm. 1), S. 101f.

23 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), II-pol 1953, Deutschland 3, Schreiben Zl. 418/Pol/53, Zl. 322.187-pol/53 (Zl. 317.750-pol/53) des österr. Gesandten in Bonn, Josef Schöner, vom 22. Juni 1953, an Karl Gruber mit Beilage Bericht Berlin (6 S.) vom 20. Juni 1953, Zl. 17-pol/53, Zl. 322.348-pol/53 (322.348-pol/53).

24 Vgl. hierzu auch R. Hildebrandt (Anm. 15), S. 51.

25 Vgl. Anm. 23.

26 Vgl. ebd.; M. Hagen (Anm. 1), S. 99, verweist auf einen Artikel „Geduldete Proteste?“ im *Tagesspiegel*, wonach es sich „bei den Märschen zumindest anfänglich um SED-gesteuerte Kundgebungen“ gehandelt habe; in ähnlichem Sinne *Der Spiegel*, 22. Juni 1953, der auf einen Associated-Press-Reporter Bezug genommen hatte.

27 Vgl. Schlafke (Anm. 15), S. 39; vgl. hierzu auch M. Hagen (Anm. 1), S. 96.

28 Sollte es sich bei dieser Revolte tatsächlich um eine Inszenierung von oben gehandelt haben, so dürfte die These vom „Arbeiteraufstand“ noch fragwürdiger werden. Die Inszenierung (setzt man sie als gegeben voraus) dürfte dann die Volkserhebung provoziert haben.

monstration<sup>29</sup>, die von den anliegenden Baustellen Zuzug erhalten konnte. Hier ließ sich problemlos ein Bauarbeitertrupp finden, der als besonders renitent galt und durch die krasse Kürzung von 50 Prozent des Lohnes förmlich auf die Barrikaden getrieben werden konnte. Die entscheidenden Fragen bei diesen Überlegungen lauten: Waren es die Sowjets, die einen Vorwand suchten, um sich Ulbrichts zu entledigen? Eine solche Auffassung wurde von französischen und österreichischen Beobachtern geteilt. Oder war es gar Ulbricht<sup>30</sup>, der die Ereignisse provozierte und dabei seinen „Protektoren“ zugekommen ist? Wenn solche Aspekte auch nicht belegbar sind, ist dennoch erwägenswert, ob Ulbricht die Hand mit im Spiel gehabt hatte, um entweder die „Zustimmung“ der Bauarbeiter zum „Neuen Kurs“ zu „demonstrieren“ und mit einer „großzügigen Geste“ den „Protestierenden“ ostentative Konzilianz zu erweisen oder – was wahrscheinlicher sein dürfte – den „Neuen Kurs“ mit diesem „Aufbruch“, der aufgrund der explosiven Lage in der DDR Massenformen annehmen sollte, zu diskreditieren und dabei parteiinterne Gegner zu verdrängen, die diesen Kurs propagierten?

Ulbricht mußte sich hier aber im klaren gewesen sein, daß er ein Vabanquespiel eingehen und bei Eskalierung der Proteste eine sowjetische Intervention bevorstehen würde. So lange für diese Annahmen jedoch keine Beweise vorliegen, sind sie spekulativ, wobei zu fragen ist: Warum blieben die Arbeiter von den Lockerungen des „Neuen Kurses“ ausgenommen? Warum erfolgte für die Bauarbeiter in der Stalin-Allee neben der avisierten Normenerhöhung um zehn Prozent am 16. Juni eine zusätzliche Kürzung der Löhne um die Hälfte? Warum blieb die VP an den Ministerien unbewaffnet? Warum hielten sich VP und KVP am 16. Juni so auffallend zurück? Wie ist Selbmanns unmittelbar auf die ersten Aufbruhreignisse folgende Rede zu interpretieren? Wie auch immer die

29 A. Baring (Anm. 1), S. 94 schreibt: „Als der damalige Ostberliner Polizeipräsident Waldemar Schmidt (SED) am frühen Morgen des 16. Juni die Russen um Erlaubnis bat, den (zu diesem Zeitpunkt noch kleinen) Demonstrationzug auf der Stalin-Allee zu zerstreuen und die Rädelführer zu verhaften, wurde ihm das untersagt.“

30 Zur Charakterisierung von Walter Ulbrichts Weigerung der Einberufung des Parteisekretariats, die zu einem „zeitweiligen Entscheidungsvakuum“ führte, seiner dann folgenden Bereitschaft zur Rücknahme der Normenerhöhung für die Arbeiter am 16. Juni, vgl. Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 188–192, 196, 199; Ulbricht gab kurze Zeit später zu, das nach Stalins Tod proklamierte „Prinzip der kollektiven Leitung“ mißachtet, vielfach durch Einzelentscheidungen ersetzt und „das Sekretariat über das Politbüro“ gestellt zu haben, vgl. Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln–Berlin 1963, S. 176f., hier S. 182; vgl. auch A. Baring (Anm. 1), S. 106.

Fragen zu beantworten sind, das Büro des britischen Hochkommissars teilte die Ansichten François-Poncets nicht: Spätere Berichte hätten gezeigt, daß es sich um Streiks handelte, in einigen Fällen auch um Unruhen, in verschiedenen Teilen der Zone sogar schon vor dem 16. Juni. Deshalb schien es dem FO kaum glaubhaft, daß die Sowjets sich auf die kalkulierte Gefahr einlassen würden, Demonstrationen zu inszenieren, besonders in Ostberlin, wo sie sich bei einem unerwünschten Ausgang der Kritik seitens des Westens auf das gescheiterte Unternehmen ausgesetzt hätten.

Mit Blick auf Johns Standpunkt sah der britische Berichterstatte Charles Johnston kein Anzeichen eines Wechsels in der ostdeutschen Regierung: Führende Mitglieder hätten kürzlich Selbstkritik geübt und Versprechungen abgegeben, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Es wäre wenig sinnvoll, wenn die Sowjets vor den Demonstrationen die Entfernung der Regimevertreter planten, um nach den Demonstrationen zu entscheiden, an ihnen festzuhalten<sup>31</sup>. Am 1. Juli berichtete die britische Botschaft aus Moskau, daß es, ausgehend von der Art, wie die Neuigkeiten in der sowjetischen Presse behandelt wurden, keinen Anlaß dafür gebe, die Theorie aufrechtzuerhalten, daß die sowjetischen Regierungsbehörden die Demonstrationen in ihrer Zone mit der Absicht gefördert hätten, die ostdeutsche Regierung in Mißkredit zu bringen. Schließlich habe am 30. Juni das ZK der KPdSU Walter Ulbricht „brüderliche Geburtstagsgrüße“ gesandt. So vage die auf dem nachträglichen sowjetischen Presseecho zum 17. Juni basierende Entkräftung der „put-up-job“-These letztlich war – die Idee, daß die Sowjets Aufstände riskiert hätten, um die ostdeutsche Regierung zu desavouieren, schien auch im FO „extremely far fetched“: Die gesamte spätere Propaganda der Sowjets zeige, daß sie überrascht worden seien<sup>32</sup>.

---

#### IV. Die Reaktionen des Westens

---

In westlich-diplomatischen Kreisen herrschte vor allem über die Spontaneität und Vehemenz der Ereignisse Überraschung, weniger jedoch über die

31 FO 371/103842 CS 1016/175, Charles Johnston/Office of the UK High Commissioner, „Confidential“ Letter, June 30, 1953, to P. F. Hancock/FO; vgl. auch Anm. 21 CS 1016/55.

32 PRO, FO 371/103843, CS 1016/156, British Embassy/Moscow Confidential Letter 103.19/38/53 to Central Department/FO, July 1, 1953, mit Notizen.

Geschehnisse an sich<sup>33</sup>, zumal man über das Ausmaß der Krise in der DDR gut unterrichtet war<sup>34</sup>. Verschiedene Mutmaßungen wurden über die Dimensionen des Ausbruchs angestellt. Während die amtlichen Bonner Stellen zunächst schwiegen, wurden von ihren diplomatischen Vertretern durchaus „put-up-job“-Thesen vertreten. Österreichs Gesandter in Den Haag erfuhr vom bundesdeutschen Botschafter Hans Mühlenfeld zum 17. Juni, „daß die Initiative hierzu von Moskau ausgegangen sein könnte“, zumal „die Moskauer Machthaber, in der Erkenntnis, daß ein Ausweg aus den immer größer werdenden Schwierigkeiten mit einer *deutschen*, wenn auch nur mit einer ‚Puppenregierung‘ nicht gefunden werden könne, einen Vorwand gesucht haben, um die untauglichen Marionetten in der Ost-Zone beiseite zu schieben und an ihrer Stelle zumindestens vorübergehend ein Militärregime einzuführen“. Zu den Vermutungen Mühlenfelds wurde am 28. Juni in Wien notiert, daß es sich dabei um eine französische These handle, die „inzwischen überholt“ sei, denn die Revolten in der russischen Zone hätten sich mittlerweile „eindeutig als spontane Volkserhebung erwiesen“<sup>35</sup>. Letzteres mußte aber mit ersterem nicht im Widerspruch stehen, ja konnte sich (wie François-Poncet annahm) durchaus miteinander vertragen<sup>36</sup>.

Am 19. Juni brachte Winston Churchill gegenüber Sir William Strang seinen Ärger darüber zum Ausdruck, daß die Hohen Kommissare einen Protest gegen das sowjetische Vorgehen ausgesprochen hatten, „without informing us beforehand“. Er fragte, ob es Hinweise gebe, daß die Sowjets der Ostzone erlaubt haben sollten, in Anarchie und Aufruhr zu verfallen. Er habe den

33 Anderslautend der Befund bei A. Baring (Anm. 1), S. 98–104, hier S. 98; Die Feststellung bei Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Bd. 95, Opladen 1991, hier S. 319, wonach die Wendung in der deutschen Frage (17. Juni) „niemand erwartet hatte“, ist in dieser Form zu undifferenziert.

34 Vgl. Kai-Uwe Merz, *Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959*, Bd. 34, München 1987, S. 192f.; ferner die Befunde in diesem Beitrag und v. a. M. Hagen (Anm. 1), S. 93–104, hier S. 93f.

35 ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1953, Streng vertraulicher Bericht Zl. 25-P-53, Zl. 321.993-pol/53 (GZl. 317750-pol/53), „Gespräch mit dem deutschen Botschafter“, der Österreichischen Gesandtschaft Den Haag, Rudolf Seemann an Karl Gruber, 18. Juni 1953.

36 Vgl. Anm. 21; hierzu auch „La révolte des prolétaires libérés, 10 juillet 1953“, in: Raymond Aron, *Les articles de politique internationale dans Le Figaro de 1947 à 1977*, Tome premier (Juin 1947 à mai 1955), (Présentation et notes par Georges-Henri Soutou), Paris 1990, S. 1058–1061, hier S. 1059, wo im Zusammenhang mit dem 16. Juni von einer „manifestation, d’abord tolérée“, ausgehend von Berichten Dominique Auclères, die Rede ist.

Eindruck, daß die Sowjets angesichts der anwachsenden Unruhen mit erstaunlicher Zurückhaltung agierten<sup>37</sup>. Strang gab in seiner Antwort zu erkennen, daß die Hohen Kommissare und der Stadtkommandant schwerwiegende Gründe hatten, rasch zu handeln, besonders, da es notwendig gewesen sei, die natürlicherweise aufgelegte deutsche Öffentlichkeit in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland zu kontrollieren und zu zeigen, daß die verantwortlichen westlichen Behörden in Berlin ihr Bestes tun würden, um die Bevölkerung in ihrem Bereich zu schützen und die Sowjets von fortgesetzten Repressionen abzuschrecken, die mit weiteren Menschenverlusten verbunden wären<sup>38</sup>. Die Dinge könnten jedoch nicht so bleiben, wie sie seien, wobei er auf Adenauers Telegramm an Churchill vom 22. Juni 1953 verwies, der darin „for some action on our part“, nämlich „some public reaffirmation of our position“ gebeten hatte<sup>39</sup>. Adenauer war über die Vorgänge nicht sofort im Bilde gewesen. In der Sitzung des Bundeskabinetts vom 17. Juni empfahl er für die am Nachmittag stattfindende Plenarsitzung des Bundestages eine Erklärung der Bundesregierung „zu den Ereignissen in Berlin“. Seine Stellungnahme im Rundfunk, „sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen“, empfanden Zeitzeugen in der DDR „als Katastrophe“. Man war „ratlos und schwer enttäuscht“<sup>40</sup>. Sein Telegramm an Churchill schloß mit einem Satz, der die Ausweg- und Hilflosigkeit seiner Wiedervereinigungspolitik deutlich werden ließ: „Helfen Sie den Menschen ein freiheitliches, menschenwürdiges Dasein zu verschaffen und dem ganzen Deutschen Volk Einheit und Freiheit zurückzugeben, damit es dem Frieden Europas dienen kann.“<sup>41</sup> Einen Tag später erlitt Churchill einen Schlaganfall. Seine ambitionierte Deutschlandinitiative vom 11. Mai, die auf einen Gipfel der „Großen Drei“ abgezielt hatte, war – abgesehen von Washington, Paris und Bonn – auch aufgrund wachsenden Widerstandes im FO wie im britischen Kabinett kaum mehr durchsetzbar<sup>42</sup>.

37 PRO, FO 371/103842, CS 1016/124, Personal Minute M.215/53 W. S. C. to William Strang, 19. Juni 1953; vgl. A. Baring (Anm. 1), S. 94f.

38 PRO, FO 371/103841, CS 1016/106, Minute from William Strang to Prime Minister, mit June 24 bzw. 25th 1953 datiert.

39 PRO, FO 371/103841, CS 1016/94, Telegramm Adenauers an Churchill, 22. Juni 1953.

40 M. Hagen (Anm. 1), hier S. 95, 98 und v. a. 100f.

41 Vgl. Anm. 39.

42 Vgl. Rolf Steininger, *Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 36 (1984) 2, S. 105–144, hier S. 118–123. Am 5. April 1955 trat Churchill infolge zunehmender Pressionen jüngerer Konservativer zurück.

Strang war sich der Problematik der Lage Adenauers bewußt, der in erster Linie an die kommenden Wahlen dachte: Wenn er seine Freunde nicht zu gemeinsamen, tatsächlich dürftigen („poor indeed“) Ratschlägen zur Zurückhaltung mit letzlicher Ermutigung der Bevölkerung von Ostberlin und der Sowjet-Zone bewegen könne, würde dies für ihn nachteilige Rückwirkungen auf die bevorstehenden Wahlen haben. Von der britischen Hochkommission empfahl Jack Ward, die Alliierten auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, Sympathien mit dem Schicksal der Deutschen im Osten und den Todesopfern sowie ihr Entsetzen vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen zum Ausdruck zu bringen. Diese Gesten zu unterlassen würde bei solch einem erregten Zustand angesichts dieser Ereignisse in ganz Deutschland viel Schaden anrichten<sup>43</sup>.

Zur gleichen Zeit hielt Staatsminister John Selwyn Lloyd geheim für Churchill fest, daß sich die Grundlinie britischer Deutschlandpolitik angesichts des 17. Juni nicht grundsätzlich geändert habe: „Germany is the key of the peace of Europe. A divided Europe has meant a divided Germany. To unite Germany while Europe is divided even if practicable, is fraught with danger for all. Therefore everyone – Mr. Adenauer, the Russians, the Americans, the French and ourselves – feel in our hearts that a divided Germany is safer for the time being. But non of us dare say so openly because of the effect upon German public opinion. Therefore we all publicly support a united Germany, each on his own terms.“<sup>44</sup> Kurz darauf erfuhr Österreichs Botschafter in London, Lothar Wimmer, vom FO, „daß die Stellungnahme der britischen Regierung in der Deutschlandfrage sich durch die letzten Ereignisse in keiner Weise geändert habe“. Churchill habe dies auch Adenauer gegenüber klar zum Ausdruck gebracht. Die Abhaltung freier Wahlen sei nach wie vor Voraussetzung für eine definitive Bereinigung des deutschen Problems. Auch für die Bermudakonferenz seien keine neuen Direktiven in Aussicht genommen, so daß unverändert an der Durchführung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft festgehalten werden müsse<sup>45</sup>.

Wie es um die Stimmungslage Bonns bestellt war, erfuhren die Briten dann von Hans Schlange-Schö-

ningen, dem deutschen Geschäftsträger in London, der wissen ließ, daß er über die Situation in Deutschland und die wachsenden Schwierigkeiten, in denen sich Kanzler Adenauer befinden würde, „very alarmed“ sei. Es sei von großer Bedeutung, daß Adenauer in jeder nur denkbaren Form für die Wahlen gestärkt werde. In Anbetracht der Situation in Ostberlin und der Ostzone im allgemeinen glaube er, daß in mancherlei Hinsicht die kürzlichen Ereignisse die Stellung Adenauers stärken würden, aber es dürfe nicht vergessen werden, daß die Deutschen politisch sehr unreif seien und leicht auf ein trügerisches sowjetisches Angebot hereinfliegen würden. Schlange-Schöningen gab auch zu verstehen, daß die Russen einen sehr hohen Preis für die deutsche Neutralität zahlen würden, ohne daß dieser allerdings näher erläutert wurde<sup>46</sup>.

Die Erhebung kam für die Bundesrepublik und Westberlin überraschend. Bürgermeister Ernst Reuter und sein Stellvertreter waren verreist. Aufwiegelungen, die vom Westen über die Sektorengrenze ausgingen und am 17. Juni beobachtet werden konnten, waren „sporadic and small-scale, due to excess of zeal by professional propagandists“. Die Anwesenheit von Westberlinern unter den Aufständischen sei unvermeidbar gewesen, da die Arbeiterschaft der beiden Stadthälften untereinander immer sehr vermischt sei<sup>47</sup>. Während der Unruhen im Ostsektor hatte die Westberliner SPD um Erlaubnis zur Abhaltung von Sympathiekundgebungen nachgesucht. Das Anliegen wurde an die drei Kommandanten weitergeleitet, die es auf Initiative des französischen mit Unterstützung des britischen Kommandanten ablehnten. Nichtsdestotrotz hielt die SPD die Kundgebung ab, die ohne große Schwierigkeiten verlief. Die Kommandanten entschieden sich dann, SPD und Polizeibehörden für ihre Unfolgsamkeit zu tadeln. Dies geschah wieder durch eine Mehrheit von 2:1 gegen die Amerikaner. Es schien, daß die Rüge schon sehr abgeschwächt war, als sie ihre Adressaten erreichte. Die FO-Spitzenbeamten Coburn B. Kidd und Brewster H. Morris waren sehr überrascht, daß Coleman in dieser „technischen Frage“ die Partei der Franzosen ergriffen hatte. Die Berliner Sozialdemokraten waren nach deren Ansicht ausreichend diszipliniert, um sich der Folgen möglicher Provokationen bewußt zu sein und nichts Un-

43 PRO, FO 371/103840, CS 1016/90, Secret Cypher/OTP No. 564 from Jack Ward/Wahnerheide to FO, June 22, 1953.

44 PRO, PREM 11/449, Extract P. M./M. S./53/254 Secret Prime Minister, Selwyn Lloyd, June 22, 1953; vgl. auch R. Steininger (Anm. 42), S. 130; zu den US-Reaktionen auf den 17. Juni s. J. Rupieper (Anm. 33), S. 320–323.

45 ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1953, Schreiben Zl. 63-Pol/53 (Zl. 322.383-pol/53) „Das Foreign Office zu den Ereignissen in Deutschland“ der österr. Botschaft London, Lothar Wimmer an BMfAA Karl Gruber, 24. Juni 1953.

46 PRO, PREM 11/443, 13095, Folio 4 f. Minister of Housing/Local Government Note „HM“, 21.6. 1953; vgl. zu Blankenhorns USA-Reise J. Rupieper (Anm. 33), S. 311f.

47 PRO, FO 371/103840, CS 1016/90, Secret Cypher/OTP No. 564 from Jack Ward/Wahnerheide to FO, June 22, 1953.

überlegtes zu tun<sup>48</sup>. Die Konflikt-Vermeidungsstrategie gegenüber den Sowjets kam wieder deutlich zum Ausdruck: Jener Grund (u. a. ein die Sektorengrenze abfahrender Lautsprecherwagen, von dem man annahm, daß er der SPD gehörte, der die VP zum Überlaufen aufgerufen und Flugblätter mit SPD-Luftballons verteilt hatte) habe es notwendig erscheinen lassen, „to play safe“: Die Demonstration als solche wurde ja nicht behindert, ausschlaggebend sei aber der Ort gewesen, nämlich genau an der Sektorengrenze. Es sollte nichts geschehen, was sowjetische Vorwürfe über westliche Aufwiegelungsversuche provozieren würde: „It was absolutely essential to make sure that nothing was done which might justify Russian charges of incitement from the West.“<sup>49</sup>

Am 6. Juli bekräftigte Roberts gegenüber Strang nochmals das Hauptziel westlicher Berlin-Politik: „Our general objective in Berlin is to get things back to normal as possible and this is the interest of the Berliners themselves.“ Die Antwort der westlichen Kommandanten sollte so gestaltet sein, daß sie es den Sowjets offen lasse, „to climb down without excessive loss of face while firmly maintaining our own position of principle“<sup>50</sup>. In jedem Fall hätten die kürzlichen Ereignisse „whetted the appetite of all Germans for the reunification of Germany“. Besonders die SPD-Opposition argumentiere nun mit größerer Intensität, daß die Westmächte ihre Pläne für die Integration der westlichen Verteidigungskräfte fallen lassen und weitere Versuche unternehmen sollten, Übereinstimmung mit den Sowjets in der deutschen Wiedervereinigung herzustellen<sup>51</sup>. Adenauers Deutschlandpolitik – die nur rhetorisch die Interessen seiner Landsleute im Osten<sup>52</sup>, tatsächlich aber jene der Westmächte vertrat – blieb weiter an der „Politik der Stärke“<sup>53</sup>, d. h. konkret am Status quo orientiert<sup>54</sup>. In einer Note an den Kreml vom 15. Juli formulierten die Westmächte freie Wahlen

in ganz Deutschland und die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung als zentrale Punkte einer den Sowjets vorgeschlagenen Viermächtekonferenz<sup>55</sup>.

Die Reaktionen der Westmächte auf den 17. Juni enthüllten letztlich ihre Konzept- und Planlosigkeit gegenüber Krisenerscheinungen im Sowjetblock in den fünfziger Jahren und entlarvten den rein rhetorisch-propagandistischen Charakter der „Rollback“-Strategie der Dulles-Eisenhower Administration<sup>56</sup>. Nicht nur die sowjetische Intervention beendete die Aufstandsbewegung vom 16./17. Juni, sondern auch der Eindruck von Ohnmacht, Hilflosigkeit und Passivität des Westens schwächte die Widerstandskraft der Bevölkerung in der Sowjetzone entscheidend. Dieser Befund mußte für die rebellierenden Ostdeutschen um so bedrückender sein, als die SED-Herrschaft während der Tage um den 17. Juni nicht nur führungslos, sondern tatsächlich nahezu machtlos der kurzfristig breiteste Formen annehmenden Aufstandsbewegung gegenüberstand. Andererseits konnte eine Intervention der Westmächte zu dieser Zeit nicht gefordert und erwartet werden, wenn diese sich selbst noch nicht im klaren darüber waren, wie weit der Kreml die Geschehnisse mit Gesten der Entspannung – auch mit Blick auf den Westen – zu verbinden bestrebt war.

---

## V. Das Scheitern des 17. Juni und die Folgen

---

Die auf den 17. Juni folgenden Tage brachten eine rasche Klärung der Lage für die Briten. Am 22. Juni wurde geheim berichtet, daß in Ostberlin und wahrscheinlich auch in der übrigen Sowjetischen Besatzungszone alles wieder ruhig geworden

48 PRO, FO 371/103842, CS 1016/125, British Embassy/Washington D.C. „Confidential“, Ivo F. Porter to P. F. Hancock, June 23, 1953; vgl. zu den SPD-Demonstrationen und zum Verhalten der Kommandanten die von dieser Darstellung etwas differierenden Feststellungen bei M. Hagen (Anm. 1), S. 102f.

49 PRO, FO 371/103842, P. F. Hancock „Confidential“ to Ivo F. Porter, Washington, July 1, 1953; vgl. auch A. Baring (Anm. 1), S. 103f.; vgl. zum SPD-Lautsprecherwagen M. Hagen (Anm. 1), S. 89.

50 PRO, FO 371/103843, CS 1016/161, Frank Roberts Report „Berlin“ to William Strang, July 6, 1953.

51 PRO, FO 371/103843, CS 1016/161, Brief for the UK Delegation to the Washington Talks, „The Recent Disturbances in the Eastern Zone of Germany and East Berlin“.

52 Josef Schöner hielt nach Stalins Tod am 19. März 1953 fest: „Der nüchterne Realist Adenauer dürfte sicherlich mit einer auf unabsehbare Zeit dauernden Teilung Deutschlands rechnen, aber die geringste Andeutung einer solchen Einstellung würde seine politische Position unmöglich machen.“

ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol 1953, Ber. Belgrad (Mai-Dez.)/Bonn (Jan-März), Mappe Verschuß XII-1953 III, Karton 259, Bericht Josef Schöners an BMfAA Karl Gruber Zl. 224/Pol/53 (Zl. 319.315-pol/53) „Der Tod Stalins und die deutsch-französischen Beziehungen“ vom 19. März 1953.

53 Peter Siebenmorgen, Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990, S. 63–83, hier S. 57, bestätigt bzw. rechtfertigt die Außenpolitik Adenauers mit der Feststellung, daß es für ihn „keine Alternative zur Westintegration gab“.

54 Vgl. Anm. 51; zur US-Deutschlandpolitik im Umfeld des 17. Juni s. J. Rupieper (Anm. 33), S. 319–333.

55 Vgl. Dietrich Staritz, Zur sowjetischen Deutschland- und Sicherheitspolitik 1953–1954, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956, Boppard 1988, S. 35–49, hier S. 41f.

56 Vgl. zur Deutschlandpolitik der Eisenhower-Administration J. Rupieper (Anm. 33), S. 306–380, hier S. 319ff.

sei, obgleich man über entferntere Regionen nicht informiert war. Schrittweise hatten die Sowjets der ostdeutschen Polizei die Gewalt zurückgegeben, aber noch drei mechanisierte Divisionen mit Tanks in den Straßen von Berlin belassen. Alle möglichen Anstrengungen seien unternommen worden, um den in seinen Grundfesten erschütterten kommunistischen ostdeutschen Staat und die Verwaltung – abgesehen von diskreditierten Einzelpersonen – wiederherzustellen. Einschränkungen bezüglich der Bewegungsfreiheit seien vorsichtig gelockert und die Arbeiter mit steigendem Erfolg angetrieben worden, an ihre Arbeit zurückzukehren. Trotz vieler Befürchtungen gab es bisher keinen ernststen Lebensmittelmangel in Berlin<sup>57</sup>. Die Ersetzung des ehemaligen SPD-Mitgliedes und Justizministers Max Fechner durch Hilde Benjamin wurde von den Briten als weiterer Hinweis gewertet, daß die SED-Spitze erkannt habe, daß der „Neue Kurs“ ihr leicht entgleiten konnte und daß, unbeschadet einer höheren Politik, die Zügel etwas angezogen werden müßten. Benjamin wurde dem FO „as a fanatical communist“ und „notorious for her severity“ geschildert.

Erst am 21. Juli stand für die Briten fest, daß Ulbricht, dessen Stern in der Partei während der Unruhen im Sinken begriffen war, nun anscheinend mit vollem Einfluß auf die politische Bühne zurückgekehrt sei. Er hatte mittels einer Rede angekündigt, daß eine schärfere Gangart in der Innenpolitik verfolgt werde. Für London war klar, daß die Sowjets der Außenwelt den Eindruck zu vermitteln wünschten, daß die Juni-Ereignisse nicht etwa ihre etwas liberalere Politik gegenüber Deutschland provoziert hätten. Zur gleichen Zeit müßten sie aber offensichtlich jene Behörden des DDR-Regimes wieder installieren. Die nach den Unruhen eingeleiteten repressiven Maßnahmen hätten weder das eine noch das andere Ziel erreicht. Deshalb seien sie in ihrer behutsamen Vorgehensweise bemüht gewesen, den Arbeitern zu zeigen, daß sich Aktivitäten gegen das Regime nicht auszahlten. Ein bemerkenswertes Faktum war für Roberts, daß trotz völligen Versagens der SED samt ihrer Führer wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl sowjetischerseits keine Anstrengung unternommen wurde, deren persönliche Autorität oder die der SED auf Kosten von mehr Volksfront-Figuren wie Otto Nuschke zu schwächen. Auch Strang glaubte, daß die Russen weniger denn je wüßten, was sie in ihrer Deutschlandpolitik tun sollten. Die britische Politik müßte sich auf ihrer bisherigen Linie bewegen<sup>58</sup>.

Das Verhalten der SED und der Sowjets trug nach Ansicht des FO dualistische Züge: Die Wiederaufnahme des „Neuen Kurses“ mit Zugeständnissen an die Bevölkerung lief parallel mit verstärkten Zugriffen seitens der DDR-Behörden. Einerseits mußte ein „positives“ Bild nach außen hin aufrechterhalten bleiben, während es andererseits wichtig war, die Kontrolle über die Bevölkerung wiederherzustellen. Ein FO-Beamter brachte es auf den Punkt: „Soviet policy – the tempo of introducing socialism is slowed down, but the authoritarian structure remains.“<sup>59</sup> Es schien, daß an der Oberfläche relative Ruhe in der DDR herrschte, die nur durch gelegentliche kleine Streiks und sporadische Demonstrationen unterbrochen wurde, nach Ansicht der Briten war aber die Volksstimmung von Gelassenheit und Zustimmung weit entfernt.

Am 20. August berichtete Wimmer aus London über die britischen Reaktionen auf die sowjetische Note vom 15. August, die darin wieder auf den gesamtdeutsch zu besetzenden Rat zurückgegriffen und auf eine Beteiligung beider deutscher Regierungen an der Ausarbeitung eines Friedensvertrages<sup>60</sup> hingewiesen hatte. Das FO glaubte weniger an die Absicht Moskaus, damit die deutsche Wählerschaft zu beeinflussen, als vielmehr an dessen Wunsch, dem Regime der DDR „sozusagen eine Stärkungsinjektion zu verabreichen“. Die sowjetischen Vorschläge enthielten „nichts Neues, wirklich Inspirierendes“. Sie hätten ihr Ziel „völlig verfehlt“, sowohl Adenauer als auch Ollenhauer hätten sie „als völlig ungeeignet bezeichnet“. Die Note habe das FO darin bestärkt, „daß die Sowjetunion an einer Lösung des deutschen Problems nicht im geringsten interessiert sei und ängstlich versuche, den ‚Status quo‘ unter allen Umständen zu halten“, was natürlich in bezug auf Ostdeutschland gelte<sup>61</sup>. Sollte dies tatsächlich zutreffend sein, dann waren die Sowjets von der Deutschlandpolitik der Westmächte und Adenauers gar nicht so weit entfernt.

Ulbrichts Position war durch die Demonstrationen des 17. Juni nicht erschüttert worden. Im Gegenteil: Er schien den Kreml überzeugt zu haben, daß die Lage in der sowjetischen Zone zu explosiv sei

ment. Survey of this policy based on reports from Berlin and other sources; Notizen von Frank Roberts und William Strang, June 27, 1953; vgl. M. Hagen (Anm. 1), S. 203f.

59 PRO, FO 371/103837 CS 1013/2. I. Kirkpatrick/Wahnerheide Confidential to FO, 22nd July 1953.

60 Vgl. hierzu W. Loth (Anm. 7), S. 301, und D. Staritz (Anm. 55), S. 43f.

61 ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1953, Schreiben Zl. 85-Pol/53 (323.496-pol/53) „Deutschlandfrage und Außenministerkonferenz; hiesige Beurteilung“ der österr. Botschaft London an BMfAA Karl Gruber, 20. August 1953.

57 PRO, FO 371/103840, CS 1016/90, Secret Cypher/OTP No. 564 from Jack Ward/Wahnerheide to FO, June 22, 1953.

58 PRO, FO 371/103844, CS 1016/199, Chancery/Wahnerheide to FO, 21st July 1953, New Policy of the DDR-Govern-

und es nicht gestatte, weitere Zugeständnisse zu machen. Im FO hielt man es für Ulbrichts vorrangigste Aufgabe, einen neuen 17. Juni zu verhindern. Seine Entlassung würde das entscheidende Zeichen der Sowjets für ihre Bereitschaft sein, über die Wiedervereinigung zu verhandeln<sup>62</sup>.

Coleman berichtete gegen Jahresende von der erhöhten Aufmerksamkeit der DDR-Behörden und gesteigerten Aktivität des Staatssicherheitsdienstes (SSD) gegen „Imperialisten“, „Agenten“ und „Spione“. Diese Maßnahmen würden „the genuine belief and fear of the authorities that attempts are constantly being made from outside to undermine the régime“ widerspiegeln. Diese behördlichen Aktivitäten infolge des 17. Juni gliederten sich gemäß Coleman in drei verschiedene Phasen. Direkt nach dem Aufstand gab es panikartige Verhaftungswellen gegen solche Personen, die in irgendeiner Weise in die Unruhen verwickelt waren. Die Gesamtzahl der Inhaftierten sei nicht bekannt, aber sie dürfte sich auf einige Tausende belaufen. Diese wurden in den meisten Fällen nach einigen Tagen auf freien Fuß gesetzt, was sie ihren Arbeitskollegen verdankten, die fortgesetzt heftige Proteste äußerten, die weitere Streiks einschlossen. Dann folgte eine zweite Phase, in der wenig von Maßnahmen gegen „Staatsfeinde“ zu hören war und die amtlichen Veröffentlichungen den Hauptakzent auf Selbstkritik durch verschiedene Parteiorgane legten und die Notwendigkeit betonten, die mißliche Lage der Arbeiterschaft und anderer Bevölkerungsteile zu lindern. Gegen Ende der zweiten Phase wurde eine Verhärtung der Maßnahmen der DDR-Regierung durch die Ablösung von Fechner, dem vergleichsweise liberalen Justizminister, durch die berüchtigte Hilde Benjamin und des Chefs der Staatssicherheit Wilhelm Zaisser (der in Ungnade gefallen war) durch Ernst Wollweber („a professional Intelligence man“) spürbar. In der dritten Phase – bald nach der Ernennung Wollwebers am 24. Juli – setzten Maßnahmen nicht nur gegen Personen, die mit dem 17. Juni in Verbindung standen, sondern gegen „Staatsfeinde“ aller Klassen und speziell gegen westliche „Geheimagenten“ ein. Für Coleman stand außer Zweifel, daß in den darauffolgenden Wochen die Wachsamkeit des SSD erhöht und die Gegenspionage-Maßnahmen zur Verstärkung der inneren Sicherheit in DDR-Ämtern intensiviert worden waren.

In steigendem Maße würde deutlich, daß die DDR-Regierung und ihre sowjetischen „Meister“

62 PRO, FO 371/103846, CS 1016/235, C. P. Hope/Office of the UK, HICOM/Wahnerheide to F. A. Warner/CD, September 3, 1953; Secret Report from D. B. Graham, 29. 8. 1953, und handschriftliche Kommentare.

bemüht seien, langfristig die Schäden des 17. Juni zu beheben und die DDR als ein vertrauenswürdigen Mitglied des Ostblocks zu konsolidieren. Die Lektion des 17. Juni sei Beharrlichkeit und Vorsicht. Die gewählte Vorgangsweise bezeichnete Coleman als eine Politik, die mit „Zuckerbrot und Peitsche“ (the carrot and the stick) arbeite<sup>63</sup>.

---

## VI. Fazit

---

Das Scheitern des Aufstandes nützte allen Gegnern eines Kompromisses zwischen Ost und West; es half jenen, die an der Erhaltung ihrer Positionen und somit am Status quo interessiert waren. An erster Stelle diente es Ulbricht, der sich à la longue retten und seine Stellung durch den Sturz der „Verschwörergruppe“ Zaisser-Herrnstadt festigen konnte. Bei den Sowjets dürfte sich in weiterer Folge die Ansicht durchgesetzt haben, die angekündigte Liberalisierung in der DDR nicht weiter zu forcieren, an Ulbricht wieder festzuhalten und das SED-System nicht fortgesetzt zugunsten einer gesamtdeutschen Vereinbarung mit dem Westen preiszugeben. Daneben half der 17. Juni auch Adenauer (der die sowjetischen Entspannungsbestrebungen der Frühjahre 1952/53<sup>64</sup> ignorierte bzw. äußerst skeptisch beurteilte), zumal er sich in der „Richtigkeit“ seiner Politik bestätigt sehen und angesichts der sowjetischen Repressionen in der DDR mit fortdauernder Unterstützung der SED intern noch überzeugender als bisher von Viermächte-Gesprächen abraten konnte, wenngleich er aus taktischen Gründen öffentlich solche forderte<sup>65</sup>. Der 17. Juni stärkte Adenauer – für den die Wiedervereinigung visionäres Langzeitziel war<sup>66</sup> – sowohl in seinem Bündnis mit den Westmächten als auch in innenpolitischer Hinsicht, wie die Wahlen vom 6. September unter Beweis stellten. Mit dem 17. Juni war Churchills Vorschlag vom 11. Mai, auf höchster Ebene mit dem Kreml ein Arrangement über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu erzielen<sup>67</sup>, die Grundlage entzogen.

63 PRO, FO 371/103847, 13169, General Coleman „Confidential“ Despatch No. 94 173/21/42/53 to Frederick Hoyer-Millar, UK-HICOM.

64 Vgl. D. Staritz (Anm. 55), S. 36 ff.

65 Vgl. J. Rupieper (Anm. 33), S. 312 f., 316 f., 325, 331 f.

66 Vgl. Klaus Gotto, Der Realist als Visionär. Die Wiedervereinigungspolitik Konrad Adenauers, in: Die politische Meinung, 35 (1990) 249, S. 6–13.

67 PRO, PREM 11/449, 13095. Secret Prime Minister, Extract Selwyn Lloyd, June 22, 1953, fol. 124–126.

# Politische Gedenktage in Deutschland

## Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur

---

### I. Einleitung

---

Politische Gedenktage gehören zu jenen Symbolen, durch die sich ein Staat öffentlich darstellt. Der 17. Juni, der an den Arbeiteraufstand von 1953 in der DDR erinnert und von 1954 bis 1990 als „Tag der deutschen Einheit“ offiziell der nationale Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland war, wird in diesem Beitrag zum Anlaß genommen, sich grundsätzlich mit dem Phänomen „politische Gedenktage“ auseinanderzusetzen.

Während die Vorgeschichte, der Verlauf und auch die Folgen historischer Ereignisse aus zeitgeschichtlicher Perspektive meist gründlich erforscht und faktenreich dokumentiert sind, läßt sich hinsichtlich einer politikwissenschaftlichen Analyse, die vornehmlich die politischen Funktionen und gesellschaftlichen Implikationen politischer Gedenktage in den Blick nimmt, nur ein äußerst lückenhafter Forschungsstand feststellen. Dies, obwohl in den letzten Jahren einige wegweisende Studien zum Themenkomplex „Politische Symbole und Rituale“<sup>1</sup> vorgelegt wurden.

---

### II. Politische Gedenktage und politische Kultur

---

Politische Gedenktage thematisieren und verinnerlichen öffentlich kollektiv erlebte Ereignisse, die in spezifischer Weise für den Bestand politischer Systeme von großer Bedeutung waren oder noch sind. Diese relativ weit gefaßte Umschreibung meint den Rückbezug auf Vergangenes schlechthin, sofern unter dieser Rekurrerung Schlüsseler-

eignisse oder -erfahrungen verstanden werden, die aus Legitimitätsgründen für die Stabilität und Bestandswahrung herangezogen werden. Unter dem Begriff der Legitimität subsumiert sich die Auffassung von der Rechtmäßigkeit politischer Gemeinwesen, die primär auf einem Ensemble allgemein anerkannter Wertüberzeugungen und Grundnormen beruht. Grundvoraussetzung von Legitimität ist das Vorhandensein bzw. die Erzeugung und Sicherung von Massenloyalität, die – abstrakt gesprochen – „persönliche Bindungen der breiten Bürgerschaft an politische Objekte (bezeichnet)“<sup>2</sup>. Aus diesem Verständnis heraus gehören politische Gedenktage zu jenen staatlichen Ausdrucksmitteln, welche die „die Gemeinschaft tragenden Ideen zur Anschauung bringen“<sup>3</sup> und gemeinhin als Nationalsymbole bezeichnet werden.

Politische Gedenktage gelten als verdichtete Symbole<sup>4</sup>, die mit situativen Kontexten verknüpft sind, Emotionen hervorrufen und als politische Darstellungen verstanden werden können, mit deren Hilfe komplexe Sinnzusammenhänge reduziert, konstruiert und vermittelt werden. Besonderes Merkmal politischer Gedenktage ist der ihnen zugrundeliegende ritualisierte Charakter, der sich zum einen durch die jährliche oder zumindest regelmäßige Wiederkehr und zum anderen durch ein Raster mehr oder weniger klar formalisierter Ablaufformen und Konventionen zu erkennen gibt. Zentrale Elemente dieser Ritualisierung sind hierbei die in staatlichen Gedenkfeiern proklamierten Botschaften, die in Form von Ansprachen und Reden eine breite öffentliche Vermittlung finden sollen. Die wichtigsten politischen Funktionen, die Nationalfeier- und Gedenktage erfüllen sollen, sind: Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Erschaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung.

---

1 Vgl. Volker Ackermann, *Nationale Totenfeiern in Deutschland von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauss. Eine Studie zur politischen Semiotik*, Stuttgart 1990; Dieter Dünding/Peter Friedemann/Paul Münch (Hrsg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Reinbek 1988; Detlev Lehner/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989; Rüdiger Voigt (Hrsg.), *Politik der Symbole. Symbole der Politik*, Opladen 1989.

2 Max Kaase, *Massenloyalität*, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik*, (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2; hrsg. von Dieter Nohlen), München 1983, S. 224.

3 Hans Hattenhauer, *Nationalsymbole*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M.-New York 1992, S. 500.

4 Zum gesamten Instrumentarium politischer Symbole gehören vor allem die Nationalflagge, -hymne, aber auch Staatsbegräbnisse, Wappen, Ehrungen, Mahnmale, Gedenkstätten etc.

Daher liegt es nahe, politische Gedenktage und das gesamte Ensemble politischer Symbolik in das Feld der politischen Kultur(-forschung) zu verorten. Nach Peter Reichel kann „Politische Kultur ... als eines von mehreren Medien der Vermittlung zwischen Individuum und Herrschaftssystem begriffen werden“<sup>5</sup>. Da in ihr verschiedene Kommunikationsströme fließen, die zwischen politisch-administrativem und soziokulturellem System bestehen, handelt es sich bei politischer Kultur „um den Habitus, mit dem politische Realität interaktiv und kommunikativ konstruiert wird“<sup>6</sup>. Diesem ursächlichen Zusammenhang folgend, versucht das Analysekonzept „Politische Kultur“ vorrangig die subjektiven Dimensionen zu erfassen, die die gesellschaftlichen und kulturellen Grundlagen eines politischen Systems beeinflussen und bestimmen: „also seine Einbettung in einen historisch wandelbaren Kontext von national-, regional-, klassen- bzw. gruppen- und generationsspezifischen Orientierungs- und Verhaltensmustern“<sup>7</sup>. Karl Rohe ergänzt den Begriff der politischen Kultur dahingehend, daß unter ihr „ein mit anderen geteiltes politisches Weltbild zu verstehen ist, das einen sichtbaren Ausdruck gefunden hat“<sup>8</sup>.

Komplexe politische Symbole wie Gedenktage nehmen in diesem spannungsreichen Wechselbezug bei der Sichtbarmachung politischer Kultur eine zentrale Stellung ein, indem sie zu einer „Verdeutlichung der politischen Basiskonzepte und Basisregeln eines politischen Gemeinwesens“<sup>9</sup> beitragen. Letztlich geht es also um die Produktion von Deutungsangeboten auf seiten politischer Akteure, die der Darstellung und Vermittlung historisch-politischer „Sinnstiftung“ dienen und neben der bereits erwähnten Konsensstiftung und Loyalitätsbeschaffung vor allem auch eine Simplifizierung des hyperkomplexen Gegenstandes „Politik“ vornehmen.

5 Peter Reichel, Politische Kultur, in: Everhard Holtmann (Hrsg.), Politik-Lexikon, München 1991, S. 474; vgl. auch Lowell Dittmer, Political culture and political symbolism. Toward a theoretical synthesis, in: World politics, 29 (1977), S. 552–583.

6 Andreas Dörner/Karl Rohe, Politische Sprache und Politische Kultur. Diachron-kulturvergleichende Sprachanalysen am Beispiel von Großbritannien und Deutschland, in: Manfred Opp de Hipt/Erich Latniak (Hrsg.), Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Opladen 1991, S. 40.

7 P. Reichel (Anm. 5).

8 Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, 251 (1990), S. 337.

9 Ders., Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlösser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 42.

Darüber hinaus werden politische Gedenktage zur Bündelung von in der Gesellschaft individualisiert und differenziert ausgeprägten Geschichtsvorstellungen und -deutungen herangezogen. „Mehr als bloßes Wissen oder reines Interesse an der Geschichte, umgreift Geschichtsbewußtsein den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive.“<sup>10</sup> Geschichtsbewußtsein spiegelt per definitionem die Gesamtheit individueller Erfahrungsweisen wider und ist daher gekennzeichnet durch ein ausgedehntes, zuweilen widersprüchliches Spektrum an Deutungsmustern, Inhalten und Reflexionsgraden<sup>11</sup>. Soll Geschichtsbewußtsein die ihm mithin zugesprochene herrschaftsbewahrende Funktion erfüllen, so muß eine Reduktion und Fokussierung dieser innerhalb einer Gesellschaft auseinanderdriftenden und teilweise überlappenden „Geschichtsbilder“ erfolgen. Prononciert bedeutet das die Transformation des individuell ausgeprägten in ein kollektives Geschichtsbewußtsein. Dies kann auf unterschiedliche Weise erfolgen, so auch durch politische Gedenktage. „An Symbolen, Bildern, Geschichtsvorstellungen wird die Gleichheit der Erfahrungen festgemacht; so ruht Geschichtsbewußtsein auf einem im emotionalen Bereich wurzelnden Gemeinschaftsverständnis ... Rationaler vermittelt sich das Legitimationsbedürfnis: durch argumentierenden Nachweis historischer Berechtigungen und Ansprüche, durch Aufbau von Kontinuitätsbehauptung, durch Analogieschlüsse, durch interessierte Sinngebungen historischer Verläufe.“<sup>12</sup> Aus diesen Überlegungen heraus kann Geschichtsbewußtsein als eine zentrale, die politische Kultur stark determinierende Kategorie und als ein „gedankliches Konstrukt“<sup>13</sup> aufgefaßt werden, das ganz allgemein zur Konstituierung von Politik beiträgt.

Obwohl politische Gedenktage unter günstigen Rahmenbedingungen sehr wohl ihrer Funktion als gesellschaftliche Integrationsinstrumente gerecht werden können, unterliegen sie engen Grenzen. In demokratischen Gemeinwesen sind sie nämlich – das zeigt beispielsweise die Erfahrung mit dem 17. Juni – oftmals eine Gratwanderung zwischen aktiver und passiver Unterstützung, Ablehnung

10 Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbewußtsein, in: Klaus Bergmann/Annette Kuhn/Jörn Rüsen/Gerhard Schneider (Hrsg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Düsseldorf 1985<sup>3</sup>, S. 40.

11 Vgl. K.-E. Jeismann, ebd.; vgl. auch Hans-Jürgen Pandel, Dimensionen des Geschichtsbewußtseins. Ein Versuch, seine Struktur für Empirie und Pragmatik diskutierbar zu machen, in: Geschichtsdidaktik, 2 (1987), S. 130–142.

12 K.-E. Jeismann (Anm. 10).

13 Werner Weidenfeld, Geschichte und Politik, in: ders. (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987, S. 13.

aus Desinteresse oder sogar Widerspruch. Politische Gedenktage als „staatsintegrierendes“ Mittel repräsentativ-demokratischer Systeme scheinen einen ausgesprochen ambivalenten Charakter in sich zu tragen. Sie verfehlen dann ihre zentrale Intention, wenn der sie charakterisierende Identifikationswert aus „zunehmender zeitlicher und politischer Distanz seine Aussagekraft verliert“<sup>14</sup> und somit einer irreversiblen Erosion ausgesetzt ist. Da Gesellschaften sich in einem permanenten Wandel befinden, liegt es nahe, daß die jeweiligen Repräsentanten politischer Systeme diesem Phänomen Rechnung tragen und aus dem Repertoire möglicher Gedenktage diejenigen zur öffentlichen Disposition stellen, die einen gesteigerten Identifikationswert, zumindest aber ein starkes Bedürfnisinteresse, sich mit dem dahinterstehenden Ereignis auseinanderzusetzen, vermuten lassen. In diesem Sinne tragen Gedenk- und Jahrestage zu einer Vorstrukturierung öffentlicher Erinnerung bei, die die politische Kultur stark determiniert.

Abgesehen von den vorrangig zu politischen Zwecken verwendeten Vergangenheitsbezügen, die mittels politischer Gedenktage öffentlich dargestellt und vermittelt werden, läßt sich noch ein weiterer Bezugsrahmen eruieren, der Geschichte gleichfalls „gesellschaftsfähig“ zu machen scheint: ihre Eingliederung in einen professionalisierten Kulturbetrieb. So findet eine kulturpolitische Verortung von Geschichtlichem neuerdings unter dem Signet „Geschichtskultur“ verstärkte Beachtung. Darunter kann „eine Sammelbezeichnung für höchst unterschiedliche, sich ergänzende oder überlagernde, jedenfalls direkt oder indirekt aufeinander bezogene Formen der Präsentation von Vergangenheit in der Gegenwart“<sup>15</sup> verstanden werden, sie vereinigt „Elemente von Wissenschaft, Politik und Kunst . . . in der gemeinsamen Bezugsgröße Geschichte“<sup>16</sup>. Dies bezieht sich sowohl auf die zunehmende Musealisierung von Geschichte<sup>17</sup> als auch auf den beträchtlichen Reigen historischer Jahrestage<sup>18</sup>.

---

### III. Politische Gedenktage im historischen Wandel: Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus

---

Das am 18. Januar 1871 proklamierte Deutsche Kaiserreich hatte zwei Gedenktage nationalen bzw. nationalistischen Charakters: den Sedantag und die Geburtstage der Kaiser. Der Geburtstag Wilhelms I. fiel auf den 22. März und wurde bis zu seinem Tod im Jahre 1888 gefeiert. An dessen Stelle folgte der Geburtstag Wilhelms II., der auf den 27. Januar fiel. Der Sedantag erinnerte in Form nationaler Feierlichkeiten an den Tag der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoleon III. bei Sedan am 2. September 1870 und symbolisierte alljährlich nicht nur den Sieg über Frankreich, sondern auch die damit verbundene Reichsgründung. Vor allem unter der Regierung Wilhelms II. verlor der Sedantag nach und nach den Charakter eines Volksfestes, zumal sämtliche Initiativen zu den Feierlichkeiten von offizieller Seite ausgingen. „Die sogenannten Nationalfeiertage des Kaiserreichs erwiesen sich mit zunehmender Dauer . . . als inszenierte Veranstaltungen des Staates, die ganz bewußt auf völlige Integrationswirkung verzichteten. Als Nationalfeiertage, die der Selbstdarstellung des Staates nach innen und außen dienten, waren der Sedantag und die Kaisergeburtstage immer wieder Tage der politischen Konfrontation.“<sup>19</sup> Trotzdem wurden durch diese Feiertage nationalistische Kräfte unterschiedlicher Couleur geschürt und zusammengeführt: bürgerliche Nationalbewegung und national-liberale Elemente. Dieser Reichs- und Kaiserkult, der 1913 in einem ganzen Tableau historischer Gedenkfeiern seinen Ausdruck fand und im Kern „das gemeinsame, öffentlich zelebrierte Bekenntnis zu nationalen und machtstaatlichen Wertmustern“ widerspiegelte, „enthielt emotionale Bindekraft und stiftete Konsensus“<sup>20</sup>. Somit trug der monarchisch überhöhte Reichskult zu einer politischen Mentalität bei, die dem Ersten Weltkrieg ein knappes Jahr später eine weit verbreitete Zustimmung entgegenbrachte.

Die Weimarer Republik stand von Anfang an auf weitaus unstabilerem Fundament als das Kaiserreich. In Anbetracht einer in politische Teilkulturen zersplitterten Republik schienen daher die

---

19 Fritz Schellack, Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: D. Düding/P. Friedemann/P. Münch (Anm. 1), S. 294.

20 Wolfram Siemann, Krieg und Frieden in historischen Gedenkfeiern des Jahres 1913, in: D. Düding/P. Friedemann/P. Münch (Anm. 1), S. 316.

14 Detlev Lehnert/Klaus Megerle, Politische Identität und nationale Gedenktage, in: dies. (Anm. 1), S. 12.

15 Wolfgang Hardtwig, Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 8f.

16 Jörn Rüsen, Für eine Didaktik historischer Museen. Gegen eine Verengung im Meinungsstreit um die Geschichtskultur, in: *Geschichtsdidaktik*, 3 (1987), S. 269.

17 Neben vielen historischen Ausstellungen sei vor allem an die beiden Museumsneugründungen in den achtziger Jahren erinnert: das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn.

18 Vgl. Wolfgang Hardtwig, Die Sehnsucht nach Größe. Über das intensive Bedürfnis, historische Jahrestage zu feiern, in: ders. (Anm. 15).

Möglichkeiten sehr begrenzt zu sein, sich auf übergreifende Identifikationssymbole wie nationale Gedenktage zu einigen, die einer zunehmenden „Fragmentierung der Gesellschaft“<sup>21</sup> entgegenwirken konnten. Nach langwierigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen kam man überein, den Tag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung, den 11. August, als Nationalfeiertag festzusetzen. Erst 1921 fand die erste Verfassungsfeier in bewußt zurückhaltender Form statt. Bis 1929/30 wuchs der Umfang jedoch an, um diesem nationalen Gedenktag „ein mehr volkstümliches Gesicht“<sup>22</sup> zu verleihen. Trotzdem blieb der 11. August die ganze Zeit über umstritten. Als weiterer politisch motivierter Feiertag etablierte sich seit Mitte der zwanziger Jahre der Volkstrauertag, der republikweit am 2. Fasten-Sonntag (Reminiscere) begangen wurde und die Erinnerung an die Folgen des Ersten Weltkrieges wachhalten sollte<sup>23</sup>.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich das Erscheinungsbild der Nationalfeier- und Gedenktage total. Obwohl bewußt an Fest- und Feiertraditionen angeknüpft wurde, erfolgte eine gezielte Ausrichtung auf die nationalsozialistische Weltanschauung. Der 1. Mai<sup>24</sup>, seit 1933 als „Feiertag der Nationalen Arbeit“ geschickt für die innere Formierung und spätere Konsolidierung der NS-Herrschaft instrumentalisiert, machte hierbei den Anfang. „Zusehends als gegenkirchliches Programm entwickelt“<sup>25</sup>, stellte das NS-Feierjahr eine mächtige und viele Lebensbereiche involvierende Institution<sup>26</sup> dar, mit der das NS-Regime „Volksgemeinschaft“ und Personenkult<sup>27</sup> zur Darstellung bringen konnte und somit zu einer wirkungsvollen Selbstinszenierung gelangte. Neben dem 1. Mai galten als Nationalfeiertage der „Heldengedenktag“ und der „Ernte-

danktag“, der Anfang Oktober den Feiertag schmückte. Die Bezeichnung Heldengedenktag deutete den Volkstrauertag an sich schon ideologisch um; er erfuhr im Frühjahr 1939, ein halbes Jahr vor dem deutschen Überfall auf Polen, eine weitere Modifizierung. Am 16. März wurde er nun „Jahrestag der allgemeinen Wehrpflicht“ und am 9. November „Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung“ genannt. Zudem existierten eine ganze Reihe von Gedenk- und Ehrentagen, die neben den erhaltenen kirchlichen Feiertagen das NS-Feierjahr ausstaffierten<sup>28</sup>.

---

#### IV. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bis 1989

---

Nach dem Zusammenbruch des NS-Systems bildete sich in beiden deutschen Staaten eine diametrale „Gedenkkultur“ aus, die auch in Gestalt politischer Gedenktage ihren Ausdruck fand. Abgesehen vom 1. Mai, der als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung seine eigentliche Bedeutung zurückerlangte, entstand in der Bundesrepublik Deutschland ein Spektrum von Gedenktagen, das grob in drei Kategorien eingeteilt werden kann: Gedenktage, die die deutsche Teilung widerspiegeln (17. Juni/13. August, Tag des Mauerbaus), Tage der eigenen (teil-)staatlichen Identität (z. B. 23./24. Mai, Verkündung bzw. Inkrafttreten des Grundgesetzes) und Tage, die an die beiden Weltkriege und die NS-Herrschaft (v. a. Volkstrauertag/20. Juli, Attentat auf Hitler) erinnern sollten.

Der 17. Juni erinnert an den Arbeiteraufstand 1953 in der DDR<sup>29</sup>, dem binnen weniger Stunden politische Forderungen wie Öffnung der Zonengrenzen, Befreiung politischer Gefangener und freie Wahlen folgten, der aber kurze Zeit später durch sowjetisches Militär brutal zerschlagen wurde. Er war als „Tag der deutschen Einheit“ seit 1954 der offizielle Staatsfeiertag der Bundesrepublik. Unter der Initiative Herbert Wehners forcierte die SPD binnen weniger Tage entscheidend

---

21 D. Lehnert/K. Megerle (Anm. 1), S. 22.  
22 Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945. Frankfurt/M. – Bern – New York – Paris 1990, S. 356.  
23 Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 122; vgl. auch F. Schellack (Anm. 22), S. 231–247 u. 266–276.  
24 In der Weimarer Republik wurde der 1. Mai, der seit 1890 den internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung darstellte, lediglich 1919 landesweit als Feiertag begangen; vgl. H. Hattenhauer, ebd., S. 112f.  
25 H. Hattenhauer (Anm. 3), S. 505.  
26 Vgl. zum begrifflichen Verständnis und zur theoretischen Einordnung Gerhard Göhler, Soziale Institutionen – politische Institutionen. Das Problem der Institutionentheorie in der neueren deutschen Politikwissenschaft, in: Wolfgang Luthardt/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen, Marburg 1988, S. 13–28.  
27 Vgl. Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München – Wien 1991.

28 Dazu gehörten: „Tag der Machtergreifung“ (30. Januar), „Tag der Verkündung des Parteiprogrammes“ (24. Februar), „Verpflichtung der Jugend“ (Letzter Sonntag im März), „Geburtstag des Führers“ (20. April), „Muttertag“ (ein Sonntag im Mai), „Sommersonnenwende“ (21. Juni), „Reichsparteitag“ (erste Septemberhälfte), „Wintersonnenwende“ (21. Dezember und Weihnachten), vgl. H. Hattenhauer (Anm. 23), S. 128f.  
29 Vgl. zum Ereignis Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983<sup>2</sup>; Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

die Diskussion um den 17. Juni als „Nationalfeier-tag“, denn sie erblickte in dem von Arbeitern geführten Aufstand auch ein gut Teil ihres eigenen politischen Selbstverständnisses. Nach relativ kurzer Beratungszeit zwischen Regierungsparteien und SPD-Opposition stimmte der Bundestag am 3. Juli 1953 dem Vorhaben zu, den 17. Juni als nationalen Gedenktag gesetzlich festzulegen. Lediglich die KPD verweigerte die Zustimmung<sup>30</sup>.

Neben den regelmäßigen Gedenkfeiern, die auf Initiative der Bundesregierung bis 1967 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages stattfanden<sup>31</sup>, initiierte das überparteiliche „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ Feierlichkeiten und Kundgebungen in größeren Städten, um die Bedeutung dieses Ereignisses auch in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen<sup>32</sup>. Auch die Massenmedien haben durch regelmäßige Berichterstattung versucht, dem 17. Juni ein entsprechendes Forum zu geben, wobei die „runden“ Jahrestage wie 1963, 1973, 1983 und 1988 gegenüber den „normalen“ eine weitaus größere Beachtung fanden. Seit Beginn der siebziger Jahre kam allerdings verstärkt die Forderung auf, den 17. Juni infolge seines relativ geringen Identifikationswerts als bezahlten Feiertag abzuschaffen und durch einen anderen Tag („Verfassungstag“) zu ersetzen. Dies fand jedoch nie eine politische Mehrheit. Seit den achtziger Jahren würdigte der Bundestag den 17. Juni mit einer eigenen Feierstunde, wobei die Festredner im Wechsel von den im Bundestag vertretenen Fraktionen (außer den Grünen) vorgeschlagen wurden.

Trotz derartiger Bemühungen, den 17. Juni in einer breiten Öffentlichkeit als identitätsstiftenden Gedenktag zu verankern, wurde er „zunehmend zu einer öffentlichen Kalamität“<sup>33</sup> und verlor mit zeitlichem Abstand seine politische Aussagekraft. Die ganze Zeit über trug der 17. Juni als nationaler Feiertag die „Charakterzüge eines Provisoriums“<sup>34</sup>, denn viele empfanden das Gedenken an einen Aufstand, in dem andere mit hohem Einsatz ihre Freiheit und ihr Leben riskiert und verloren hatten, als ungeeignet. Hinsichtlich einer allmählich sich verändernden Beziehung zur DDR und zu den anderen Staaten des Ostblocks wirkte der 17. Juni als

unzeitgemäßes Relikt des Kalten Krieges, das einer weiteren Entspannung entgegenstand<sup>35</sup>.

Zum 17. Juni gesellte sich mit dem 13. August zudem ein weiteres Datum, das die Zweiteilung Deutschlands noch weitaus stärker verdeutlichte. An diesem Tag im Jahre 1961 begann der Mauerbau in Berlin, dem eine menschenverachtende Grenze durch ganz Deutschland folgte und der die Zweistaatlichkeit manifest werden ließ. Als Gedenktag erreichte der 13. August jedoch nie den Stellenwert des 17. Juni. Kränze wurden niedergelegt und Wiedervereinigungspostulate abgegeben, und 1986, zum 25. Jahrestag, fand im Berliner Reichstag eine große Gedenkstunde statt. Der 13. August krankte im Prinzip jedoch an derselben Ambivalenz wie der 17. Juni. Er gedachte eines Tages, der eine Niederlage bedeutete, mit dessen schmerzlicher Realität man sich aber arrangierte und im Innersten bereits abgefunden hatte.

Neben diesen negativen zeitgeschichtlichen Daten, die sich kaum zur Vermittlung sinnstiftender Bezüge in der Bundesrepublik Deutschland geeignet haben, wurde ab und an auch die eigene (teil-)staatliche Identität ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Eine exponierte Stellung nahm hierbei die Verkündung bzw. das Inkrafttreten des Grundgesetzes (23./24. Mai 1949) ein. Staatliche Feierstunden wurden 1959, 1974 und 1989 veranstaltet<sup>36</sup>. In den Jahren 1979, 1984 und 1989 wurde am 23. Mai die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vollzogen, mit der sich die Bundesrepublik, quasi aus ihrer demokratischen Praxis heraus, selbst feiern konnte. Gleichwohl avancierte das vierzigjährige Bestehen der zweiten deutschen Republik zu einem Medienereignis<sup>37</sup>.

Die offizielle Erinnerung an die beiden Weltkriege und die nationalsozialistische Herrschaft reduzierte sich bis weit in die siebziger Jahre auf nahezu zwei Gedenktage: Volkstrauertag und 20. Juli. Der Volkstrauertag wurde auf den 2. Sonntag vor dem 1. Advent festgesetzt und knüpfte damit bewußt an die Tradition der Weimarer Republik an. Alljährlich wurde in einer vom „Volksbund Kriegsgräberfürsorge“ im Plenarsaal des Bundestages veranstalteten Feierstunde an die Opfer beider Weltkriege, die Millionen ermordeter Juden und anderer rassistisch Verfolgter durch den Nationalsozialismus und auch an die Opfer in der DDR erinnert<sup>38</sup>.

30 Vgl. Ilse Spittmann, Tag der deutschen Einheit, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hrsg.) (Anm. 3), S. 660.

31 Vgl. Theodor Graf von Finckenstein, Sind unsere Staatsfeiern auf Moll gestimmt? Versuch einer Bilanz der Bonner Staatspraxis 1949–1979, in: Das Parlament vom 19. Januar 1980, S. 16.

32 Vgl. Alois Friedel, Deutsche Staatssymbole. Herkunft und Bedeutung der politischen Symbolik in Deutschland, Frankfurt/M. – Bonn 1968, S. 88.

33 Lutz Niethammer, Wir wollen nicht mehr Sklaven sein, Kollegen, reiht euch ein!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1990, S. 36.

34 D. Lehnert/K. Megerle (Anm. 1), S. 22.

35 Vgl. I. Spittmann (Anm. 30), S. 666.

36 Vgl. T. G. v. Finckenstein (Anm. 31).

37 Vgl. Wolfgang Becker/Siegfried Quandt, Das Fernsehen als Vermittler von Geschichtsbewußtsein. 1989 als Jubiläumsjahr, Bonn 1991.

38 Vgl. H. Hattenhauer (Anm. 23), S. 134f.; A. Friedel (Anm. 32), S. 90.

Am 20. Juli 1944 mißglückte ein von Claus Graf Schenk von Stauffenberg auf Hitler verübtes Bombenattentat, das aus militärischen Widerstandskreisen heraus vorbereitet und durchgeführt wurde. Seit 1951 wurden jedes Jahr in Berlin an verschiedenen Orten (meistens im Bendlerblock in der Stauffenbergstraße und in der Gedenkstätte Plötzensee) – später auch in Bonn – Gedenkfeiern durchgeführt. Obwohl dieses Datum stellvertretend für den gesamten deutschen Widerstand gegen die NS-Herrschaft stehen soll<sup>39</sup>, wurde in den offiziellen Ansprachen tendenziell eher das Ereignis selbst und weniger das Bemühen anderer Widerstandsgruppen hervorgehoben, was mitunter zu öffentlicher Kritik herausforderte<sup>40</sup>. Eine eher marginale öffentliche Erwähnung fand die Erinnerung an den Holocaust, die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten oder den Zusammenbruch des NS-Systems.

Dies änderte sich allerdings in den achtziger Jahren entscheidend, denn fünf Jahrestage, die Schlüsselereignisse der NS-Herrschaft symbolisieren, wurden von den Massenmedien und von Repräsentanten des politischen Systems zum Anlaß genommen, die Geschichte der Jahre 1933–1945 in einer breiten Öffentlichkeit zu thematisieren. Dies waren der 30. Januar (50. Jahrestag der Errichtung der NS-Herrschaft; 1983), der 20. Juli (40. Jahrestag des Attentats auf Hitler; 1984), der 8. Mai (40. Jahrestag des Endes des NS und des Zweiten Weltkrieges in Europa; 1985), der 9./10. November (50. Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht“; 1988) und der 1. September (50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen; 1989). Zentrales Kennzeichen dieser Gedenktage war auch ihre Darstellung im (öffentlich-rechtlichen) Fernsehen. Jedem Schlüsselereignis wurde eine direkt übertragene Gedenkstunde gewidmet, die in ein umfangreiches Programmangebot eingebettet war. In einer teilweise intensiv und kontrovers geführten Diskussion um die Ausdeutung der NS-Herrschaft spiegelten diese Gedenktage vor allem die Erkenntnis wider, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch heute noch sehr stark die politische Kultur der Bundesrepublik beeinflusst<sup>41</sup>. Dies zeigte die öffentliche Resonanz auf die offiziellen Gedenkreden: Während die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai in höchsten Tönen gelobt wurde, mün-

dete die Ansprache des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger zum 9./10. November in einen Eklat, der zu seinem raschen Rücktritt führte. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er hätte gewisse Eigenheiten einer Gedenkrede mißachtet<sup>42</sup>.

Ein prägnantes Kennzeichen der realsozialistischen Herrschaft der DDR war ihr ausgeprägtes Spektrum an politischen Fest- und Feiertagen, die die Bürger „in ein dichtes Netz von Ritualen, Traditionen und Bräuchen“ einbanden und „als Ersatz für jegliche Art staatsbürgerlicher Partizipation“<sup>43</sup> instrumentalisiert wurden. Aus diesem Verständnis heraus müssen sie vornehmlich als ein „Mittel zur Entpluralisierung“<sup>44</sup> der DDR-Gesellschaft verstanden werden. Wie beim NS-Feierjahr läßt sich auch hier ein Jahreszyklus an Gedenk-, Feier- und Ehrentagen erkennen, der mit dem Topos: „Ritualisierung des Jahres“<sup>45</sup> adäquat umschrieben werden kann. Die uns hier interessierenden staatlichen Feier- und Gedenktage stellten einen Fundus dar, der sich aus traditionellen Feiertagen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und neu erschaffenen Gedenktagen ergänzte und ein Erscheinungsbild<sup>46</sup> hatte, das sich durch Umzüge, Kundgebungen, Ehrungen, Kranzniederlegungen und Militärparaden auszeichnete. Wie dem 1. Mai, der als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen“ den Höhepunkt der ersten Jahreshälfte bildete, kam dem 7. Oktober als Gründungstag der DDR in der zweiten Jahreshälfte eine übergeordnete Rolle im DDR-Festkalender zu. Dazu gesellten sich unter anderem der am 15. Januar liegende Gedenktag, der an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erinnerte, die „Woche der Waffenbrüderschaft“ vom 23. Februar bis 1. März, der „Internationale Frauentag“ am 8. März, der 21. April als Gründungstag der SED, der 8. Mai als Jahrestag der „Befreiung vom Faschismus“, der „Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ am zweiten Sonntag im September und der 7. November, der „Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

Während sich das Repertoire staatlicher Fest- und Feiertage seit den fünfziger Jahren kaum verän-

42 Vgl. Dietmar Schiller, Noch einmal: Politische Gedenktage zum Nationalsozialismus im Fernsehen, in: *medium*, (1993) 3 (i. E.).

43 Detlev Kraa, Sozialistische Rituale und kulturelle Überlagerung in der DDR, in: R. Voigt (Anm. 1), S. 198.

44 Ralf Rytlewski/Detlev Kraa, Politische Rituale in der UdSSR und der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3/87, S. 47.

45 Ralf Rytlewski/Birgit Sauer, Die Ritualisierung des Jahres. Zur Phänomenologie der Feste und Feiern in der DDR, in: W. Luthardt/A. Waschkuhn (Anm. 26), S. 265–285.

46 Vgl. ebd., S. 271–273.

39 Vgl. A. Friedel (Anm. 32), S. 86.

40 Vgl. Informationszentrum Berlin/Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte*, 2 Bde., Berlin 1984/86.

41 Vgl. Dietmar Schirmer, Strukturen und Mechanismen einer deformierten Wahrnehmung. Der 8. Mai und das Projekt „Vergangenheitsbewältigung“, in: Helmut König (Hrsg.), *Politische Psychologie heute*, Opladen 1988, S. 190–208.

derte, vollzog sich seit den siebziger Jahren in bezug auf die Gestaltung der Rituale – insbesondere am 1. Mai und 7. Oktober – eine „Annäherung an Volkstraditionen“<sup>47</sup>. Dieser Wandel hing in großem Maße mit dem immensen Anstieg von Feiern im gesellschaftlich-privaten Bereich zusammen, zu denen die zahlreichen Ehrentage der Berufsgruppen, Volks- und Heimatfeste und auch die Feiern zum Lebenszyklus – so etwa die Jugendweihe – gehörten<sup>48</sup>.

---

## V. Politische Gedenktage und „Aufarbeitung“ der Vergangenheit

---

Als am 9. November 1989 die DDR ihre Grenze zur Bundesrepublik Deutschland öffnete, wurde damit ein Prozeß eingeleitet, der bereits ein knappes Jahr später zur politischen Vereinigung beider deutscher Staaten führte. Hinter dem 9. November verbirgt sich aber nicht nur die Überwindung der Spaltung Deutschlands und das Ende des Kalten Krieges, sondern er verweist auch auf drei Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte, die eine weitgehend negative Bedeutung in sich tragen: den 9. November 1918 (Abdankung des Kaisers), den 9. November 1923 („Hitler-Putsch“) und den 9. November 1938 („Reichskristallnacht“). Obwohl der 9. November in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung als möglicher Nationalfeiertag eines vereinten Deutschlands in die Debatte geworfen wurde, zeichnete sich infolge der negativen Konnotationen erwartungsgemäß ab, daß dieser als Staatsfeiertag nicht in Frage kommen würde.

Im Hinblick auf die noch für das Jahr 1990 erwartete staatliche Vereinigung wurde der 17. Juni erstmalig von führenden Repräsentanten der Bundesrepublik und der DDR in einer gemeinsamen Gedenkstunde im Ostberliner Schauspielhaus gefeiert. Die „deutsche Einheit“ greifbar nahe, erfüllte die 37. Wiederkehr des nationalen Gedenktages seine ihm originäre Botschaft. Damit hatte der 17. Juni seine Schuldigkeit getan und wurde vom 3. Oktober abgelöst, dem Tag, an dem die staatliche Einheit vollzogen wurde. Im Einigungsvertragsgesetz heißt es kurz und knapp: „Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.“<sup>49</sup> Die Gestaltung dieses Tages

47 Ebd., S. 282.

48 Vgl. ebd., S. 282.

49 Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18. September 1990; Bundesgesetzblatt, 1990, Teil II: S. 890.

obliegt in jährlichem Wechsel dem Bundesland, das den Vorsitz im Bundesrat innehat. 1991 war dies Hamburg, 1992 Mecklenburg-Vorpommern. Der 3. Oktober 1993 wird vom Saarland durchgeführt.

Trotz aller Bemühungen bot der deutsche Einheitstag ein ambivalentes Erscheinungsbild: Während in einem offiziellen Staatsakt, der vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen übertragen wurde, von seiten hochrangiger Repräsentanten konsens- und identitätsstiftende Reden gehalten wurden, ließ der Staatsfeiertag in der breiten Öffentlichkeit eine bislang nur verhaltene Feier- und Feststimmung aufkommen<sup>50</sup>. Diese weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber dem 3. Oktober hängt vorwiegend mit den erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen vor allem in den neuen Bundesländern zusammen. Die Euphorie von 1990 über die staatliche Einheit ist einer teilweise bitteren Realität gewichen.

Während von den DDR-Gedenktagen kein einziger Tag in den „offiziellen“ Symbolbestand des vereinigten Deutschland integriert wurde, blieben sämtliche staatstragenden Gedenktage der alten Bundesrepublik erhalten, allen voran der 17. Juni, aber auch der 13. August, der 20. Juli und der Volkstrauertag. Sie werden bis auf absehbare Zeit die politische Kultur Deutschlands bestimmen. Zwar wurde an einzelne die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg betreffende Ereignisse in Gedenkveranstaltungen und -reden erinnert, aber der große Aufwand, der in den achtziger Jahren zu verzeichnen war, wurde nicht betrieben. Zu nennen sind z. B. der 22. Juni 1991 (Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion vor 50 Jahren) und der 15. Februar 1993, der in einer Gedenkveranstaltung in München an die vor 50 Jahren vollzogene Hinrichtung der Geschwister Scholl erinnerte, die der Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“ angehörten.

Der 30. Januar 1993, der den Machtantritt der Nationalsozialisten vor 60 Jahren in Erinnerung rief, wurde von offizieller Seite nicht begangen. Hingegen kam es an diesem Tag auf Initiative verschiedener politischer Gruppen in Berlin und andernorts zu „Lichterspuren und -ketten“, mit denen der „Machtergreifung“ der Nazis gedacht und ein Zeichen gegen den erstarkten Rechtsextremismus in Deutschland gesetzt werden sollte.

Seit dem Zusammenbruch der DDR kristallisierte sich in Deutschland rasch der Begriff der doppel-

50 Dies war der Grundtenor der Berichterstattung in der Presse in den Jahren 1991 und 1992.

ten „Vergangenheitsbewältigung“<sup>51</sup> heraus; er meint im Kern die juristische, politisch-moralische und wissenschaftliche Aufarbeitung der NS- und der DDR-Vergangenheit. Während der Nationalsozialismus schon weit dem erfahrungsgesättigten Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit entrückt ist und für viele wahrlich Geschichte geworden ist, hat die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur gerade erst begonnen. Die wesentliche Frage, die sich in bezug auf unser Thema stellt, lautet: Welche Rolle können politische Gedenktage im Rahmen dieser auf mehreren Ebenen betriebenen „Vergangenheitsbewältigung“ einnehmen?

Allgemein betrachtet, tragen politische Gedenktage nicht nur zur staatlichen Repräsentation und sinnhaften Verhaltensorientierung bei, sondern können durchaus zu einer Aufarbeitung der Vergangenheit herangezogen werden. Politische Gedenktage geben in Gestalt öffentlich institutionalisierter Erinnerung Orientierungshilfe in der relativen Unübersichtlichkeit der Zeitgeschichte und können somit zur kritischen Reflexion von Vergangenheit, die auch die strukturelle und prozeßhafte Dimension miteinbezieht, auffordern. Der Grat ist allerdings sehr schmal – Chancen, Grenzen und Gefahren liegen dicht beieinander. Wolfgang Benz und Barbara Distel haben hinsichtlich des öffentlichen Umgangs mit der NS-Zeit in beiden deutschen Staaten darauf aufmerksam gemacht, daß eine „Ritualisierung und Institutionalisierung ... das kollektive Schweigen der Mehrheit (ermöglichte), dem schließlich das Bedürfnis eines Teils der Nachgeborenen folgte, nicht mehr behelligt zu werden durch Erinnerungen an den Nationalsozialismus“<sup>52</sup>.

51 Vgl. zur Begriffsklärung z. B. Christoph Klessmann, Das Problem der doppelten „Vergangenheitsbewältigung“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1991) 12, S. 1099–1105; Peter Dudek, „Vergangenheitsbewältigung“. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1–2/92, S. 44–53; Herbert Obenaus, Stasi kommt – Nazi geht?, in: Die Zeit vom 31. Juli 1992, S. 40; Jürgen Habermas, Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute?, in: Die Zeit vom 3. April 1992, S. 82–84.

52 Wolfgang Benz/Barbara Distel, Editorial, in: dies. (Hrsg.), Erinnern oder Verweigern – Das schwierige Thema Nationalsozialismus, (Dachauer Hefte, Nr. 6), Dachau 1990, S. 1f.

Gerade an der zur Zeit stattfindenden Diskussion um die „Neue Wache“ in Berlin, die als nationale Gedenkstätte am diesjährigen Volkstrauertag eingeweiht werden soll, läßt sich die Schwierigkeit des doppelten Gedenkens ablesen. Abgesehen von der künstlerischen Ausgestaltung<sup>53</sup> der „Neuen Wache“, die einigen Widerspruch gegenüber der Planung der Bundesregierung zutage förderte, trägt vor allem der bislang in Erwägung gezogene Text: „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ die Gefahr in sich, daß die Herrschaftssysteme des NS und der DDR – zumindest tendenziell – gleichgesetzt werden sollen. Das darf jedoch nicht Sinn einer nationalen Gedenkstätte sein.

Was bleibt von der Erinnerung an das „Dritte Reich“ übrig, wenn eine Fokussierung auf den 20. Juli vorgenommen wird? Und was von der DDR-Geschichte, wenn das Gedenken sich im wesentlichen auf den 17. Juni beschränkt? Noch sind wir ein gutes Stück davon entfernt, aber nicht wenige haben immer wieder darauf hingewiesen, daß wir in einer „erinnerungsfeindlichen Zeit“<sup>54</sup> leben. Das institutionalisierte Gedenken steht einer aktiven Erinnerungsarbeit im Alltag gegenüber. Beides ist wichtig und sollte sich ergänzen. Statt über noch mehr offizielle Gedenk- und Feiertage sollte kontrovers über Geschichtsverläufe und historische Ereignisse diskutiert werden, denn nur das impliziert, daß aus der Geschichte – vornehmlich dieses Jahrhunderts – Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft gezogen werden können. Für die politische Kultur eines erst allmählich zusammenwachsenden Deutschlands ist es immens wichtig, daß der kritische und differenzierte Umgang mit der „doppelten“ Vergangenheit in den Vordergrund gerückt wird. Politische Gedenktage wie der 9. November, der 8. Mai und auch der 17. Juni können als Ressource öffentlicher Erinnerung gerade im politischen Alltag dazu beitragen und Signale gegen eine „Kultur des Schweigens“ sein.

53 Gemeint ist hier vor allem die Diskussion um die Käthe-Kollwitz-Plastik „Pieta“, die, mehrfach vergrößert, den Innenraum der „Neuen Wache“ ausfüllen soll; vgl. z. B. Lutz Hoyer, Streit um die Neue Wache, in: Berliner Zeitung vom 26. März 1993, S. 29.

54 Vgl. Walter Jens, Ort der Handlung ist Deutschland. Reden in erinnerungsfeindlicher Zeit, München 1981, Vorwort.

### **Torsten Diedrich: Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/93, S. 3–11

Die historiographische Darstellung des 17. Juni 1953 wirft ein bezeichnendes Licht auf die Legitimationsfunktion der in der DDR praktizierten Zeitgeschichtsschreibung. Der Beitrag analysiert Genesis und Entwicklung der These vom „konterrevolutionären“ oder gar „faschistischen Putschversuch“. Die DDR-Historiographie war der strengen SED-Zensur unterworfen, und dem Historiker stand nur eine begrenzte und ausgewählte Quellenbasis zur Verfügung. Letztendlich wirkten Erkenntnisstrahlen aus einer totalitarisierten Materialismusauffassung und Selbstzensur hemmend auf die Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR.

### **Alexander Gallus: Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/93, S. 12–21

Bereits im August 1953 wurde der 17. Juni durch Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ und gesetzlicher Feiertag. Zwischen 1954 und 1967 veranstaltete die Bundesregierung im Bundestag Feierstunden und Staatsakte. Von der Regierung eingeladen, sprach jeweils ein Redner, meist ein Wissenschaftler, seltener ein Politiker. Im Zeitraum von 1968/69 bis 1980 fanden entweder Arbeitssitzungen mit Bezug zur Deutschlandpolitik statt, oder die Zusammenkünfte im Parlament entfielen. Die Debatten führten Parteipolitiker. Von 1981 bis 1989 wurden im Bundestag Sondersitzungen mit Ansprachen zum Gedenken an den 17. Juni abgehalten.

### **Michael Gehler: Der 17. Juni 1953 aus der Sicht des Foreign Office**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/93, S. 22–31

Schon vor dem 17. Juni war den Briten der latente Krisenzustand in der DDR bekannt gewesen. Zwischen dem 11. und 16. Juni hatte das Protestverhalten sprunghaft zugenommen. Die Berichte im RIAS hatten mehr verstärkenden als auslösenden Charakter für die Unruhen nach dem 16. Juni. Die einlaufenden Berichte an das Foreign Office setzten die Briten über die Vorgänge in Ostberlin und der DDR rasch ins Bild. Über die Einzelheiten der Ereignisse am 16. und 17. Juni wurde das Foreign Office gut informiert; den Kern des Aufstandes sah man im sozialen Protestverhalten der Ostberliner Bauarbeiter, wobei der rasche Übergang zu einer politisch motivierten Massenerhebung für die Briten evident war.

Vor diesem Hintergrund ist die Status-quo-orientierte Haltung des Westens zum 17. Juni zu verstehen. In Berlin vertraten die Westalliierten gegenüber den Sowjets eine Konfliktvermeidungsstrategie, welche diesen nicht ungelegen kam, waren sie doch selbst an einer „Normalisierung“ interessiert. London beobachtete in weiterer Folge, daß Sowjets und SED nach dem 17. Juni eine Politik „mit Zuckerbrot und Peitsche“ verfolgten. Für das Foreign Office wäre lediglich die Entlassung Ulbrichts ein entscheidendes Zeichen der Sowjetunion gewesen, über die Wiedervereinigung zu verhandeln.

### **Dietmar Schiller: Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/93, S. 32–39

Politische Gedenktage gehören zu jenen Symbolen, die zur staatlichen Repräsentation herangezogen werden. Der 17. Juni, der an den Arbeiteraufstand von 1953 in der DDR erinnert und von 1954 bis 1990 als „Tag der deutschen Einheit“ offiziell den nationalen Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland darstellte, wird in diesem Beitrag zum Anlaß genommen, sich grundsätzlich mit dem Phänomen „politische Gedenktage“ auseinanderzusetzen.

Neben den wichtigsten politischen Funktionen wie Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Schaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung werden politische Gedenktage zur Bündelung von in der Gesellschaft individualisiert und differenziert ausgeprägten Geschichtsvorstellungen und -deutungen herangezogen. Politische Gedenktage strukturieren in gewisser Weise die öffentliche Erinnerung und nehmen in beträchtlichem Maße Einfluß auf das Geschichtsbewußtsein und somit auf die politische Kultur.